

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetrogen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 gelbe oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
 gedruckt) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonabend, den 12. März 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Socialpolitik in der Republik und Monarchie.

Zürich, Anfang März.

Der deutsche Reichskanzler Graf Bismarck hat vor einiger Zeit im Reichstage abermals die deutsche Socialpolitik als an der Spitze marschierend verherrlicht und zu diesem Zwecke die Socialpolitik des Auslandes stark verkleinert. Insofern er dabei auch die Schweiz im Auge hatte, hat er sich sehr geirrt. Gewiß hat die Schweiz noch keine Arbeiterversicherung, aber darum fehlt es ihr keineswegs an Arbeiterfürsorge. Für die Krankenversicherung bietet jedem Arbeiter ein dichtes Netz von Krankenkassen im ganzen Lande reiche Gelegenheiten und es dürfte thatsächlich eine nur kleine Minderheit von Arbeitern sein, die heute noch nicht für den Erkrankungsfall versichert sind. Dabei erfreuen sich die Arbeiter der ungeschmälerten Selbstverwaltung, die sie auch voll auf sich übertragen und zu würdigen wissen. Für die Entschädigung der Unfälle bietet das Haftpflichtgesetz eine kräftige Handhabe, die gewiß verbesserungsfähig ist; allein die Arbeiter zogen im Jahre 1900 bei der Volksabstimmung über die Versicherungsprojekte den bestehenden Zustand vor, weil sie sich das Unternehmertum und die Bureaukratie nicht als Vorwörter gefallen ließen wollten. Für das Alter, die Invalidität usw. ist z. B. im Kanton Zürich durch zahlreiche kommunale und staatliche Anstalten und Asyle gesorgt. Auf allen diesen Gebieten giebt es aber noch viel Unzulänglichkeiten, viele unbefriedigende Verhältnisse und ist hier daher noch viel zu thun; allein die Meinung, in der Schweiz sei für die Notlagen im Leben des Arbeiters keineswegs gesorgt, weil nicht, wie in Deutschland, obligatorische Versicherungen bestehen, ist unbegründet.

Wie sehr die Verhältnisse in der Schweiz jenen in Deutschland voraus sind, lehrt ein Blick auf das Programm der deutschen Socialdemokratie. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Bürger von 20 Jahren besteht im ganzen Lande und zwar für die Gemeinde, den Bezirk, den Kanton und die Eidgenossenschaft. Und zwar wählen die Stimmberechtigten nicht nur die parlamentarischen Vertreter, sondern auch die Beamten und anderen Behörden: Stadträte (Magistrate), Richter, Lehrer, Schulbehörden, Statthalter (Landräte), Regierungsräte (Minister), Bezirksräte (Kreisvertretung, Bezirksausschuss) usw. Dabei wird das Wahlrecht weder vom kantonalen noch kommunalen Bürgerrecht abhängig gemacht, sondern der Schweizer ist in jedem Kanton und in jeder Gemeinde bei allen Wahlen und Abstimmungen stimmberechtigt. Der Wahltag ist durchwegs im ganzen Lande der Sonntag. Die direkte Gesetzgebung durch das Volk in Gestalt des Referendums und der Initiative besteht seit Jahrzehnten, ist aber namentlich im Bunde noch weiter auszubauen. Die Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit schreibt die Bundesverfassung durch den obligatorischen Turnunterricht vor. Das Volksherr hat statt des stehenden Heeres besteht. Die Schweizer haben uneingeschränkte Vereins- und Versammlungs-, Presz- und Redefreiheit. Die Volksschule ist obligatorisch und zwar je nach den Kantonen bis zum 14. und 15. Altersjahre der Schüler, die Volksschule ist ferner weltlich, der Religionsunterricht ist fakultativ, die Kinder können ihn besuchen oder auch nicht. Der Volksschulunterricht ist unentgeltlich, desgleichen werden fast im ganzen Lande die Lehrmittel und Schreibmaterialien unentgeltlich für reich und arm geliefert. Die Entschädigung unschuldig Verhafteter und unschuldig Verurteilter, worüber heute im Deutschen Reich noch heiß gestritten wird, besteht in der Schweiz längst. Die Todesstrafe ist in den meisten Kantonen abgeschafft, in den andern Kantonen wird sie so gut wie nicht mehr angewendet. Die Unentgeltlichkeit der Totenbestattung besteht in einer Reihe von Kantonen. Die Steuerprogression besteht in allen Kantonen. Die indirekten Steuern bestehen nur noch in einigen belanglosen Resten. Dagegen besteht eine wirksame Erbschaftsteuer mit scharfer Bestrafung des Steuerbetrugs.

Was den Arbeiterschutz betrifft, so ist hierin die Schweiz dem großen Deutschen Reich weit vorausgeeilt. Die ersten Maßnahmen wurden schon im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts getroffen; das eidgenössische Fabrikgesetz mit dem 1. September für alle Arbeiter — nicht nur für die Arbeiterinnen, wie in Deutschland — datiert aus dem Jahre 1877, der deutsche Arbeiterschutz aus dem Jahre 1891. Die schweizerischen Fabrikinspektoren revidieren jeden Betrieb mindestens einmal im Jahre und sie führen regelmäßig Jahr für Jahr mehr Revisionen aus als die Zahl der revidierungsplächtigen Betriebe beträgt; in Deutschland wird kaum die Hälfte der revidierungsplächtigen Betriebe alljährlich revidiert. In den kantonalen Arbeiterinnen-Gesetzen, wovon das Züricher den zehn- bzw. Neunhunderttag enthält, die die 1/2-stündige Mittagspause festsetzen und das Nimmachaufgeben von Arbeit verbieten, hat das Fabrikgesetz eine Weiterführung erfahren und wurde die Bahn gebahnt für dessen fortschrittliche Revision.

Wie es auf kommunalem Gebiete steht, erfährt man, wenn daran gegangen wird, ein socialdemokratisches Gemeindeprogramm aufzustellen. Das ist kürzlich in Winterthur geschehen und dabei wurde festgestellt, was in jahrzehntelangem Ringen und Kämpfen bereits erreicht wurde, nämlich: Unentgeltlichkeit der Volks- und der Sekundarschule bis zum 15. Lebensjahre, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schreib-, sowie Arbeitsmaterialien, regtere für die weiblichen Handarbeiten (alle diese Einrichtungen

wurden durch Verfassung und Gesetz geschaffen); Unentgeltlichkeit der Totenbestattung (gesetzlich); Versorgung von Waisenkindern auf Kosten der Stadt in einem eignen Waisenhaus, die aber die allgemeinen Schulen besuchen; Arbeitsamt; Arbeitslosen-Fürsorge; Gerüstkontrolle; Minimallohn und Fehnhunderttag für die Gemeindearbeiter, Versicherung derselben gegen Krankheit und Unfall; Unfallversicherung der Feuerwehr auf Kosten der Stadt; Wohnungssequete; städtischer Betrieb der Gasfabrik, des Elektrizitäts- und Wasserwerkes, der Straßenbahn, der Kanalisation; Lebensmittel-polizei, Schlachthaus; ferner: Berufsschule für Metallarbeiter, gewerbliche Fortbildungsschule, Handfertigkeit-Unterricht für Knaben, Haushaltungs- und Kochschule (leitet ein Frauenverein, aber mit Unterstützung der Stadt, des Kantons und des Bundes), Ferienkolonien, Jugendbibliothek und Lesesaal.

Verschiedene dieser Einrichtungen können und sollen noch weiter ausgebaut und verbessert bezw. nutzbar gemacht werden. Dazu haben nun unsre Genossen noch folgende Forderungen in ihr Gemeindeprogramm aufgenommen: 1. Unentgeltliche Geburtshilfe und Wöchnerinnenpflege. 2. Beschaffung von hygienisch einwandfreier Säuglingsmilch. 3. Anstellung eines Schul- und Stadtarztes. 4. Errichtung öffentlicher Volksbäder. 5. Schaffung eines Lebensmittel-Inspektorats. 6. Bau von unerkünstlichen Wohnhäusern durch die Stadt und periodische Wohnungsinspektion. 7. Ausbau des beruflichen Schul- und Bildungswesens. 8. Regelung des Submissionswesens im Sinne der Forderungen der Arbeiterschaft. 9. Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter und Angestellten und Schaffung einer städtischen Altersversicherung. 10. Ausbau der Arbeitslosenfürsorge. 11. Einführung gewerblicher Schiedsgerichte. 12. Bessere Durchführung der Arbeiterschutzgesetze. 13. Proportionale Wahl der städtischen Behörden. 14. Vereinigung der Ausgemeinden mit der Stadt. 15. Veröffentlichung der Steuerregister. 16. Erleichterung der Einbürgerung.

Man ersieht daraus, wie viel trotz der bereits geschaffenen sozialen Einrichtungen verschiedener Art noch zu thun bleibt und dabei haben sich unsre Genossen aus Zweckmäßigkeitsgründen noch Beschränkung auferlegt. Das Programm hätte leicht um eine weitere Anzahl durchaus berechtigter und durchführbarer Postulate vermehrt werden können.

Der deutsche Reichskanzler Bismarck mag daraus ersehen, daß auch im Auslande die Socialpolitik nicht still steht, daß man sich nicht selbstgefällig in dem Bewußtsein sonnt, wie herrlich weit wir es gebracht haben, daß es hier keinen Stillstand giebt, sondern nur Fortschritt geben kann. Dafür, daß dies geschieht, sorgt die organisierte, socialdemokratische Arbeiterschaft.

Japanische Truppen in der Mandschurei?

Nach mehreren — freilich nicht amtlichen — Telegrammen soll es den Japanern gelungen sein, in der Mandschurei weithin vom Jalu zu landen. Kräfte dieser Meldung zu und besähe das japanische Landungs-corps eine entsprechende Stärke, so sähen sich die an dem die Grenze Koreas bildenden Jalulufst konzentrierten Russen nunmehr von zwei Seiten, von der Front und im Rücken, bedroht. Die Meldungen besagen:

Die Londoner Blätter melden: Das Departement des Heubehrs erhielt ein Telegramm aus Tschifu, wonach in Fong-hwang-tschong und Taluschan japanische Truppen angekommen seien, die sich auf diese Weise im Rücken der russischen Stellung in der Mandschurei befänden und die Bahnlinie bedrohten. — Der Kommandant des amerikanischen Kanonenbootes „Helena“, welches gegenwärtig in Jungkuo liegt, meldet, daß bei Fong-hwang-tschong ein Gefecht stattgefunden habe.

„Daily Telegraph“ meldet aus Tientsin: Eine Abteilung der Japaner beginnt den Vormarsch vom Jalulufst aus. Die Japaner haben Fong-hwang-tschong eingenommen und die Russen in der Nähe des Takungling-Passes zurückgeschlagen. Die Japaner befinden sich gegenwärtig etwa 70 englische Meilen von Kiutschwang entfernt. 35 000 Russen sind in Liaungang und Haischong stark verschanzt, wo eine Schlacht bevorsteht. Mehrere kleine Gefechte haben schon stattgefunden, infolge deren die Russen sich mit Verlusten zurückziehen mußten.

Tokio, 11. März. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Die Russen haben sich sämtlich von Tschong-bu nach Widschu zurückgezogen, wo sie einen Erdwall aufwerfen, der einen Teil des allgemeinen Verteidigungssystems bilden soll in Verbindung mit den Befestigungen, die von den Russen schon am letzten Ufer des Jalu angelegt sind.

Ein neues Bombardement Port Arthurs.

Eine gestrige Depesche des Statthalters Alexejew an den Kaiser meldet: Die früh 6 1/2 Uhr in den Hafen von Port Arthur zurückgekehrten Torpedoboote brachten die Kunde, daß sich ein feindliches Geschwader näherte. Um 8 Uhr früh eröffneten die Japaner das Feuer gegen unsre Kreuzer und die Festung. Die Japaner, welche 14 Schiffe hatten, hielten sich, so lange sie schossen, hinter dem Leuchtturm Naotekane.

Friedensvermittlungsgerüchte.

London, 9. März. (Fig. Ver.) Der „Standard“ hat in den letzten Tagen mehrere Nachrichten aus Wien gebracht, die von Ungleichheiten zwischen Rußland und Japan erzählen. Es heißt, die russische Regierung wäre geneigt, die ostasiatische Streitfrage dem Haager Kriegsgericht zu unterbreiten. Die „Standard“-Nachricht giebt noch folgende, ziemlich interessante Einzelheiten: „Der Krieg wird kurz sein. Nach dem ersten größeren Treffen zu Lande werden die Friedensunterhaltungen beginnen. Die Argumente und Gründe, die die neutralen Mächte voranlassen dürften, ihre Veste zu schließen, werden die Neutralen zu thun, sind zahlreich: das Gefühl der christlichen Gemeinschaft; die Furcht vor einem Weltkrieg als Folge der Allianzen; die Beforgnis, daß

weitere russische Niederlagen das monarchische Prinzip schwächen und eine sozialistische oder konstitutionelle Revolution in Rußland hervorbringen könnten. Und hinterdrein ist noch zu befürchten, daß ein erfolgreiches Japan nicht nur Korea, sondern die ganze gelbe Rasse reorganisieren und die „gelbe Gefahr“ heraufbeschwören würde. Ebenso sind die festländischen Mächte in Europa nicht gewillt, den Vereinigten Staaten von Amerika die Stellung einer Großmacht in Asien zu gewähren. Schließlich kommt noch die Wirkung in Betracht, die eine russische Niederlage auf Deutschland haben würde. Seine Stellung als Großmacht würde infolge einer russischen Niederlage stärker werden, andererseits würde Frankreich sich enger an England anschließen, was für Deutschland sehr unangenehm wäre. Seitdem es den europäischen Staatsmännern klar wurde, daß der Verlust der Seeherrschaft für Rußland fatal werden muß, haben sie sich mit den früher genannten Gründen und Befürchtungen beschäftigt. Ein Eingreifen Europas zu Gunsten einer schnellen Beendigung des ostasiatischen Konflikts ist deshalb höchst wahrscheinlich.“

Der Krieg und die akademische Jugend.

Petersburg. (Fig. Ver.) In Petersburg hat sich bekanntlich die Studentenschaft zuerst in auffälligster Weise an den patriotischen Demonstrationen beteiligt. Es ist auch kein Wunder, denn dabei gaben die edlen Sprossen des in der Hauptstadt konzentrierten höheren Beamtenadels und des Landadels, also der berufsmäßigen Stipendiaten des Absolutismus, den Ton an. Bei der Studentenversammlung, die Mitte Februar auf der Universität stattgefunden, und an der ca. 1000 Studenten teilgenommen, erwiesen sich die Jarentreuen in der Mehrzahl, und es war bald zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den feindlichen Parteien gekommen.

Anderer demnach sich die studierende Jugend der Bergakademie. Sofort nach der Lokalitätskundgebung der Universitäts-schüler vor dem kaiserlichen Winterpalais fand hier am 13. Februar eine Versammlung statt, in der die folgende Resolution angenommen wurde:

„Da angesichts des Krieges, der als ein natürliches Ergebnis der traditionellen Politik des russischen Imperialismus betrachtet werden muß, die Regierung sich alle erdenkliche Mühe giebt, um die Volksmassen für sich zu gewinnen und zu diesem Behufe den historischen Interessen-gegenfah zwischen dem Volke und der regierenden Bureaukratie zu verschleiern — so verurteilt die Versammlung die Gedankenlosigkeit und politische Kurzsichtigkeit eines Teiles der Studentenschaft, der durch seine patriotischen Kundgebungen dabei mitwirkt, die Volks-masse in Bezug auf den wahren Charakter der Regierungspolitik irre zu führen.“

Diese Dörfelge verfehlte nicht ihre Wirkung. Die „patriotische“ Gruppe der Bergakademie — denn auch hier giebt es etwelche hundert jarentreue Jünglinge — berief erst neulich eine allgemeine Versammlung aller Studierenden der Akademie zusammen, um, wie es in der Einladung hieß, zu der Resolution vom 13. Februar Stellung zu nehmen, die einen Schandfleck auf der Ehre und der Vaterlandsliebe der Studentenschaft bedeute. Den Wünschen der „Vaterlandsliebenden“ ward Genüge gethan. Sehr zahlreich kam die Studentenschaft zu dieser Versammlung, die von 12 Uhr mittags bis 9 Uhr abends dauerte, und in der zum Schluß mit 215 gegen 21 Stimmen und bei 107 Stimmenthaltungen die folgende Resolution angenommen wurde:

„In Erwägung, daß der gegenwärtige Krieg mit Japan im allgemeinen ein Ergebnis des herrschenden, auf der Privilegierung einer kleinen Minorität auf Kosten der großen Volksmasse basierten politischen Systems ist,

daß dieser Krieg im besonderen eine Folge der für die russische Regierung in ihrer ostasiatischen Politik charakteristischen Abenteuerlust ist,

in Erwägung ferner, daß der wahre Patriotismus darin besteht, den Interessen der Volksmasse und nicht denjenigen einer kleinen Minderheit von Ausbeutern zu dienen,

drücken die Studenten der Bergakademie ihre tiefste Entrüstung der Jarentregierung aus, die allein an dem Glanz des russischen Volkes Schuld ist, und verurteilen aufs schärfste das Gebahren desjenigen Teils der russischen studierenden Jugend, der durch seine „allerunterthänigsten“ Manifestationen der Regierung Handlangerdienste leistet, indem er an seinem Teil für den unumschlichen, gegen Volksinteressen gerichteten Krieg Stimmung zu machen sucht.“

Für die ausgezeichnete Stimmung in der Versammlung ist es charakteristisch, daß die „Patrioten“ nicht einmal den Mut hatten, gegen die obige Resolution zu stimmen. Tapper, wie diese heißen sind, enthielten sie sich der Abstimmung. — Werkwürdig ist das Verhalten unserer „liberalen“ Gesellschaft angesichts des Krieges, — doch darüber das nächste Mal.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. März.

Reichstag.

Der Konflikt zwischen Herrn v. Endres und Herrn Dr. Müller-Meinungen fand heute sein friedliches Ende. Der bayrische Bundesbevollmächtigte war so liebenswürdig, seinen gestrigen Ausführungen den persönlichen Stachel zu nehmen, und Herr Dr. Müller-Meinungen, der vorher lange mit seinem Gegner konfiziert hatte, war heilfro, daß die Affaire einen feindlichen Abschluß für ihn hatte.

Bei der Fortsetzung der Debatte über die Soldaten-mißhandlungen hielt heute Herr v. Kardorff die stülge Scharf-macherrede; obwohl er alter Spezialist auf diesem Gebiete ist, machten seine Ausführungen wenig Eindruck, weil er den „liberalen“ Abg. Lehmann, der gestern in demselben Sinne gesprochen hatte, doch nicht übertrumpfen konnte. Im Gegensatz zu diesen Scharf-macherreden fanden die Abgeordneten Schrader (fr. Bg.) und Dasbach (C.) sehr schöne Worte. Sie sind entrüstet über die Soldatenmißhandlungen, verlangen Entsefernung aller Offiziere, die sich in dieser Beziehung etwas zu Schulden kommen lassen, der Centrumslaplan tabelte sogar den Kriegsminister,

weil er Ohrfeigen und harmlose Schimpfworte nicht für strafbar hält, und beansprucht für die Soldaten das Recht wehrrecht gegen ihre Peiniger. Aber auch nicht ein einziger bürgerlicher Abgeordneter aus dem Hause konnte sich entschließen, unserer Resolution mit ihren doch so selbstverständlichen Forderungen zuzustimmen. Mit Recht leitete Genosse Reiss seine heutige Rede mit dem Hinweis auf diesen sonderbaren Zwiespalt zwischen Thaten und Worten der bürgerlichen Parteien ein. Auch den Kriegsminister, der ihm Mangel an Mut vorgeworfen hatte, weil er Verhandlungen seiner Kameraden während seiner Dienstzeit nicht zur Anzeige gebracht hätte, legte er geschickt auf diese Keulung fest. Wenn es nach Auffassung des Kriegsministers Anstandspflicht jedes Soldaten ist, alle Verhandlungen zur Anzeige zu bringen, von denen er Kunde erhält, warum führt er dann nicht die Beschwerdepflicht an Stelle des Beschwerderechts ein? Der Minister blieb auf diese Frage die Antwort schuldig; auch als Genosse Stadthagen ihm persönlich den Vorwurf machte, in zwei Fällen Ausführungen seiner Redner völlig entstellend wiedergegeben zu haben, fand der ritterliche Herr kein Wort der Entschuldigung. Außerdem wies Genosse Stadthagen durch Citate aus bürgerlichen Blättern und Gerichtsprotokollen nach, daß nur wir von jeder die Soldatenmishandlungen energisch bekämpft haben, während die bürgerlichen Parteien immer zu vertuschen und zu beschönigen suchten. Auch heute ist es den bürgerlichen Parteien so wenig ernst mit der Beseitigung der unwürdigen Zustände, daß sie nicht nur unsere, sondern auch die gänzlich harmlose Freisinn-Resolution, die nur unverbändlich Redensarten enthielt, ablehnten.

Das Centrum bekämpft eben die Soldatenmishandlungen auf eine eigne Art: Es stimmt, nachdem es sich, wie immer, zum Schein eine Zeitlang gestraubt hat, der Vermehrung der Unteroffizierstellen zu. Nach bekannter Centrumpolitik, die „Nug“ sein soll, aber von jedem Menschen sofort durchschaut wird, bewilligt es übrigens nicht alle, sondern nur etwa $\frac{1}{2}$ der geforderten Stellen. Genau so beschloß heute der Reichstag auf Vorschlag der regierenden Partei in der Frage der Gehaltserhöhung für Oberstleutenants, genau ebenso wird es morgen bei der Beschlußfassung über die Unteroffizierstellen geschehen. Um einen faden-scheinigen Grund, der seine Stellungnahme als die einzig richtige „mittlere Linie“ erscheinen lassen soll, ist ja das Centrum nie verlegen.

Eine große Zahl von Titeln des Militär-Etats wurde ohne bemerkenswerte Diskussion bewilligt. Nur bei den „Verpflegungskosten“ brachte Genosse Schlegel das ungläubliche Verhalten eines Bezirkskommandeurs zur Sprache, der die Socialdemokraten als „Zuhälter“ zu bezeichnen gewagt hat. Die Vertretung der württembergischen Regierung blieb auch auf diese Beschwerde die Antwort schuldig.

Morgen wird die Specialberatung des Militäretats bei den Unteroffizierstellen fortgesetzt.

Was vom Reich!

Das preussische Junkertum ist seit jeher preussisch-partikularistisch. 1848 sang einer der Edlen:

Wir wollen Preußen bleiben!
Der Teufel hol das Treiben,
Das Deutschland fabriziert
Und Preußen ruiniert.

Wir wollen Preußen bleiben,
Auf die Rebellen reiben!
Willkommen die Gefähr!
So ruft der preussische Kar!

Mit Gewalt ist das preussische Junkertum in die deutsche Einheit gezogen worden, auch Wilhelm I. ließ sich bekanntlich fast bei den Haaren ins Deutsche Reich schleifen. Im Grunde haben sich die Oströmer niemals mit Reich und Reichstag abgefunden, und je mehr im Reichsparlament das demokratische Wahlrecht seine vollst-erziehende Kraft bewährte, um so leidenschaftlicher wuchs der Haß der preussischen Junkerpartikularisten gegen das Reich.

In den letzten Monaten aber ist die Feindseligkeit bis zu offener Kriegserklärung gediehen. Im Herrenhaus gab neulich Graf Herbert Bismarck unter launiger verhässelter Zustimmung dreier preussischer Minister die reichsfeindliche Lösung aus, als es galt, den durch die polnische Anstiedelungsnotelle verübten Einbruch ins Reichsrecht zu verteidigen. Am Freitag setzte nun der konservative Heißsporn, der keine Hehdebrand von der Lasa, der übrigens nach seiner äußeren Erscheinung ganz gut ein lombardischer und nobilitierter Wandelstamm sein könnte — gleich seinem Freunde Limburg-Strom-Geers — die Campagne gegen das Reich mit großer Energie fort. Beim Etat des Ministeriums des Innern, dessen Beratung am Freitag im Abgeordnetenhaus begann, tadelte er die Minister Schönstedt und Hammerstein, daß sie im Reichstage bei der Aussendebatte erschienen waren, das sei eine rein preussische Angelegenheit, in die der Reichstag sich nicht zu mischen habe. Und während der konservative Redner für die preussische Dreiklassen-Kammer den — nicht zu bestreitenden — Anspruch erhob, daß sie den preussischen Bundesrats-Mitgliedern in allen Reichsfragen gute Lehren auf den Weg geben dürfe, bestritt er dem Reichstag entschieden das Recht, preussische Dinge in den Bereich seiner Betrachtungen zu ziehen. Das würde ja noch schöner sein, rief er aus, wenn der Reichstag etwa schließlich sich gar annähme, das Koalitionsrecht der Eisenbahn-Arbeiter zu regeln!

Herr v. Heydebrand begnügte sich aber nicht mehr mit der Proklamation der allgemeinen preussischen Revolte gegen das Parlament der deutschen Einheit und des demokratischen Wahlrechts, sondern er bestimmte auch gleich die Grenzen zwischen Reich und Preußen, indem er behauptete, daß der Reichstag nur diejenigen Angelegenheiten diskutieren dürfe, die in die eigne Verwaltung und Gesetzgebung des Reiches einbezogen seien. Diese Grenzbestimmung bedeutet nichts weniger als die Entwendung eines großen Teils der verfassungsmäßig festgelegten Reichsrechte, als eine Verstümmelung des Artikels 4 der Reichsverfassung. Dieser Artikel zählt in 16 Nummern die „Angelegenheiten“ auf, welche der „Beaufsichtigung“ seitens des Reichs und der Gesetzgebung desselben unterliegen.“ Dahin gehören u. a.: die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, Staatsbürgerrecht, Wohnwesen und Fremdenpolizei, Eisenbahnwesen, Herstellung von Land- und Wasserstraßen, Maßregeln der Medizinal- und Veterinärpolizei, Bestimmungen über die Presse und das Vereinswesen. Wie bekannt, hat die Reichsgesetzgebung bisher den größeren Teil dieser ihr von der Verfassung zugewiesenen Materien noch nicht geregelt; sie sind der Landesgesetzgebung überantwortet geblieben. Dem Reich und dem Reichstag ist in diesen Fragen nur ein wie immer platonisches, so doch unbestrittenes Aufsichtsrecht gesichert. Dieses legitime Aufsichtsrecht, auf Grund dessen auch die preussische Ausweisungspolitik vor die Instanz des Reichstags gehörte, soll nun nach der Anregung des konservativen Führers dem Reich genommen werden. Nicht nur soll der Reichstag kein Recht haben, diese Materien jemals von Reichswegen zu regeln, wie es die Verfassung vorschreibt, es soll nicht einmal das Kontrollrecht haben, sondern nur sich mit den Fragen beschäftigen dürfen, die bereits in die Verwaltung und Gesetzgebung des Reiches übergegangen sind. Das ist

zwar ein offener, in der Tendenz hochverrätherischer Umsturz der Reichsverfassung zu Gunsten des preussischen Partikularismus, aber das preussische Junkertum kümmert sich wie Herr v. Bobbieloff, nicht um „jedes Titelchen“. Für den Reichstag freilich sollten diese dreifachen Angriffe endlich zum Anlaß werden, die von der Verfassung ihm vorbehaltenen Materien gesetzgeberisch zu erledigen und sie der partikularen Willkür für immer zu entziehen.

Wie aber verhielt sich der preussische Minister des Innern, der Freiherr v. Hammerstein, zu dieser Verhöhnung der Reichsverfassung? Er fühlte wohl doch die Verpflichtung, als Mitglied des Bundesrats die klaren Reichsrechte zu verteidigen? Nur ein Utopist konnte so etwas annehmen! Auch der Minister ist preussischer Junker und denkt wie Herr v. Heydebrand. Nur fürchtete er einen falschen Jungenschlag und hatte das zuverläßige Gefühl, daß er auf diesem Gebiete unvermeidlich offenerzige Dummheiten sagen würde, die ihm dann vielleicht übel belommen würden. In dieser Not zog er sich in außerordentlich komischer Weise aus der Affaire. Er lehnte die Antwort ab, weil er von der Anfrage „überfordert“ worden sei. „Aber ich habe Ihnen doch heute morgen gesagt, daß ich darüber sprechen würde,“ rief Herr v. Heydebrand boshaft dazwischen. Das sei nicht genug Bedenkzeit, stammelte der Minister, der in dem Dilemma zwischen der klaren Reichsverfassung, die zu verteidigen er verpflichtet gewesen wäre, und der eignen preussischen Junker-gesinnung sich ins Schweigen flüchtete. Dafür erzählte er, warum er in den Reichstag gegangen sei: Einmal aus einer gewissen „Koblesse“, weil doch die Socialdemokraten im Abgeordnetenhaus „glücklichweise“ nicht vertreten wären; zweitens aber um den herrlichen im Landtag errungenen Russensieg zu vertiefen, weil ja der Reichstag — und nun kam doch der falsche Jungenschlag — größere Beachtung finde. Diese leichtsinnige Bemerkung wurde dem Minister angestrichen; die Junker schüttelten sich in ihren preussischen Gefühlen verletzt und überschütteten Herrn v. Hammerstein mit lebhafte Oh!-Aufen.

Der preussische Junkerhaß ist so groß, daß er bereits nicht mehr die Thatfache der größeren Geltung des Reichstags des allgemeinen Wahlrechts dulden kann. Man wird gut thun, diese reichsfeindlichen Bestrebungen des preussischen Junkertums und der preussischen Regierung sehr sorgsam zu beachten, muß man sich doch darüber klar sein, daß der Junker das höchste und einzige Gesetz ist, der sich den Teufel um die „Titelchen“ der Reichsgesetze schert.

Das Abgeordnetenhaus brachte außerdem am Freitag den Eisenbahnetat zu Ende. Beim Etat des Innern wurde von liberaler und konservativer Seite der Wunsch ausgesprochen, daß Reichstags- und Landtagswahlen zu gleicher Zeit stattfinden sollten, damit sich die gegen die Socialdemokratie verbündeten bürgerlichen Parteien nicht zweimal zu bemühen bräuchten. Herr v. Hammerstein erklärte, sich diesen Wünschen fügen zu wollen. Das Ministerium habe die letzten Landtagswahlen absichtlich so spät angelegt, weil sie die Erregung der Reichstagswahl-Agitation erst wieder verschwinden lassen wollte, damit sie nicht unheilvoll auf die Landtagswahl wirke. Es wurde also zur Abwechslung wieder die „kosmopolitische“ Weltanschauung gepredigt, die nach Herrn v. Einem nach Jena geführt hat: „Aube ist die erste Bürgerpflicht.“

Sonst erwähnte man noch, daß das verheißene Wohnungsgesetz sich in weiter Ferne befindet. Die funlose und verfassungswidrige Polenpolitik bekämpfte der Pole v. Czarlinski. Einige kräftige Worte verhalfen ihm zu zwei Ordnungsrufen und zur Androhung der Wortentziehung seitens des starken Mannes, der im Abgeordnetenhaus präsidiert.

Sonnabend geht die Debatte weiter. Eine endlose Zahl von Rednern hat sich zu dem Etat des Herrn v. Hammerstein zum Worte gemeldet!

Weitere Verstärkungen für Südwestafrika

Sollen nach Gerüchten, die in parlamentarischen Kreisen zirkulieren, von der Regierung demnach verlangt werden, daß der Gouverneur Leutwein an das Kolonialamt gemeldet habe, daß er mit den vorhandenen Streitkräften den Aufstand nicht bewältigen könne, dazu vielmehr 800 Mann und zwei bespannte Batterien benötige. Da das Gerücht widerspruchlos in Blättern kolportiert wird, die sich intimer offizieller Beziehungen erfreuen, hat man es wahrscheinlich mit einer von der Regierung selbst lancierten Nachricht zu thun, die die Deffentlichkeit auf neue Hereros-Kredite vorbereiten soll.

Das sind nette Ausrichten!

Wäre es da nicht vernünftiger, mit den Hereros in Unterhandlungen, aber ehrliche, einzutreten, sie zwar zu entwaffnen, aber im übrigen an Leib und Eigentum zu schonen? Das wäre um so billiger, als jetzt auch der „Rölnischen Zeitung“ vom Kriegsschauplatz gemeldet wird:

„Die ganze Gegend war (vor dem Aufstand) anscheinend ruhig. Nur bildete das Borgehen der Händler beim Eintreten der Schulden allgemeinen Gesprächsstoff. ... Die im Lande sehr zahlreichen fahrenden Händler, deren Vorleben in Europa oft die Ursache ihres Hierseins ist, wie denn überhaupt das Schutzgebiet namentlich bei unseren Mitbürgern des preussischen Ostens als ein geeignetes Versteckungsland für ungeratene oder unbedequate Söhne gilt, sind nicht sehr rücksichtsvoll in der Wahl ihrer Mittel. ...“

Die Ausbeutungspraktiken der Weissen haben also auch nach diesem Zeugnis den Aufstand veranlaßt. Es entspräche also nur der Gerechtigkeit, den Hereros mildernde Umstände zuzubilligen. Aber was kümmert sich freilich die kapitalistische Kolonialpolitik um moralische Bedenken, wenn sich ihr wie im vorliegenden Falle die heißersehnte Gelegenheit bietet, sich Land und Vieh der Rebellen anzueignen und diese gleichzeitig zu Leib-eigenen herabzubriden! —

Deutsches Reich.

Der Regierungsplan.

den wir gestern charakterisierten, begegnet in zahlreichen Blättern ungläubigen Zweifel. Das war nicht anders zu erwarten, da es unverständlich ist, welchen Erfolg sich die Regierung von der baldigen Auflösung des Reichstages gegen die Socialdemokratie versprechen kann, wenn sie die politische Situation nächstens überlegt. Rührerliche Überlegung ist aber nicht die Sache der Regierung, die, wie die Reden des Grafen Wilow und der Minister zeigen, überall Revolutionsgeister sich erheben sieht.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Thatfache, daß die Zeitungen der Regierung, insbesondere die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu unserer Mitteilung nicht ein Wort sagt. Die Redaktion des Blattes hat noch nicht Order empfangen, wie sie über die Aufdeckung des Regierungsplanes schreiben soll. Vielleicht wird sie nach weiteren vierundzwanzig Stunden dazu befähigt werden.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ würden einen „energischen Entschluß“ der Regierung freudig begrüßen, doch sie glauben nicht daran:

„Wir glauben an so weitgehende energische Pläne der Reichsregierung nicht, auch nach allen jüngsten Erfahrungen nicht an den nötigen festen Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien, es sei denn, daß einmal wieder augenscheinlich eine schwere allgemeine Gefahr drohe und durch ganz besondere Ereignisse ein

padender nationaler Zug durch das deutsche Volk gehe. So gefährlich wie die Dinge jetzt liegen, sind die bürgerlichen Parteien nicht unter einen Hut zu bringen, nicht einmal unter den so hoch auf der Stange aufgetragenen Centrumshut, den im Gegenteil trotz vermehrter Regierungsprotektion sehr viele Deutsche nicht demütig grüßen wollen.“

Die „Tägliche Rundschau“ sieht „vorläufig keinen Grund, um den man den Reichstag nach Hause schicken kann.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: „Konfliktstoff liegt jetzt abiotat nicht in der Luft. Es würde auch sehr komisch sein, wenn schon im ersten Jahre ein Reichstag aufgelöst werden sollte, von dem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ unmittelbar nach seiner Wahl sagte, er sei gar nicht so schlimm, wie er aussähe. Dagegen wird die Wahrscheinlichkeit einer Reichstags-Auflösung im nächsten Jahre nach menschlicher Voraussicht vorliegen. Die Hererosvorlage wird zwar scheitern sein und kaum Anlaß zu ersten Konflikten geben, wir werden aber, wenn nicht alle Zeichen trügen, mit einer Marinevorlage rechnen müssen, die den Keim zu Konflikten recht wohl in sich bergen kann. Deshalb möchten auch wir die Mahnung an unsere Freunde im Lande richten, ihrerseits auf dem Posten zu sein und das Pulver trocken zu halten.“

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt:

„Man mag gegen den Grafen Wilow allerlei einwenden; aber ihn für so ungeschickt oder so unklar zu halten, dazu liegt wirklich kein Grund vor. Deshalb glauben wir dem Propheten „Vorwärts“ wieder im allgemeinen noch in diesem besonderen Falle — es müßte denn sein, daß die Socialdemokratie in überreistem Machtbewußtsein den Bogen zu überspannen und damit eine Katastrophe zu provozieren suchte.“

Das „Berliner Tageblatt“ bedauert nicht einmal, daß überreißtes Machtgefühl und Reizung, Katastrophen zu provozieren, gerade an gewissen ganz anderen Stellen besteht als bei der Socialdemokratie, welche nur die eine Reizung hat, in friedlicher Arbeit ihre Ideale zu verkünden und zu verwirklichen. Wenn das „Berliner Tageblatt“ trotz „Wandelstamm und Silberfarb“ noch eifrig an das Geschick und die Klugheit des Grafen Wilow glaubt, so kennzeichnet dieser Glaube nur das politische Geschick und die Klugheit des „Berliner Tageblatt“.

Die „Volks-Zeitung“ sagt:

„Handelt es sich hier um etwas mehr als um ein bloßes Gerücht, so wird man nach Lage der Sache schon jetzt sagen können, daß die Regierung bei dem Auflösungsaktus zu wenig Seiden spinnen wird. Es wird der Socialdemokratie von reaktionärer und leider auch vielfach von freisinniger Seite täglich so viel Agitationsmaterial geliefert, daß die drei Millionen socialdemokratischer Stimmen bei einer neuen Reichstagswahl schwerlich eine Verminderung erfahren werden.“

Die „Berliner Zeitung“ endlich bemerkt:

„Regierung und Mehrheitsparteien wünschen sicherlich nichts fehnlicher, als die 81 Socialdemokraten im Reichstag um etliche Duzend gemindert zu sehen. Es ist als sicher anzunehmen, daß sie ungefähr jedes Mittel gut heißen würden, das zu diesem Ziele führt. Aber ob sie verblendet genug sind, in einer Reichstags-Auflösung ein geeignetes Mittel zu erkennen, das ist die Frage, die man nach der Alarmnachricht des „Vorwärts“ nicht ohne weiteres mit Ja beantworten wird.“

Die uns zugegangenen Nachrichten zeigen, daß die Regierung allerdings „verblendet genug“ ist!

Diäten und Kompensationen. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ tritt nun auch selbst von ihrer ersten Mitteilung über baldig zu erwartende Diätenbewilligung den Rückzug an; sie fährt jetzt aus:

„Als wir im vorigen Frühjahr von der Wahrscheinlichkeit einer Finanzministerkonferenz sprachen, hieß es in der offiziellen Presse: erkunden. Ein halbes Jahr später versammelten sich die Finanzminister in Berlin. — Wir können abwarten, was an unserer Nachricht für falsch gehalten wird und wie lange es geschieht.“

Die „Post“ hat in der Besprechung der Diätennachricht natürlich wieder „Kompensationen“ auf dem Gebiete des Wahlrechts gefordert. Die „Germania“ bemerkt heute hierzu: „Die „Post“ wird doch wissen, daß mit diesen „Aushandel-Vorschlägen“ im Reichstage nichts zu machen ist.“ Dies Centrumswort ist zu vermerken.

Die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes wird bereits im „Reichsanzeiger“ bekannt gegeben. Der veränderte Zustand tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

In verschiedenen Landtagen werden Anträge an die Regierungen vorbereitet, wie sie sich in der Abstimmung über die Aufhebung des § 2 verhalten habe, so in Sachsen. In Schwarzburg-Sondershausen ist eine entsprechende Interpellation bereits im Landtage eingegangen. Im Landtage von Sachsen-Weimar erklärte am Freitag Minister Rothke, die weimarische Regierung habe gegen die Aufhebung gestimmt. Dieselbe Stellung hatte nach einer Mitteilung des „Schwab. Merkur“ Württemberg im Bundesrat eingenommen.

Rußland in Oldenburg. Wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“ feststellen, ist es ein Irrtum anzunehmen, daß die russische Thronfolge in Oldenburg nach dem neuesten Willen des Jaren ausgeschlossen sei. Der Bericht gelte lediglich für das russische Kaiserhaus im engeren Sinne, nicht aber für die russischen Oldenburger. Es ist immer noch möglich, daß der russische, griechisch-orthodoxe Herzog Peter, der kein Wort deutsch kann, Landesvater von Oldenburg wird, dem dann die Herzen seiner Oldenburger in tiefer monarchischer Treue jubelnd bis in den Tod zu schlagen haben.

Das Scharfmacherblatt entrüstet sich ganz revolutionär über „diese Auswüchse des Legitimitätsprinzips“. Es giebt keine Auswüchse dieses Prinzips, das vielmehr selbst in jeder Hinsicht ein toller Auswuchs der menschlichen Gesellschaft ist, eine historische Kropsbildung, eine staatsrechtliche Persönlichkeit. Toller man aber das Legitimitätsprinzip an, so ist damit das monarchische Prinzip selbst vernichtet, das ohne jenes nicht leben kann. Der Erbmonarchismus bleibt ohne die Anerkennung der mythischen Legitimität, die bestimmten Fürstenfamilien das Regierungsrecht auf ganze Länder giebt, als seien Völker Viehherden oder Kassenscheine, die nach Grundfragen des bürgerlichen Rechts verhandelt und bererbt werden können — der Erbmonarchismus ist, sagen wir, ein absoluter Widerspruch, wenn man die mythische Wurzel jener Legitimität durchschneidet. Es ist schlechterdings nicht einzusehen, warum es ein schlimmerer Auswuchs sein soll, daß ein Russe einen deutschen Bundesstaat — kraft der Legitimität — regiert, als daß etwa ein Fähr, der von Geburt an geisteskrank ist — kraft der gleichen Legitimität — democh zum König von Gottes Gnaden gekrönt wird.

Zur Wahl in Schwwege-Schmalldalen behaupteten freisinnige Wähler, daß die Wahl wiederum für ungültig erklärt werden müsse, weil der in die Stichwahl gelangte socialdemokratische Kandidat Hugo überhaupt nicht wählbar sei, da seine Frau und sein Kind sich für Rechnung des Landarmen-Verbandes im Kasseler Land-Krankenhaus befinden. Hierzu wird der „Leipziger Volkszeitung“ gemeldet: „Wir können konstatieren, daß der Fonds des sogenannten Landarmen-Verbandes eine noch aus kurheftischen Zeiten stammende Stiftung privater Natur ist. Die Zuwendungen aus dieser Stiftung sind bisher immer als Stipendien angesehen worden, die ja bekanntlich die Wahlfähigkeit nicht beeinträchtigen, sonst wäre ja mancher hohe Beamte, dessen studierende Söhne Stipendien beziehen, des Wahlrechts beraubt. Ja, man könnte dann sogar die Bezüge der Domherren als Armenunterstützung ansehen.“

Weimar, 11. März. (Telegramm.) Im Landtag haben die Agrarier das Verlangen auf kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs der ländlichen Arbeiter gestellt.

Mit polizeilicher Auflösung endete eine Breslauer Protestversammlung gegen den Russeneinmarsch in Deutschland, über den am

Donnerstag Genoffin Zeitin referierte. Als sie das bekannte Citat aus Schiller „Wenn der Gedrücke nirgends Recht kann finden . . .“ und ein ähnliches von Richter vordrachte, ließ sie der überwachende Kommissar zur Mäßigung ermahnen, da er in diesen Citaten im Zusammenhang mit der sonstigen Rede Aufreizung zum Klassenhaß erblickte. Die Referentin bemerkte, sie habe allerdings nicht gewußt, daß Schillers Citat eine Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten sei. Diese Kritik und der folgende Beifallssturm veranlaßten den Beamten zur Auflösung der Versammlung. Sonntag findet eine neue statt.

Ausland.

Die „Petite République“ und die „Nowoje Wremja“.
Paris, 8. März. (Fig. Ver.) Die Haltung der „Petite République“ im russisch-japanischen Kriege unterscheidet sich unvorteilhaft selbst von derjenigen einiger bürgerlich-demokratischen Blätter. Clemenceau hat sich durch seine zwar nicht russenfeindlichen, aber japanfreundlichen und namentlich gegen das Jarentum gerichteten Artikel in der „Aurore“ den Zorn des russisch-ostjischen „Temps“ zugezogen. Die „Petite République“ hingegen, die seit Jaurès' Demission (Ende Januar) von Gérault-Richard allein geleitet wird, hat eine Stellung eingenommen, die nicht einmal zweideutig genannt werden kann, da sie dem Jarentum direkt zu gute kommen muß. In seiner Polemik gegen Clemenceau durfte der „Temps“ mit recht den „Regierungssocialisten“ Gérault-Richard als Schwurzeugen dafür citieren, daß das Kamidell angefangen hätte, daß Japan die Schuld am Kriege trage.

Seit er ist dem Direktor der „socialistischen“ „Petite République“ auch die wohlverdiente Anerkennung der berücksichtigten „Nowoje Wremja“, des chauvinistisch-antifeminitischen offiziellen Organs der russischen Regierung zu teil geworden. In einem Leitartikel unter der Epithete: „Gérault-Richard“ feiert der zarische Offiziosus einige dem Jarentum günstigen Wendungen, die der ostasiatische Krieg veranlaßt hätte, die angebliche Abfälligkeit der franco-englischen Freundschaft und den Frontwechsel der italienischen Presse zu Gunsten Russlands: „Am beweiskräftigsten aber (für die große Wendung) ist ein drittes Beispiel. Von jeher und überall in ganz Europa waren die socialistischen Organe die heftigsten Gegner Russlands und der russischen Regierung. Die Vorkämpfer der wirtschaftlichen Revolution konnten natürlich für Russland, eine der konservativsten europäischen Mächte, keine Sympathien hegen. . .“ Folgen Schimpfereien gegen die socialistischen „Verleumder“ des Autokrates. Was sehen wir aber jetzt? Die ersten Schüsse fielen bei Port Arthur am Dienstagmorgen und schon am Donnerstagabend erschien in Paris ein Russland sympathischer Artikel in einem so extremen Organ wie die „Petite République“ und unter einer so roten Unterschrift wie die von Gérault-Richard: „Japan hat die russische Flotte angegriffen ohne vorherige Kriegserklärung, so schreibt der Verfasser. . .“ Durch ein solches Verfahren lehrt es gegen sich die öffentliche Meinung in allen Ländern. Diese Verleumdung des Völkerrechts wird ihm schließlich teuer zu stehen kommen als Russland der Verlust von drei Panzerkreuzern. . . Und wir sind den Japanern böse, daß sie durch Ueberstürzung der Ereignisse die Aussichten auf eine Versöhnung beseitigt haben. . .“ („Pet. Rep.“, 11. Februar 1904.)

Die „Nowoje Wremja“ fügt hinzu: „Im Laufe der ganzen 20jährigen Existenz der „Petite République“ (in socialistische Hände ist dieses Blatt im Jahre 1893 übergegangen. Der Verlegerstatist.) bilden die angeführten Zeilen wohl die erste Russland sympathische Aeußerung.“ Das erscheint dem Petersburger Offiziosus ganz natürlich, sintemalen die „antimilitaristischen“ und „kriegsfeindlichen“ Socialisten „gar nicht anders könnten, als der wahrhaft friedliebenden Haltung Russlands im Konflikt ihre Sympathien zu bezeugen. So hat denn der russisch-japanische Krieg zum Ergebnis gehabt eine sympathische Kundgebung von Socialisten zu Gunsten Russlands. Ist das nicht eine Umwertung aller Werte? Nach solchen Ueberraschungen darf man sich auf alles gefaßt machen. . .“ (Uebersetzt aus der „Nowoje Wremja“, Nr. 10 035 vom 11./24. Febr.) Mit einigen weiteren Artikeln Gérault-Richards kann das offizielle Russland nicht minder zufrieden sein — so mit seiner greulichen Ansmalung der „gelben Gefahr“: die japanischen Nationalisten erstreben nicht nur die Vorherrschaft in Ostasien, sondern vielleiht auch „die Anechtung der europäischen Rassen durch die ihre“ („Pet. Rep.“, 17. Febr.). In einem andern Leitartikel, geschrieben am Vorabend des Krieges, sagte er der zarischen Eroberungspolitik nach, sie bringe freilich wider Willen überall mit „den von Rationalismus und Freiheit durchtränkten Geist des Westens“! . . . („Pet. Rep.“, 2. Februar.)

Dabei steht Gérault-Richard an der Spitze des zur Zeit in Paris einzigen „socialistischen“ Tagesblattes, und die Kosakenpresse von Paris und Petersburg darf seine Auslassungen verwerfen als kompetente und maßgebende Urteile eines socialistischen Wortführers, vom Volkpublikum schon gar nicht zu sprechen. . .

Frankreich.

Kosakenfreundlich und neutral.

Paris, 8. März. (Fig. Ver.) Der Pariser Gemeinderat hat anlässlich des russisch-japanischen Krieges eine zweischlächtige Kundgebung fertig gebracht. Zuerst sagte die nationalistische Mehrheit eine „glühende“ Resolution durch, für das Wohlergehen Russlands, seiner Armee und seiner Marine“ nebst einem „Protest gegen die internationalen Feinde der russischen Alliance“. Die Resolution wurde votiert mit 64 gegen bloß eine Stimme, die Stimme des revolutionären Socialisten Landrin. Die übrigen Socialisten enthielten sich der Abstimmung. Die braven Radikalen votierten natürlich mit den Nationalisten. Sodann aber wurde auf Antrag der socialistischen Gruppe mit allen gegen 69 Stimmen — unter einer humanitär-neutralen und schiedsgerichtsfreundlichen Begründung — beschloffen, einen Betrag von 20 000 Fr. „für die Verwundeten beider kriegführenden Nationen“ auszuwerfen.

Im nationalistischen Gemeinderat und am Vorabend der kommunalen Neuwahlen bedeutet dieses einstimmige Votum, daß die Pariser Wählermasse nicht im mindesten von der Kosakenbegeisterung der Presse angeleitet ist. Das Votum steht in Widerspruch zu der Geldsammlung, die von den Pariser Zeitungsdirektoren — mit der einzigen Ausnahme des Direktors der „Action“ — einseitig zu Gunsten der russischen Verwundeten allein veranstaltet wurde. Uebrigens bleibt die Teilnehmerzahl dieser Geldsammlung auf die aristokratischen und großbürgerlichen Kreise beschränkt. —

Italien.

Ganz wie in Deutschland fängt auch der derzeitige italienische Kriegsminister General Vedotti an, die Soldaten auf den Socialismus und seine Kulturwörter aufmerksam zu machen, indem er durch Corpsbefehle die Offiziere scharf macht, auf „revolutionäre“ Litteratur in den Kasernen zu fahnden. —

England.

Die Grasschaftswahlen und Bernard Shaw.

London, 7. März. Letzten Sonnabend wurden die Wahlen zum Londoner Grasschaftsrat vorgenommen. Von über 700 000 Wahlberechtigten haben nur 313 000 ihre Stimmen abgegeben. Die Zusammensetzung des Grasschaftsrats bleibt fast dieselbe wie im Zeitabschnitt von 1901—1904. Es wurden gewählt 88 Progressivisten, 84 Gemäßigte und ein Unabhängiger, so daß die Progressiven über eine Mehrheit von 48 verfügen. Die Senfaktion dieser Wahlen ist

der Durchfall Bernard Shaws im Wahlbezirk St. Pancras (Nordwesten Londons), wo die Gemäßigten zwei Mandate gewonnen haben. Shaw ist seit sechs Jahren Mitglied der lokalen Behörde jenes Wahlbezirks, dennoch wurde er geschlagen. Die Agitation, die für ihn entfaltet wurde, war sehr intensiv. Die Fabier arbeiteten ununterbrochen, ebenso eine ganze Reihe seiner litterarischen Verehrer, aber alle Mühe war vergeblich. Schuld an diesem Mißerfolge ist zum großen Teile Shaw selbst. Er wird vor lauter Wigen und Paradoxen den Leuten unverständlich. Trotz aller Kandidatenreden hatten seine Wähler keinen richtigen Begriff, was Shaw denn eigentlich ist und will. Und doch hat er es nach zwanzig Jahren socialistischer, socialreformerischer, socialimperialistischer, demokratischer, aristokratischer, künstlerischer und municipalsocialer Agitation wohl verdient, 1000 Stimmen zu erhalten — dies war alles, was nötig war, ihn zum Mitglied des Londoner Grasschaftsrats zu machen. Sein Mißerfolge hat etwas Tragisches an sich. Sein Wahlbezirk verwarf ihn als „Vollstündler“. Die „Daily News“, die sich über den Verlust des Wahlbezirks ärgert, meint in ihrem nächstern-liberalen Forum, Shaws „tomfooleries“ (Narrenstreiche) hätten die ganze Geschichte verdorben. Dies ist indes nicht die ganze Wahrheit. Shaw ist ein Dr. Stockmann mit einer kindischen Vorliebe für die Schellenlappe. —

Aus Industrie und Handel.

Wie man erfolgreich spekuliert.

Seit einer Reihe von Jahren gehört ein Herr Christoph Teubert aus Hohen-Neuendorf zu den regelmäßigen Besuchern der Berliner Börse. Er hat denn auch Börsengeschäfte mit vielem Erfolg betrieben und daraus ein nicht unbeträchtliches Vermögen gewonnen. Besonders in den letzten Monaten hatte er bei einer Firma 30 000 Mark aus Differenzgeschäften verdient und den Gewinn in größeren Teilbeträgen erhoben.

Als sein Spekulationsglück umschlug und ihm Verluste entstanden, besann er sich darauf, daß das bestehende Börsengeschäft für ihn die Erhebung des Differenzanwandes zuläßt — und verteilte die Zahlung. Entsprechend den zwischen beiden Parteien vereinbarten Bedingungen, wurde diese Angelegenheit gestern vor der schiedsrichterlichen Kommission der Aktien der Kaufmannschaft verhandelt. Herr Teubert, vertreten durch den antifeminitischen Rechtsanwalt Simons, der sonst für Treu und Glauben im Handel schwärmt, aber wohl hofft, durch systematische Erhebung des Differenzanwandes das jüdische Kapital zu untergraben, verteilte nicht nur die Zahlung, sondern verlangte außerdem die Auszahlung noch restierender Gewinnbeträge. Der Vorsitzende soll in sehr ungewissen Worten diese Spekulationsart gekennzeichnet haben.

Wie die Deutsche Bank berichtet und — spart. Aus München wird uns geschrieben:

Einiges Kopfschütteln hat hier der dieser Tage erscheinende Geschäftsbericht der Deutschen Bank hervorgerufen. Während in diesem, eingeweihten Kreisen bekannt ist, daß das Münchener Zweiggeschäft dieses Instituts in Bayern nichts weniger als glänzend abschnitten, wird in dem veröffentlichten Berichte der Deutschen Bank euphemistisch mitgeteilt: „Die bayerische Filiale konnte sich trotz der ungünstigen Lage des Münchener Immobilienmarktes weiter kräftigen.“ In Finanzkreisen fragt man sich nun, worin denn diese weitere Kräftigung eigentlich bestehen soll. Man findet allerdings, daß der Herr Kommerzienrat, der der bayerischen Filiale als Direktor vorsteht, von Tag zu Tag an Verbeserungen zunimmt, aber die „Münchener Post“ mußte erst kürzlich feststellen, daß in der Münchener Filiale der Deutschen Bank infolge schlechten Geschäftsganges zu sparen begonnen wird und zunächst natürlich bei den kleinen Beamten der Anfang gemacht worden ist.

Norddeutscher Lloyd. Die Verwaltung schlägt eine Dividende von 6 Proz. vor bei 14 Millionen Mark Abschreibungen. Der Betriebsüberschuss beträgt 26 511 000 Mk. gegen 19 410 000 Mk. im Jahre 1902. Für das Jahr 1903 hatte sich nach Abschreibungen von 12,6 Millionen Mark ein Reingewinn von 229 754 Mk. ergeben. Eine Dividende gelangte nicht zur Verteilung. Der Vertrag mit dem Morgan-Trust hat in diesem Jahre zum erstenmal Geltung erlangt. Der Trust wird mit der übernommenen Dividendengarantie nicht in Anspruch genommen. Aus eignen Gewinnen wird die Dividende von 6 Proz. gezahlt. — Eine schlechte Geschäftslage wird der Lloyd also bei seinen terroristischen Verjagen gegenüber der organisierten Arbeiterkraft nicht mehr vorschützen können.

Konkursstatistik. Im letzten Quartal des Jahres 1903 sind die Anträge auf Konkursöffnung auf 203 gegen 39 im dritten Quartal und 151 im letzten Quartal 1902 gestiegen. Wenn aus dieser starken Zunahme der Konkursfälle Schlüsse auf die allgemeinen Verhältnisse gezogen werden können, so wird auch hierdurch bezeugt, daß die Nachwirkungen der Krise noch recht fühlbar verspürt werden.

Nahrungsmittelverfälschungen spielen beim Wareneinsatz für den Haushalt der Arbeiter eine viel größere Rolle, als man gemeinhin anzunehmen pflegt. Um die Kunden durch billige Ware anzulocken und zu halten, greift eine gewisse Sorte von Geschäftsleuten zu einer Verfälscherung der Qualität der Waren. In welcher Weise fast jedes wichtige Nahrungsmittel verfälscht wird, darauf giebt uns ein vor kurzem erschienener Bericht der sächsischen Regierung über die Wirkungen des Nahrungsmittelgesetzes Auskunft. Danach sind die Verfälschungen ziemlich häufig anzutreffen. Fleisch in Stücken kann zwar nicht verfälscht werden, wohl aber ist dies schon bei Hackfleisch möglich. Verdorbenes Fleisch kann durch Zugabe wieder verkaufsfähig gemacht werden. In Wurstwaren fand man außer künstlichen Farbstoffen häufig Stärkemehl und auch Brot. Milch enthält außer Wasser vielfach noch einen hohen Schmutzgehalt. Butter wird mit Margarine verfälscht. Namentlich sind gemahlene Getreide mit allerhand Zusätzen, als da sind Schalen, Kalk, Sand, Mehl, vermalenes Brot usw., gemischt. Honig, Fruchtstücke, Marmeladen, Biere — alles ist der Verfälschung ausgesetzt. Wenn man erwägt, daß die Nahrungsmittelkontrolle ziemlich lax gehandhabt wird, da sowohl das Personal als auch die Mittel zur ständigen Beobachtung der feilgehaltenen Waren fehlen, so kann man die Veräufertung nicht unterdrücken, daß ein nicht gerade allzu kleiner Kreis von Kaufleuten und Ladeninhabern sich kein Gewissen daraus macht, auf Kosten des ärmeren Publikums sich an dem Verkauf von verfälschten Nahrungsmitteln zu bereichern.

Beförderung von Eyprehgut. Bis her war es jeder einzelnen Eisenbahnverwaltung überlassen, Eyprehgut zur Beförderung anzunehmen oder nicht. Mit dem 1. April d. J. tritt hierin eine wesentliche Änderung ein, als nunmehr für alle deutschen Bahnen einheitliche Bestimmungen hierüber eingeführt werden. Eyprehgut kann künftig nach allen Stationen aufgegeben werden, die für den direkten Gepäckerkehr eingerichtet sind. Als Begleitpapier ist den Sendungen vom Absender eine Eisenbahn-Paketadresse (ähnlich der Post-Paketadresse) auf blauem Kartonpapier beizugeben. Auf eine Eisenbahn-Paketadresse können bis zu fünf Stücke aufgeliefert werden. Die Beförderung erfolgt mit den Personen- und den hierfür freigegebenen Schnellzügen; die Lieferfrist endet in der Regel nach Ankunft des Zuges, mit dem die Beförderung zu geschehen hat. Der Eyprehgutverkehr wird daher für den Transport eiliger Sendungen, insbesondere leicht verderblicher Artikel, erhöhte Bedeutung erlangen. Ueber die Annahmestellen, Beförderungsgebühren etc. erteilt das Verkehrs-Bureau der Handelskammer, Prinz-Louis-Ferdinand-Straße 1, weitere Auskunft.

Gewerkschaftliches.

Unternehmer und Behörden.

Wenn man die Vertreter der verschiedenen Unternehmer-Verbände sich öffentlich über ihre Absichten äußern hört, dann gipfelt all ihr

Streben in dem bescheidenen Wunsche, „Herren im Hause“ zu bleiben. Ihre Thaten freilich gehen der Arbeiterschaft gegenüber weit darüber hinaus; sie halten es für selbstverständlich, daß sie nicht nur die Arbeitskraft ihrer Angestellten kaufen, sondern auch deren Gesinnung, und daß sie nicht nur die Thätigkeit des Arbeiters in der Werkstatt zu leiten und zu kontrollieren haben, sondern auch seine Zugehörigkeit zu einer politischen Partei und zu einer gewerkschaftlichen Organisation.

Ganz selbstverständlich sehen auch die „Herren im Hause“ sich als Herren der Behörden an, von denen sie jederzeit sofortiges Eingreifen in ihrem Interesse oder nach Umständen auch einmal wohlüberlegte Zurückhaltung fordern. Und merkwürdig, mag das Unternehmertum den Behörden gegenüber den Herrenstandpunkt noch so kraft hervorstechen, hier stößt es nie auf Widerborstigkeit, wie bei der organisierten Arbeiterschaft.

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, daß das Unternehmertum der Unterbesorerte planmäßig die dort schon große Arbeitslosigkeit durch Heranziehung fremder Arbeitskräfte zu vermehren trachtet, offenbar um eine große Ausperrung vorzubereiten. Das Gewerkschaftsartell in Bremen haben hat sich zur Abwehr dieser Bestrebungen veranlaßt gesehen, beim Stadtrat um Errichtung eines kommunalen paritätischen Arbeitsnachweises zu petitionieren. Anfangs hatte es den Anschein, als könne aus der Sache etwas werden, da die angegangene Behörde zu Verhandlungen bereit war. Das stürzte jedoch die Kreise des Unternehmertums und so entschloß sich denn der Stadtrat entsetzungslos zu folgendem Schreiben an das Gewerkschaftsartell:

Auf Ihren Antrag vom 14. September d. J., betreffend Einrichtung eines kommunalen paritätischen Arbeitsnachweises für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, versehen wir nicht zu erwidern, daß wir die Sache eingehend geprüft und insbesondere auch mit Rücksicht auf die in anderen Städten laut eingegangener Mitteilungen hierdurch erzielten Erfolge unterseits bereit sein würden, der Frage nach einer solchen Einrichtung näher zu treten, daß wir aber dennoch von einer Weiterverfolgung der Angelegenheit glauben Abstand nehmen zu müssen, weil die familiären in Betracht kommenden, von uns zur Aueherung aufgeforderten hiesigen Arbeitgeber-Verbände sich gegen diese Einrichtung ausgesprochen haben, weil ihrerseits bereits ein ausreichender Arbeitsnachweis ins Leben gerufen sei.

Bremserhagen, den 20. Februar 1904.

Der Stadtrat. Hagemann.

Inzwischen sind nun auch die Arbeitgeber weiter an den Ausbau des (für sie!) „ausreichenden“ Arbeitsnachweises gegangen. Die isolierten Unternehmer für das Baugewerbe haben einen solchen geschaffen, der ausgesprochen den Charakter eines Maßregelungsbureaus trägt. Der Stadtrat von Bremerhagen aber muß mit gebundenen Händen ansehen, wie die Unternehmer ihre geplante Mietausperrung weiter vorbereiten. Er ist zwar „seinerseits bereit“, der Frage eines paritätischen Nachweises näher zutreten, aber es haben die „Arbeitgeber-Verbände“ sich gegen diese Einrichtung ausgesprochen“ und da ist natürlich die wohlwollendste Behörde ohnmächtig.

Berlin und Umgegend.

Metallarbeiter! Die Kassenämter haben in den letzten Tagen folgenden neuen Anschlag in ihren Fabriken gemacht:

Wagung!

Unter Bezug auf die Bestimmungen, betreffend Einzeichnen in die Listen der Vereinigung der Berliner Metallwaren-Fabrikanten wird darauf aufmerksam gemacht, daß mit Sonnabend, den 12. März 1904, der Termin abläuft, bis zu welchem Aufnahme ohne Wartezeit erfolgt; nach diesem Termin tritt statutenmäßig eine sechsmonatliche Wartezeit ein, Werdungen zum Einzeichnen schriftlich oder mündlich an der Kasse oder bei den Meistern.

Wir erwarten, daß sich kein Berliner Metallarbeiter schriftlich zum Verräter seiner Kollegen erklärt. Nur wer sich selbst mißgibt, unterschreibt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Drahtarbeiter (Sektion des Metallarbeiter-Verbandes) haben mit ihren Arbeitgebern nach längeren Verhandlungen der beiderseitigen Kommissionsmitglieder nunmehr einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Derselbe bezieht sich auf die Radler, Drahtweber, Hilfsarbeiter und Arbeitsburschen der Berliner Drahtindustrie einerseits, und den Verein Berliner Drahtindustrieller sowie die Radler- und Siebmacher-Vereinigung andererseits und hat Gültigkeit bis zum 1. April 1907. Aus den Hauptbestimmungen des Tarifs sei folgendes hervorgehoben: Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden pro Tag; sie beginnt frühestens um 7 Uhr morgens und endet spätestens um 6 Uhr abends. Sonnabends ist eine und Tags vor den großen Feiertagen zwei Stunden früher Feierabend; an diesen Tagen soll den Lohnarbeitern eine bezw. zwei Stunden außer dem verdienten Lohn bezahlt werden. Bei eintretendem Arbeitsmangel kann, bevor Entlassungen vorgenommen werden, die Arbeitszeit bis auf 6 Stunden täglich verkürzt werden. Uebersitzungen dürfen nur im äußersten Notfalle gemacht und sollen dann mit 15 Pf. für Hilfsarbeiter und Arbeitsburschen mit 10 Pf. Aufschlag bezahlt werden. Der Mindestverdienst der Radler beträgt im ersten Vierteljahr nach der Lehre 40 Pf., im folgenden Vierteljahr 42 Pf., im zweiten Halbjahr nach der Lehre 45 Pf. und im dritten Jahre nach der Lehre 50 Pf. Für alle übrigen Radler beträgt der Mindestverdienst vom 1. April 1904 ab 52 Pf. und vom 1. April 1905 ab 55 Pf. pro Stunde. Arbeiter, die als Spinner oder Drahtweber für Rahmgebäude angeleitet werden, erhalten in den ersten 4 Wochen einen Mindestverdienst von 35 Pf., in den nächsten 4 Wochen 40 Pf., in den folgenden 14 Tagen 45 Pf., alle übrigen erhalten 47 Pf. pro Stunde. Der Mindestlohn für Hilfsarbeiter über 20 Jahre, die nicht an Spinnmaschinen oder Webstühlen arbeiten, beträgt 40 Pf., für solche von 17 bis 20 Jahren, sowie über 50 Jahre 35 Pf. und für Arbeitsburschen 30 Pf. pro Stunde. Für alle laufenden Arbeiten sind auf der Basis obiger Mindestlöhne Accordsätze festzusetzen, die in der Arbeitsstätte zum Ausbauge zu bringen sind. Die Accordsätze, bei denen die Mehrheit der Arbeiter bisher den vereinbarten Mindestlohn oder darüber verdient haben, bleiben bestehen. Den Accordarbeitern ist als Vorbehalt für die volle Arbeitswoche der tarifmäßige Mindestlohn für 54 Stunden zu zahlen. Fahrgehd., Fahrzeit-Entschädigung und Montagezulage sind wesentlich mit dem Lohn bezw. Accordvorschuß auszusahlen, doch dürfen diese nicht im Accord mit enthalten sein. Außerdem sind noch eine Reihe von Bestimmungen über Materiallieferung, gute Instandhaltung der Werkzeuge und Maschinen seitens der Arbeitgeber, Entschädigung bei Betriebsstörungen und sanitäre Vorschriften getroffen worden. Nachregelungen wegen Durchführung des Tarifs dürfen nicht stattfinden; Tarifstreitigkeiten entscheidet wie bisher die gemischte Schlichtungskommission. — Eine am Donnerstag abgehaltene stark besuchte Drahtarbeiter-Versammlung nahm Kenntnis von den Verhandlungen der Schlichtungskommission und erklärte sich mit dem vereinbarten Tarifentwurf einverstanden. Damit ist der Abschluß des Tarifvertrags so gut wie perfekt geworden, da die Arbeitgeber in ihrer Gesamtheit die von ihren Kommissionsmitgliedern getroffenen Vereinbarungen akzeptieren; zum definitiven Abschluß bedarf es nur noch einiger unterseits formaler Formalitäten. Ihre fernere Hauptaufgabe sehen die Drahtarbeiter nun darin, auch die Kollegen in anderen Städten Deutschlands aufzurufen, um zu ähnlichen Verträgen, mindestens aber um zu entsprechenden Lohnregulierungen zu gelangen.

Der Streit der Ludenwalder Bantischler droht nach Berlin überzugreifen. Wenn nämlich die erneuten Verhandlungen mit den Meistern in Ludenwalde zu keinem Resultat führen, beabsichtigen auch die Einsicker, welche für dortige Firmen in Berlin und den

Wörter einsehen, die Arbeit niedergulegen, um nicht als Streikbrecher zu gelten.

In der Fahrradfabrik von Bartel und Haupt zu Neu-Ruppin ist wegen Lohnhöhen ein Streit ausgebrochen. — Zugung von Metallarbeitern ist fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Tapezierer-Bewegung. In Bremen ist es zu einer Einigung gekommen. Bei neunstündiger Arbeitszeit wird bezahlt an Ausgelernte das erste Jahr 42 Pf. Stundenlohn, fürs zweite Jahr 44 Pf. Stundenlohn, fürs dritte Jahr 46 Pf. Stundenlohn. Diejenigen, welche den obigen Lohnsatz schon erhalten und seit den letzten drei Monaten keine Lohnausbesserung erhalten haben, bekommen 5 Proz. Aufschlag. Der seit 14 Jahren bestehende Aufschlag für Heberstunden, 33 1/2 Proz. und Nachstunden 100 Proz., bleibt bestehen. — In Wismar haben drei Geschäfte anstandslos bewilligt, ein Geschäft lehnte die Bewilligung der neunstündigen Arbeitszeit ab, mit den übrigen schwachen Verhandlungen. 13 Mann in 8 Geschäften haben ihre Kündigung eingereicht; 9 Mann arbeiten zu den neuen Bedingungen. — In München sind die Tapezierer ebenfalls in die Bewegung zur Erringung des Neunstundentages getreten.

Mit einem gründlichen Hinsicht

endete der letzte Arbeitswilligen-Prozess in Breslau. Vier organisierte Stukkatoren und ein unorganisierter Bildhauer sollten den mit vielen Orden geschmückten arbeitswilligen Stukkatoren Goltsh von freiwilliger Arbeit zurückgehalten haben, weil dieser dem Verband nicht beitreten wollte. In Wirklichkeit war der „Krieger“ ausgeschlossen und wäre gar nicht wieder aufgenommen worden; die Streitigkeiten auf dem Arbeitsplatze resultierten aus dem privaten hässlichen und unkollegialen Benehmen des Goltsh, der zum Beispiel all seine Kollegen bei der Steuerbehörde denunziert hatte. Der Mann rechnete aber auf den besonderen Schutz des Gerichts, er erklärte, die Socialdemokraten wollen überhaupt keine Steuern zahlen und als das noch nicht zog, entnahm er seine Brusttasche eine Pistole gegen Rebel und schickte sich an, dieselbe vorzulesen, wovon ihn der Vorsitzende jedoch abhielt. Der Unternehmer, als Feuge vernommen, gab selbst zu, daß ihm die angeklagten organisierten Arbeiter, die alle seit Jahren bei ihm beschäftigt sind, lieber seien, als der patriotische Kläger, der ihm viel zu schaffen machte. Angesichts dieses Tatbestandes zog selbst der Staatsanwalt die Klage wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung zurück und wollte nur drei der Angeklagten wegen Beleidigung verurteilen lassen. Auch dieses lehnte das Gericht ab und sprach sämtliche Angeklagte frei.

Das Strafverfahren war von der Staatsanwaltschaft ohne besonderen Antrag auf die bloße Anzeige hin eingeleitet worden, was nach der Ansicht des Vertreters der Anklage zu lässig ist.

Fähnliche des Koalitionsrechts. Weil in den Versammlungen des Zentralverbandes der Handlungs-Gehilfen und Gehilfinnen über Kaufmannsgerichte — also über „politische Dinge“ — verhandelt und eine Petition an den Bundesrat gerichtet worden ist, sind die Leiter des Breslauer Bezirks, dem auch Handlungs-Gehilfinnen angehören, zu je drei Mann Strafe verurteilt worden. Von einer Auflösung nahm das Gericht Abstand, es fühlte wohl selbst, daß die Verurteilung des Gesekentwurfes über Kaufmannsgerichte einem Handlungsgehilfen-Verband recht nahe liegt.

Beim Revidieren von Nachrufen wegen Nichterhaltens der gesetzlichen Arbeitszeit machten sich die Funktionäre des Breslauer Ortsvereins der Wäcker nach dem Urteil des dortigen Schöffengerichts des Hausfriedensbruchs schuldig. Das Betreten des Hofes und das Öffnen der Nachrufen, wobei sie annehmen konnten, daß es gegen den Willen des Eigentümers geschieht, sei schon ein Hausfriedensbruch. Wegen Betretens der Nachrufe erhielten dann zwei Angeklagte je eine Woche Gefängnis zuzüglich.

Ausland.

Tarifgemeinschaft des schweizerischen Buchdrucker-Verbandes. Der Schweizer Typographenbund genehmigte in seiner in Baden bei Friburg abgehaltenen Delegiertenversammlung einstimmig den Reglementsentwurf für ein Schweizer Einigungsamt des Druckgewerbes, das die Schaffung von lokalen Schiedsgerichten, Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse sowie des Lehrlingswesens vorsieht.

Die Aussperrung der Kupferschmiede in Kopenhagen. Es ist der Firma Durmeister u. Wain leider gelungen, in Deutschland acht Streikbrecher anzuwerben. Sie werden sorgsam von der Außenwelt abgeschlossen und müssen nichts auf einem alten Schiff der Gesellschaft logieren. — Auf der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung der Aktiengesellschaft Durmeister u. Wain sprach Direktor Hagemann die Hoffnung aus, daß der Konflikt mit den Kupferschmieden bald geregelt werde, und teilte im übrigen mit, daß der Tarifvertrag mit den Schmieden und Maschinenarbeitern im verflochtenen Jahre auf zwei Jahre erneuert wurde. In den vier Jahren, die dieses Uebereinkommen mit der größten Gruppe der Arbeiter der Gesellschaft schon bestanden hat, habe es zu heiderseitiger Zufriedenheit der Gesellschaft ein gutes Zusammenarbeiten mit dieser Gruppe geführt. Weiter teilte der Direktor mit, daß mit den Schiffszimmerern und Schiffstischlern Tarifverträge abgeschlossen wurden; ebenso mit der Organisation der Arbeitsmänner, doch ist der Vertrag bereits wieder gelündigt worden auf den 1. Februar d. J., ohne daß bis jetzt über die gestellten Forderungen verhandelt worden wäre. Die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten der Gesellschaft hat sich von 2326 auf 2589 erhöht. Das vergangene Jahr war für die Gesellschaft das beste seit ihrer vor 32 Jahren erfolgten Gründung. Es wurden für 11 312 500 Kronen Arbeiten ausgeführt (1902 für 9 730 000 Kronen); an Arbeitslohn wurden 2 966 900 Kronen ausbezahlt.

Zwei Solidaritätsstreiks der Hafnarbeiter werden aus Marseille gemeldet. Der eine wird geführt wegen zu geringer Bezahlung der jugendlichen Arbeiter, der andre wegen der schlechten Arbeitsverhältnisse der in Marseille und Cette beschäftigten spanischen Docksarbeiter.

Ein Streik der Maurer wird aus Rom gemeldet. 400 Mann sind im Auslande; sie verlangen einen zehnstündigen Arbeitstag und eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Cts., von 60 auf 66 Cts.

Aus der Frauenbewegung.

Ren-Beisense. Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hält am Montag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Schütz, König-Charfusse 38, eine Mitglieder-versammlung ab, in welcher Herr Dr. Naumbacher einen Vortrag über: „Die Liebe“ halten wird. Herren und Damen als Gäste willkommen.

Verfammlungen.

Der Arbeitervertreter-Verein nahm in seiner letzten Sitzung den Bericht der Vorstands- und Ausschussmitglieder der Landesversicherungs-Anstalt Berlin entgegen. Die Berichterstatter gaben einen Ueberblick über die geschäftliche Tätigkeit, welche die genannten Körperschaften im vergangenen Jahre ausgeübt haben. Im Bericht der Vorstandsmitglieder trat die bekannte, oft kritisierte Thatsache hervor, daß die Arbeitervertreter im Vorstande ihre Ansichten in der Regel nicht durchsetzen können, weil sie fast immer,

wenn ihre Meinungen denen der Arbeitnehmervertreter gegenüberstehen, von den letzteren in Verbindung mit den beamteten Vorstandsmitgliedern überstimmt werden. Ferner wurde bemerkt, daß der Vorsitzende des Vorstandes, Dr. Freund, der früher als arbeiterfreundlich galt, auf diese Bezeichnung keinen Anspruch machen könne, er sei vielmehr als ein arbeiterfeindlicher Bureaukrat anzusehen. — Im Bericht des Ausschusses nahm der schon vor längerer Zeit im „Vorwärts“ mitgeteilte Kompetenzstreit zwischen dem Vorstand der Landesversicherungs-Anstalt und dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung das größte Interesse in Anspruch. Der Streit zwischen diesen beiden Instanzen dreht sich darum, welche von ihnen zuständig ist für die beim Schiedsgericht beschäftigten Beamten der Landesversicherungs-Anstalt. Der Vorstand der letzteren hat an die betreffenden Beamten Weisungen ergehen lassen, welche der Vorsitzende des Schiedsgerichts als einen Eingriff in seine Befugnisse ansieht. Darüber hat sich der Schiedsgerichts-Vorsitzende bei seiner Aufsichtsbehörde, dem Polizeipräsidenten beschwert, dieser hat die Beschwerde dem Reichs-Versicherungsamt, als der Aufsichtsbehörde des Vorstandes der Landesversicherungs-Anstalt übergeben, und gleichzeitig auch dem Ausschuss der Landesversicherungs-Anstalt von der Beschwerde Kenntnis gegeben. Das Reichs-Versicherungsamt hat die Beschwerde erledigt, indem es sich im wesentlichen gegen das Verhalten des Vorstandes der Landesversicherungs-Anstalt aussprach. Es muß noch bemerkt werden, daß die nicht-beamteten Vorstandsmitglieder erst im Laufe des Beschwerdeverfahrens von der Angelegenheit eingehende Kenntnis erhielten, so daß also der Konflikt eigentlich nur zwischen den beamteten Vorstandsmitgliedern, von denen der Vorsitzende Dr. Freund in erster Linie in Betracht kommt, und dem Schiedsgerichts-Vorsitzenden schwebte. — Nachdem also der Ausschuss Kenntnis von dem Streit-falle erhalten hatte, setzte er eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit ein. Auf Empfehlung dieser Kommission sagte der Ausschuss einen Beschluß, worin er auspricht, daß er das Verhalten des Vorstandes dem Schiedsgerichts-Vorsitzenden gegenüber nicht billigt; die Beamten des Schiedsgerichts unterstanden zwar in disciplinärer Hinsicht dem Vorstande der Landesversicherungsanstalt, die unmittelbare Aufsicht über diese Beamten stände jedoch dem Schiedsgerichts-Vorsitzenden zu. — Gegen diesen Beschluß des Ausschusses hat der Vorstand Beschwerde beim Reichs-Versicherungsamt erhoben. Der Vorstand bestritt dem Ausschuss das Recht, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen, er beantragte deshalb die Aufhebung des Beschlusses. Das Reichs-Versicherungsamt hat jedoch dem Ausschuss recht gegeben. Es entschied: Die Anfechtung des Beschlusses des Ausschusses durch den Vorstand sei unzulässig, aber selbst wenn man sie für zulässig erklären wollte, müsse sie doch zurückgewiesen werden, weil der angefochtene Beschluß weder gegen die gesetzlichen noch gegen die statutarischen Vorschriften verstöße. Der Ausschuss habe die Geschäftsführung des Vorstandes zu übernehmen. Diese Ueberwachungsbeugnis erstrecke sich nicht nur auf einzelne Zweige der Geschäftsführung, etwa die finanziellen Unternehmungen und dergleichen, sondern auf die gesamten Obliegenheiten des Vorstandes. Gleich dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft habe der Ausschuss das Recht, die Geschäftsführung des Vorstandes in allen Zweigen zu überwachen, den Vorstand zu diesem Zwecke zur Richterstattung aufzufordern und jederzeit Einsicht in die Geschäftsbücher zu nehmen.

In der Versammlung wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der Ausschuss von seinen durch das Reichs-Versicherungsamt bestätigten Befugnissen nun auch in anderen Fällen, soweit es das Interesse der Versicherten gebietet, Gebrauch machen möge. — Eine andre in der Richterstattung berührte und in der Diskussion besprochene Angelegenheit betrifft das Arbeitsverhältnis der Hausdiener in der Heilstätte Veelitz. In dieser Hinsicht hatten die Hausdiener schon vor einigen Monaten ihre Wünsche der Anstaltsleitung sowie dem Vorstande unterbreitet. Auch der Ausschuss hat sich mit der Angelegenheit befaßt, er hat den Vorstand ermahnt, eine feste vom Ausschuss aufgestellte Gehaltskala für das gesamte Anstaltspersonal anzuerkennen, Urlaub zu gewähren und die Einsetzung einer Beschwerdekommmission des Anstaltspersonals zu betreiben. — Hierzu wurde seitens eines Vertreters der für die Hausdiener zuständigen Organisation bemerkt, daß die Beschwerdekommmission noch nicht bestünde, daß neuerdings zwei Hausdiener mit einem Monatslohn von 50 M. eingestellt seien, während der Ausschuss 60 M. als Anfangslohn empfohlen habe, und daß diejenigen, welche die Wünsche und Beschwerden ihrer Kollegen an zuständiger Stelle vordringen, bald darauf entlassen zu werden pflegen.

Nach der Erledigung der Diskussion über die Richterstattung brachte ein Vereinsmitglied folgende Angelegenheit zur Sprache: Es werde allgemein behauptet, daß die Rückzahlung der Beiträge nach dem Tode eines Versicherten an dessen Witwe dann verweigert werde, wenn dem Versicherten durch die Anstalt ein künstliches Gebiß geliefert worden ist. Die Vorstandsmitglieder bemerkten dazu, solche Fälle seien ihnen noch nicht bekannt geworden, es werde auch seitens des beamteten Vorstandes bestritten, daß so wie behauptet verfahren werde. Das Ausschussmitglied Dähne bemerkte, als diese Angelegenheit im Ausschuss zur Sprache kam, habe der Vorsitzende Dr. Freund erklärt: Die Versicherung eines Schiffes sei ebenso wie die Uebernahme eines Heilverfahrens eine freiwillige Leistung der Landesversicherungs-Anstalt, und das Recht auf Rückzahlung der Beiträge werde durch solche Leistungen nicht beeinträchtigt. — Hiernach müsse man doch annehmen, daß auch nach diesen Grundsätzen gehandelt werde. Sollte das dennoch nicht geschehen, so möge man dem Vorstande das Material über derartige Fälle unterbreiten, die Betroffenen würden dann zu ihrem Rechte kommen.

Zentralverband der Maurer. Der Zweigverein Berlin hielt am Freitag eine Generalversammlung ab, in welcher ausschließlich über die von der Vertreterversammlung angestellten Kandidaten für die örtliche Verwaltung diskutiert wurde. Unter den vorgeschlagenen Kandidaten befand sich kein Mitglied der bisherigen Verwaltung. Aus einer Darlegung, welche der bisherige erste Bevollmächtigte des Zweigvereins, Friisch, veranlaßt durch die Anwesenheit eines Disziplinarstrafrechters machte, ging hervor, daß die bisherigen Mitglieder der Verwaltung abgelehnt hatten, aufs neue zu kandidieren, und zwar aus folgenden Gründen: Die Vertreterversammlung hatte sich damit einverstanden erklärt, daß den besoldeten Verwaltungsmitgliedern, ihrem Wunsche gemäß, ein Wochenlohn von 40 M. und alljährlich ein Urlaub von acht Tagen gewährt werde. Die Zahlstellen- und Bezirksversammlungen haben diese Bewilligung abgelehnt und beschlossen, daß es bei dem bisherigen Modus der Gehaltszahlung bleibt, wonach die besoldeten Verwaltungsbeamten den vertragsmäßigen Lohn der Maurer erhalten. Das macht für das neue Geschäftsjahr wöchentlich 87,80 M. Wie Friisch ausführte, ist es nicht die Ablehnung der geordneten Gehaltssteigerung allein, welche die Verwaltungsmitglieder veranlaßt, eine Wiederwahl abzulehnen, sondern vielmehr der Umstand, daß man in den Versammlungen den besoldeten Mitgliedern in verletzender Weise zu verstehen gab, sie wären ja froh, daß sie ihre Posten hätten und würden dieselben auch dann nicht verlassen, wenn ihre Forderungen abgelehnt werden; und weiter sei gesagt worden, die Beamten, welche Gehaltssteigerungen verlangten, hätten das Vertrauen der Mehrheit nicht mehr. Unter diesen Umständen konnten die alten Mitglieder der Verwaltung, obwohl sie für die Neuwahl wieder vorgeschlagen wurden, die Annahme der Kandidatur mit ihrem Ehrgefühl nicht vereinbaren. — Friisch und Wuffe lehnten zuerst auch die Kandidatur für die Wächter-Kommission ab, erklärten sich später aber zur Annahme bereit, nachdem Silberjahn abgeführt hatte: Er könne diese Ablehnung nicht billigen. Die gegenwärtige Situation mache es notwendig, daß die alten, mit den Geschäften der Wächter-Kommission vertrauten Mitglieder dieser Körperschaft auch ferner angehören. — Die Wahl wird demnach durch Stimmzettel vorgenommen, die Leitung derselben besorgt eine aus sieben Mitgliedern bestehende Kommission.

Die Steinfeiler hielten am Sonntag in Billes Lokal eine kombinierte Versammlung ab, an der die Filialen Berlin I und II, Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf teilnahmen.

Verhandlungsrichter Knoll erstattete den Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages; Einwendungen gegen die dort gefassten Beschlüsse wurden nicht erhoben. Alsdann erfolgte eine längere Aussprache über die vorjährigen Differenzen mit der Filiale II (Nammer) wegen deren Nichtbeteiligung an der lokalen Arbeiterlosen-Unterstützung. Schenke erklärte namens der Steinfeiler, daß von irgend einem Berufsdünkel gegenüber den Nammern nicht mehr die Rede sein könne, weil beide Gruppen nichts weiter als Ausgebettete ein und derselben Unternehmertypen seien. Hauffchild gab namens der Nammern mannehr der Ueberzeugung Ausdruck, daß das fernere gemeinsame Zusammengehen beider Gruppen keine Teilung mehr erfahren werde. Darauf wurden die ferneren Maßnahmen zur zweckmäßigen Ausgestaltung der lokalen Arbeiterlosen-Unterstützung der zuständigen Fünferkommission zur weiteren Veranlassung überwiefen. — Die alsdann vorgenommenen Wahlen hatten folgendes Ergebnis. Es wurden gewählt: In den Centralvorstand aus der Filiale I Kaulen, M. Hauffchild und Gräbig; aus der Filiale II Hauffchild, Glix und Frieze; aus Charlottenburg Ghrle; aus Schöneberg Petri; aus Niddorf Schenke und aus der Mitte der Versammlung Schwabs, Berlin I. (Der Vorsitzende und Kassierer sind auf dem Verbandstage gewählt worden; die Verteilung der übrigen Posten an die in der Versammlung gewählten Personen wird im Centralvorstand selbst vorgenommen.) Ferner wurden gewählt in die Prolegommission: Kullert als Vorsitzender, Lutter, v. Strom, Kuhlmeier und Keumann; in die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg: Kullert als Vorsitzender, Wolff, Petri, Genfide und Lutter; als Revisoren des internationalen Sekretariats: Hauffchild, Schenke und Gräwarz. (Zum internationalen Sekretär der Steinfeiler-Organisation ist demnachlich der Verbandsvorsitzende Knoll auf dem Verbandstage gewählt worden.)

Ober-Schöneweide. Am Donnerstag, den 3. März fand die Fortsetzung der am 22. Februar polizeilich aufgelösten Gemeindevorstand-Versammlung in Löffers Salon statt. Gemeindevorretter Genosse Grunow übte scharfe Kritik an unsern Gegnern, welche 55 000 M. für Kirchenbauten bewilligt haben, aber für ein Krankenhaus, das Gebirgsgericht, Fortbildungsschule usw. kein Geld haben. In der lebhaften Diskussion beteiligten sich die Genossen Franke, Herzig, Waller, Kaufhold, Grunow, Weidner, Lajhar und Rinkwig, die den beiden christlichen Herren Schulze und Wölde, welche sich an der Diskussion beteiligten, scharf entgegen traten. Zum Schluß wurde gegen 1 Stimme eine Protestresolution angenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Preussische Kunst.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses lehnte am Freitagabend die Beratung des Kultusbudgets fort.

Beim Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ entpam sich eine längere Debatte, in der der bekannte Fall des Bildes von Walter Sickow erwähnt wurde. Der Direktor der Nationalgalerie hatte es zum Ankauf vorgeschlagen. Der Kultusminister hatte es zurückgewiesen. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß die Anschaffungen für die Nationalgalerie nicht einseitig gemacht werden dürften. Von anderer Seite wurde gewünscht, daß die deutsche Kunst besonders berücksichtigt werde. Auf die Frage, ob Bilder der secessionistischen Richtung nicht gekauft werden dürften, wurde seitens der Regierung erklärt, daß dem Ministerium nichts davon bekannt sei. Im übrigen wurde eine Reihe von Fragen an die Regierung vom Regierungstisch aus nicht beantwortet.

Um den Lohn geprellt.

Wiesbaden, 11. März. (R. F.) Der aus Berlin stammende Unternehmer, der in der Gemeinde Limbach mit der Herstellung der Drainage beauftragt war, ist unter Wahrung des Lohnes der Arbeiter seit einigen Tagen verschwunden. Gestern nachmittag zogen die Arbeiter etwa 40 Mann vor die Bürgermeisterei und forderten ihr Geld. Dabei kam es zu heftigen Zusammenstößen, so daß die hiesige Gendarmerie telephonisch herbeigerufen werden mußte.

Mädchenhändler.

Frankfurt a. M., den 11. März. (R. F.) In der Mädchenhändler-Affaire wurde jetzt auch noch der 28 Jahre alte Kaufmann Richard Knaas in Haft genommen, der die Korrespondenz besorgt hat. Knaas war längere Zeit in Hamburg und ist dort verhaftet. Die bis jetzt verurteilten Mädchen sind alle geständig, sie blieben nur kurze Zeit in den verrufenen Häusern. Es sieht fest, daß sich die Vermittlung nicht nur auf gewerbsmäßige Mädchen beschränkte, sondern daß durch verlockende Inserate auch bisher unbescholtene Mädchen angezogen wurden.

Sonntagsruhe-Gesetz in Italien.

Rom, 11. März. (R. F.) Die Deputiertenkammer hat heute nach mehrtägiger Debatte einen Gesekentwurf betreffend die Sonntagsruhe in der Specialberatung angenommen.

Die Entgleisungen auf der sibirischen Bahn.

Jekutsk, 10. März. (R. F.) Auf der Strecke Achinsk-Jekutsk der sibirischen Bahn entgleiste ein Postzug. Eine Person wurde getötet, 8 erlitten Verletzungen. Der Materialschaden ist bedeutend.

Petersburg, 11. März.

(Melbung der „Russischen Telegraphen-Agentur“.) Aus dem Hauptquartier zu Mukden wird unter dem heutigen Datum gemeldet: Infolge der verschiedenartigen und entgegengekehrten Mitteilungen von Landungen japanischer Truppen an verschiedenen Punkten und weiteren Absichten der japanischen Heeresleitung ist das in Charbin eingetroffene Armeekorps vom Feldstabe daselbst zurückgehalten worden. Da sehr starke Fröste eingetreten sind, macht die geeignete Unterbringung dieser großen Truppenmasse gewisse Schwierigkeiten. — Großfürst Wladislaw ist mit Begleitung am 10. März nach dem Kriegsschauplatz abgereist.

Der japanisch-koreanische Vertrag.

Tokio, 11. März. (Melbung des „Kaiserlichen Bureau“.) Eine gestern erschienene Sonderausgabe des Amtsblattes in Seoul veröffentlicht den vollständigen Wortlaut des zwischen Japan und Korea abgeschlossenen Protokolls. Danach werden die von Korea an Japan gewährten Konzessionen für ungültig erklärt, darunter jene, durch die sich Korea des Rechts begab, die Insel Sokodo zu veräußern, ferner die Kohlengruben-Konzessionen auf der Kojje-Insel und die Waldkonzessionen in Uleungdo, und in den Thälern des Zumen und Jalu. Die Ungültigkeitserklärung der Russland gewährten Konzessionen wird von der koreanischen Regierung noch besonders bekannt gemacht werden.

Würzburg, 11. März.

(R. F.) Die Staatsanwaltschaft erließ gegen den Bankier Bornberger einen Haftbefehl wegen Depotverletzung.

Wien, 11. März.

(R. F.) Auf der Universität fanden heute erbitterte Zusammenstöße zwischen deutschen und russischen Studenten statt. Die letzteren versuchten die von den Deutschen besetzte Universitätsrampe zu stürmen, wurden aber mit blutigen Köpfen zurückgewiesen, wobei die kleinere Wallstraße in Trümmer ging. Mittags spritz die Polizei energisch ein und drängte die russischen Studenten in die Stadt. Dieselben zogen, slavisch wieder singend, durch die Straßen, was aber von der deutschen Bevölkerung mit Protestrufen aufgenommen wurde. Nur dem tollwütigen Einschreiten mehrerer höherer Polizeibeamten ist es zu danken, daß die russischen Studenten nicht von der Civild Bevölkerung durchgeprügelt wurden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Zusammenstöße dauerten auch nachmittags noch an.

Reichstag.

55. Sitzung, Freitag, 11. März 1904, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrats: v. Einem.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort: Bayerischer Generalmajor v. Endres: Nachdem mir gestern abend das amtliche Stenogramm der 52. Sitzung des Reichstages zugänglich gemacht worden ist, sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt: Die Worte des Herrn Dr. Müller-Meinungen in der betreffenden Sitzung können in der That so ausgelegt werden, daß mit denselben konstatiert werden möchte, daß die bayerischen Offiziere eine Klasse des Gymnasiums mehr be- suchen als die preussischen, daß also ein Vergleich der allgemeinen Bildungsstufe der beiden Kategorien nicht beabsichtigt war. Das geht zweifellos aus dem amtlichen Steno- gramm hervor. Hiermit fällt, wie ich gestern abend bereits freimütig zugestanden habe, aus meiner gestrigen Rede das weg, was ein persönlicher Angriff gegen Herrn Müller-Meinungen ist oder als solcher interpretiert werden könnte. Es bleibt von meiner Rede bestehen 1. die Behauptung, daß bei einem Vergleich zweier Bildungsstufen nicht die Schulbildung ent- scheidet, sondern die Herzens- und Charakterbildung, 2. mein Be- dauern, daß hier im deutschen Reichstage und noch dazu von dem Mitgliede einer so vaterländischen und reichstreuen Partei der Versuch unternommen worden ist, zwei Kontingente des deutschen Heeres gegeneinander auszuspielen. Es bleibt ferner übrig meine dankbare Anerkennung des reichen geistigen Inhalts, welcher aus der preussischen Armee in die bayerische von jeher übergeflossen ist und mein freundliches Anerkenntnis des unlöslichen, inneren Zu- sammenhanges beider.

In formeller Beziehung muß ich noch bedauern, daß die ursprüngliche Redewendung des Herrn Abgeordneten immerhin so gefaßt zu sein scheint, daß die vielen Stimmen, die mich über sie informiert haben, Abgeordnete, Mitglieder des Bundesrats und Präsesierungen übereinstimmend die Ausrufung des Herrn Abgeordneten in jenem Tone aufgefaßt haben, in welchem auch ich sie auffassen zu müssen glaubte. (Bravo!)

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Zunächst wird ein schleuniger Antrag hier auf Einstellung eines gegen den Abg. Thiele (Soc.) schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session angenommen, und gemäß dem Antrage der Geschäfts- ordnungs-Kommission die Genehmigung zur strafrechtlichen Ver- folgung des Abg. Gerstenberger (C.) versagt.

Hierauf wird die zweite Beratung des Militär- Etats fortgesetzt.

Abg. Dabach (C.):

Ohne zu sagen, die angeblich keine Mißhandlungen sind, werden oft mit solcher Heftigkeit ausgeteilt, daß sie zu schweren körperlichen Verletzungen führen. Der jetzige König von Sachsen hat als Regimentskommandeur mit Recht in einem Erlaß gesagt, das Schlagen führe zur Verrohung. Daran sollte man denken!

Der Kriegsminister ist gestern mit keinem Worte auf die geringe Zahl von Bestrafungen der Vorgesetzten auf Grund des § 147 des Militär-Strafgesetzbuches eingegangen. Im Dezember hat er die nachlässige Aufsicht seitens der Vorgesetzten getadelt, aber wir wollen Thaten, nicht Worte der Miß- billigung.

Jahrs ein Soldat fahrlässig bei einer Beschwerde die Unwahrheit sagt, sollte man ihn gar nicht oder nur sehr milde bestrafen. Denn oft verlangen ihn die Zeugen aus Furcht vor der Rache des anwesenden Unteroffiziers. Redner belegt das durch mehrere Fälle, in denen schließlich der Angezeigte erstattete selbst in der Angst seine Beschwerde zurückgenommen und sich selbst der verleumderischen Beleidigung bezichtigt habe, bis schließlich die Gerichtsverhandlung an den Tag brachte, daß die Anschuldigungen der Wahrheit entsprachen. Ein Offizier ist wegen Einschüchterung von Zeugen nur mit drei Tagen gelinden Arrests be- straft worden! (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Nun hat zwar jeder Offizier das Recht, Handlungen zur Anzeige zu bringen, die gegen die Würde der Person oder des Offizierstandes verstoßen. Aber erst eine eingehende Anweisung des Ministers, daß eine solche Anzeige erstattet werden solle, würde diese Vorschrift wirksam machen.

Bei den Verurteilungen sollte öfter auf Dienstentlassung erkannt werden. Bei 46 schweren Mißhandlungen ist nur auf eine Dienst- entlassung und sieben Degradationen erkannt worden. Ueberhaupt sind die Strafen in der öffentlichen Meinung viel zu gering. Redner führt auch dafür einige charakteristische Fälle an. Die Strafen für Mißhandlungen stehen doch auch in gar keinem Ver- hältnis zu den Strafen für angebliche Widersetzlichkeit der Soldaten im Dienste. Des Recht auf Nothwehr wird aber anerkannt werden. Jeder mißhandelte Soldat hat das Recht sich zu wehren. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Auch sonst, z. B. bei den Vorschriften über den Gebrauch der Waffe, sollten die Kriegsartikel geändert werden. Am 8. Februar 1890 hat der Kaiser eine würdige Behandlung der Soldaten gefordert: hoffen wir, daß der Kriegsminister diese kaiserliche Forderung durch- führen wird. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Von der soeben verlesenen Erklärung des Generals v. Endres nehme ich mit Genugthuung Kenntnis. Ich bedaure nur, daß Herr v. Endres auf Grund gänzlich falscher Informationen so schwere Vorwürfe gegen mich erhoben hat und sie wenigstens 24 Stunden ins Land hinausgehen ließ. Der einzige gegen mich noch aufrechterhaltene Vorwurf geht dahin, daß ich zwei Kontingente des deutschen Heeres gegen- einander ausgespielt habe. Auch dieser Vorwurf hat weder nach meinen Worten — ich verweise auf das Steno- gramm — noch in meiner Bestimmung irgendwelche Ver- rechtigung. Die Einheit der Armee liegt mir nicht weniger am Herzen als irgend jemand anderem in diesem Saale. Ich war niemals Parteilocher und hoffe es auch nie im Leben zu werden. (Lebhaftes Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Herr Dr. Müller-Meinungen hat durch seine Sucht, der Rechten Vossbetten zu sagen, selbst zu der Auffassung verleitet, als wolle er das bayerische und preussische Kontingent gegen einander ausspielen. — Ich will nur dem Kriegsminister für seine sehr glückliche Verteidigung der Ehre der Armee danken, ebenso dem bayerischen Bundesrats- Bevollmächtigten für die herzliche warme Betonung der Einheit des deutschen Heeres. Herr Payer meinte, die heutige Art der Disziplin wäre mit der Menschenwürde nicht vereinbar. Mit Menschenwürde und ähnlichen schönen Worten wurde vor der französischen Revolution gespielt, aber nirgends ist die Disziplin strenger gehand- habt, als in den republikanischen Heeren. Ohne Disziplin ist eine straffe Heeresorganisation nicht denkbar. Das Recht der Nothwehr, das sogar Herr Dabach forderte, ist mit einer weislichen Disziplin unvereinbar. (Sehr richtig! rechts.) Herrn Stöcker antisemitische Agitation hat mir von jeher nicht gefallen, ebenso- wenig wie sein Eintreten für christliche Arbeiter- vereine. Ich fürchte, daß solche Vereine doch schließlich mit der Socialdemokratie Hand in Hand gehen werden. Aber gegenüber den Angriffen des Herrn Bebel muß ich doch die grobkärtige Thätigkeit des Herrn Stöcker auf dem Gebiete der inneren Mission hervorheben. Damit hat Herr Stöcker weit mehr für die Arbeiter gethan als Herr Bebel. (Wachen bei den Socialdemokraten.) Herr Bebel freilich hält keine Partei für die intelligenteste und er sieht als der Allertelligenteste an der Spitze (Heiterkeit rechts.) Parteien, die die Volksmasse aufheben gegen die höher Stehenden hat es immer

gegeben. Keulich hat ja Herr Dr. David sogar versucht, die Social- demokratie als Ausfluß der Kantischen Philosophie hinzustellen, so etwas ist mir noch nicht vorgekommen. Der kategorische Imperativ der Pflicht! Ich habe noch nie das Wort Pflicht von Socialdemo- kraten gehört, sie verlangen stets nur Rechte. (Sehr richtig! rechts und Lachen bei den Socialdemokraten.) Ich habe mich gefreut, daß wir in der letzten Zeit einen etwas schärferen Ton der Socialdemo- kratie gegenüber vom Ministerliche hören konnten, aber Worte helfen nicht, man muß zu Thaten übergehen. Wir schützen uns gegen alle möglichen ansteckenden Krankheiten, aber niemand denkt daran, die deutsche Volkseele vor der Verführung durch die Socialdemokratie zu schützen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wer liest denn von den drei Millionen Social- demokraten die schönen Reden des Herrn Reichs- kanzlers oder des Herrn Kriegsministers? (Weiter- leit bei den Socialdemokraten.) Dazu haben Sie gar keine Zeit, Sie haben um das tägliche Brot zu ringen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Aber die Reden des Herrn Bebel bekommen sie ausführlich zu lesen. Wir stehen am Anfang eines Kampfes zwischen Monarchie und Socialdemokratie. Heute ist es noch Zeit, den Kampf zu unseren Gunsten zu entscheiden. Ich appelliere an den Kriegsminister, nicht zu warten, bis es zu spät ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Schrader (fr. Sp.):

Das systematische Mißhandlungen in unserer Armee in großer Menge stattfinden, darüber sind wir alle einig. Die wichtigste Maßregel, die zur Abhilfe vorge schlagen ist, ist wohl die auf Entfernung der systematisch Mißhandelnden und derjenigen, die solche Mißhandlungen dulden, aus dem Heere. Ebenso muß für das Beschwerderecht manches geschehen, vor allem muß der beschwerdeführende Soldat gegen Verfolgungen geschützt werden. (Sehr richtig! links.) Den guten Willen des Kriegsministers, die Mißstände zu beseitigen, erkennen wir an. Gerade die starken Leute sind oft die unbedenklichsten Soldaten. Dieses wertvolle Material sollte man schonen und mit Liebe ausbilden. Ein ganz andres Behandlungssystem muß eingeführt werden. Die deutsche Bevölkerung, auch die industrielle Arbeiterschaft, sieht sich gern einer vernünftigen Disziplin. Mit den wenigen aufässigen Elementen kann man leicht fertig werden. Aber die große Masse braucht man nicht mit Gewalt, Roheit und Mißhandlung behandeln. Der Unteroffizier soll im Soldaten auch den Kameraden sehen, dann wird er eine leichte Disziplin haben. Das Militär soll eine Schule des Lebens sein; dann sei sie auch eine Schule des Anstands! (Sehr richtig! links.) Zwei Arbeiter, die sich prügeln, sehen sich gleich, aber der Soldat muß bei Miß- handlungen frumm stehen und sagen: Zu Befehl! (Sehr richtig! links.) Die Militär-Mißhandlungen erziehen nur Social- demokraten. Die patriotische Erklärung des Abg. Bebel von neulich halte ich für vollkommen wahr. Eine Partei von drei Millionen muß mit der Stimmung des Volkes, der Treue zur Heimat, rechnen. Die Revolution steht heute nicht vor der Thür, der Kriegsminister braucht noch nicht die Truppen marschieren zu lassen, und wenn wir eine vernünftige Politik treiben, wird er es nie brauchen. (Lebhaftes Bravo! bei den Frei- sinnigen.)

Abg. Weist (Soc.):

Wenn Herr Lehmann gestern wieder mit dem Dresdener Partei- tag kam, so ist das ein thörichtes Beginnen und hat mit der uns jetzt beschäftigenden Frage der Militärmißhandlung nichts zu thun. Herr Lehmann hätte besser gethan zu erklären, daß seine Freunde unter Resolution zustimmen, um zu beweisen, daß es ihnen mit der Bekämpfung der Mißhandlungen ernst ist. — Der Herr Kriegsminister verlangte gestern, daß ein Offizier den andern wegen Mißhandlungen vor der Front zur Rede stelle. Ich glaube kaum, daß die Offiziere nach diesen Worten handeln werden. Wenn ich gar dem Rat des Kriegsministers gefolgt wäre und als mutiger Mann die Mißhandlung meines Kameraden dem Feldwebel gemeldet hätte, so wäre ich zum mindesten fürchtbar angeknäut oder gar auf Grund der Kriegsartikel verurteilt worden. Wenn ich auch Mut habe, so hole ich doch nicht gern für andere die Kasernen aus dem Feuer, und angenommen die Mißhandlung meines Kameraden wäre ohne weitere Zeugen vor sich gegangen, mein Kamerad aber hätte vor Gericht schließlich doch aus Furcht bestritten, daß die Mißhandlung so schwer gewesen, wie ich es angab — wer wäre dann der Herringefallene gewesen, ich ganz allein. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Von einem Kameraden habe ich einen Brief erhalten, worin derselbe noch jetzt mit Empörung an Mißhandlungen sich erinnert, die er vor 25 Jahren während seiner Militärdienstzeit erdulden mußte. An Mangel an Mut habe ich nie gelitten, das habe ich auch während meiner Soldatenzeit mehrfach bewiesen. (Heiterkeit rechts.) Die Miß- handlungen werden nicht aufhören, wenn Sie sich nicht zu ersten Thaten aufschwingen und unter Resolution zu- stimmen. Wenn der Herr Kriegsminister wirklich der Ansicht ist, daß jeder Soldat verpflichtet ist, jede Mißhandlung, die zu seiner Kenntnis kommt, anzuzeigen, so müge er dafür sorgen, daß eine solche Bestimmung in das Beschwerderecht hineingeschrieben wird. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Barbed (fr. Sp.): Wir müssen dafür sorgen, daß die große Gewalt der militärischen Vorgesetzten nicht mißbraucht werde. Auf dem Exerzier- und insbesondere auch auf dem Turnplatz können die Mißhandlungen leicht völlig unterdrückt werden. Dann muß das Beschwerderecht von den Fallsstrafen der „leichtfertigen Beschuldigung“ befreit werden.

Abg. Stadthagen (Soc.):

Ich habe schon wiederholt den Erlaß zur Sprache gebracht, welcher den Soldaten jede Belandung revolutionärer oder socialdemokratischer Bestimmung während ihrer Dienstzeit verbietet. Dieser Erlaß stammt aus dem Jahre 1897 und ist im vorigen Jahre von dem Herrn Kriegsminister wieder erneuert worden. Ich habe insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß auf Grund dieses Erlasses Soldaten bestraft werden, weil sie die Wahrheit sagen und sich weigern, einen Meineid zu leisten. Ich erinnere an den bekannten Fall des Unteroffiziers, der vor Gericht auf die Frage, ob er Socialdemokrat sei, antwortete „in Civil, ja“, und der deswegen, also lediglich weil er die Wahrheit gesagt hatte, auf Grund des erwähnten Erlasses bestraft wurde. Ebenso bekannt ist jener weitere Fall, in dem ein Soldat auf die Frage seines Vorgesetzten, weshalb er die Chinadenmünze ablehne, der Wahrheit gemäß erklärte, er könne eine solche Handlung mit seiner socialdemokratischen Ueberzeugung nicht vereinbaren. Auch dieser wurde wegen Zuwiderhandlung gegen den erwähnten Erlaß bestraft. Ich bitte den Herrn Kriegsminister dringend, dafür zu sorgen, daß dieser Erlaß endlich auf- gehoben wird.

Der Herr Kriegsminister hat in einer der vorigen Sitzungen eine Rede meines verstorbenen Parteigenossen Grillenberger citiert. In der That aber hat Grillenberger genau das Gegenteil von dem gesagt, was der Herr Kriegsminister als seine An- kündigung offenbar auf Grund eines falschen Berichtes wiedergab. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Der richtige Wortlaut der Stelle ist inzwischen im „Vorwärts“ veröffentlicht worden und ich habe mich gewundert, daß der Herr Kriegsminister noch nicht Gelegenheit genommen hat, seinen Irrtum zu berichtigen. Der Herr Kriegsminister be- hauptete damals, Grillenberger habe gesagt, meine Partei würde sich eines Tages mit der Frage befassen, ob wir uns im Falle eines Aufstandes oder Krieges weigern sollten, mitzumarschieren. Was hat denn Grillenberger tatsächlich gesagt? Er sprach davon,

daß socialdemokratische Arbeiter, die auf dem Kasernen- Hof besonders schimpflich behandelt, die von der Militärverwaltung brotlos gemacht waren, von dieser dahin getrieben werden könnten, in Falle eines Krieges oder Aufstandes die Gefolgschaft zu verweigern. „Wenn Sie das so weiter treiben, könnte Ihnen das noch passieren, und die Zeit dürfte nicht gar so fern sein“. (Lautes Lachen rechts.) Also nicht die Socialdemokratie, sondern Leute, die man auf jede Weise ähnlert hat, von denen man aber trotzdem die Erfüllung aller mili- tärlichen und staatsbürgerlichen Pflichten verlangt, könnten zu diesem Gedankengange kommen. Ein andres Citat des Kriegsministers war inhaltlich vollkommen falsch und unwahr. Er meinte, in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung habe ein Socialdemokrat einen Stadtverordneten einfach „Lämmel“ genannt, weil er nicht seiner Meinung sei. In der That wurde ich durch einen geschäftsordnungswidrigen Zwischenruf unterbrochen und antwortete darauf: „Wenn Sie, Herr Kollege Rommeln, mir „Freiheit“ zugerufen haben, so sind Sie der Lämmel, der...“ (Stürmisches Gelächter rechts.) Ich habe auch dem Stadtverordneten-Vorsitzer geschrieben, daß ich jedesmal auf dieselbe Weise mich in berechtigter Nothwehr gegen solche Zwischenrufe wehren werde, nicht um meinet- willen, sondern um der Wähler willen, die ich zu vertreten habe. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Nicht weil jemand anderer Meinung war, sondern weil er ein Schimpfwort ge- braucht hat, habe ich so geantwortet. Der Kriegsminister hat also durch Auslassungen den wahren Sinn des Vorfalles entstellt. Der Zusammenhang zwischen diesen Citaten und zwischen den Fällen, in denen Leute bestraft wurden, weil sie der Wahrheit gemäß sich als Socialdemokraten bekannten, besteht darin, daß auch Leute wegen der Wahrheit ihrer Aussagen bestraft werden, und das andre Mal die Leute, die diese Strafen über sie verhängen, Aussagen machen, die in allen wesentlichen Punkten der Wahrheit widersprechen. (Lebhaftes Sehr gut! bei den Soc.) Was heißt überhaupt social- demokratische Bestimmung kundgeben? Zwei Leute, die sich über einen Streit unterhalten haben, sind bestraft worden, weil die Strafs in Zusammenhang mit der Socialdemokratie ständen. Dann könnte auch alle Gerechtigkeit bestraft werden, denn die steht in engerem Zu- sammenhang mit der Socialdemokratie. (Sehr gut! bei den Social- demokraten.) Solche Urteile müssen Gehorsam und Disciplin unter- graben; sie zeigen, daß die Armee aus zwei Theilen besteht.

Das haben ja auch die Herren gezeugt, die von den be- sonderen Verdiensten der Offiziere in den letzten Kriegen gesprochen haben. Aber gerade in diesen Kriegen hat die Freiwilligkeit der gemeinen Soldaten sich oft genug gegen den Willen der Offiziere durchgesetzt. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Ich will heute nur auf verschiedene Ausrufungen Bismarcks verweisen. Dieser schreibt am 24. Dezember: „Wenn die Truppen nur etwas weniger von ihrem bewundernswürdigen Edelmut hätten, würde keiner der Führer vor der Kritik bestehen“ und am 17. August: „Meine armen gelben Kürassiere haben bei den unfinnigen und un- würdigen Kürassierattaken (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) ein Drittel ihrer Leute verloren. (Wiederholtes Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Führer der ersten und dritten Armee sind ungeschickt und mißbrauchen die Tapferkeit unfer Leute. (Wiederholtes Lebhaftes Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das ist eine Verschwendung der besten Soldaten Europas.“

Also mit derartigen Behauptungen von den besonderen Verdiensten der Offiziere sollten die Herren v. Oldenburg und Kröcher vbrsichtigt sein! Sie zeigen uns, daß sie glauben, daß das Vaterland für eine kleine Zahl auserwählter Offiziere da ist, während die übrigen Menschen nur zum Gehorchen da sind und dazu, diese Auserwählten durch das Vaterland verdienen zu lassen, was sie wollen. Wir haben aber die ganz anders gearteten Interessen derer zu vertreten, von denen Sie (nach rechts) den Kadavergehorsam verlangen. Es ist geradezu selbstverständ- lich, daß die Socialdemokratie die Ungerechtigkeiten, die gegen die breiten Massen des Volkes im Heere begangen werden, brandmarkt und bekämpft. Nun hat Herr Lehmann ein Schimpfexemplar der Socialdemokratie ausgearbeitet. Aber ich will ihm nur ein paar Worte entgegenhalten, die einige der ihm nahestehenden politischen Freunde im Parlament gebraucht haben. Freiherr v. Stumm sprach 1901 im Herrenhause von „Laufjägern“, ein Rationalist liberaler von „grünen Jungen“, von „unbrauchbarem Gefindel“ und „unbrauchbaren Subjekten“, Herr v. Mendel-Steinfels von „unfähigen grünen Jungen und Burken“, womit er die Landarbeiter bezeichnete. Im übrigen mag sich einmal Herr Lehmann überlegen, in welchem Zusammenhang das mit der Frage steht, inwiefern der Vorgesetzte Untergebene beschimpfen und mißhandeln darf. Die Mißhandlungen sind keineswegs von allen Parteien immer verurteilt worden. Nur Bebel hat die Frage immer wieder angeschnitten und andre haben versucht, die Vorgänge zu beschönigen. Im Sommer vorigen Jahres schrieb die „Kölnische Volkszeitung“: „Die übrigen Parteien im Reichstag werden nicht mehr ausschließlich oder vorsugsweise den Social- demokraten überlassen dürfen, die Mißhandlungen zur Sprache zu bringen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Mit allgemeinen Redensarten wird man nicht mehr darüber hinwegkommen. Man wird Beschlüsse daran knüpfen und bestimmte Forderungen stellen müssen.“

Und ein Staatsanwalt in Halle sagte: „Der Führer der Social- demokratie, der Abg. Bebel, hat sich zweifellos ein Verdienst erworben dadurch, daß er immer wieder auf die Mißhandlungen hingewiesen hat. Dadurch wird jetzt den Unteroffizieren und Offizieren schärfer auf die Finger gesehen.“ Also möchte jetzt der Staatsanwalt bestraft werden, weil er die Wahrheit gesagt und damit socialdemokratische Bestimmung bekämpft hat. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Social- demokraten.) Herr v. Kardorff hat das Recht auf Nothwehr bestritten und gemeint, es würde zur vollständigen Untergrabung der Disciplin führen. Aber das Recht besteht im Gesetz! Ich bedaure, daß ein großer Teil derjenigen, die in so gemeiner, gaulamer, roher, cynischer, bestialischer (Lautes Lachen rechts) Weise mißhandelt werden — halten Sie solche Ausdrücke nicht für berechtigt, wenn ein Unteroffizier z. B. einen Mann zwingt, seinen Stot zu essen? Kein Wort ist abgrundtief genug, solche Barbarei und Roheit zu bezeichnen. Ein Soldat, der seinen Reiniiger nieder- schlägt, würde von keinem bürgerlichen Gerichte verur- teilt werden, denn er ist in Nothwehr. (Ja, na! rechts.) Ja, Sie haben ganz recht, er würde vielleicht doch verurteilt werden, denn Recht haben und Recht bekommen ist bei dem Militär- gerichte zweierlei! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Aber das Koblenzer Ober-Kriegsgericht hat einen Soldaten der 16. Division, der vom Kriegsgericht wegen thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt war, frei- gesprochen, weil er sich in der Nothwehr befunden hätte, und damit das Recht auf Nothwehr anerkannt.

Ich sagte schon vorher, daß Recht haben und vor dem Militär- gericht Recht bekommen nicht dasselbe ist. Die Urteile der Militär- gerichte fallen sehr verschieden aus, je nachdem es sich um Ver- urtheilungen der Soldaten gegen Vorgesetzte oder um Mißhandlungen Vorgesetzter handelt. Zwei Leute, die im Silvester- rausch verknücht haben, ein paar Unteroffiziere zu ver- urtheilen, wurden zusammen mit 13 Jahren Zuchthaus bestraft (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.), ein Häuflich aber erhielt wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zwei Jahre Festung. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Eine solche Justiz verriecht das Rechtsgefühl des Volkes nicht. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) — Es ist behauptet worden, daß eine unbedingte Gehorsamspflicht auf Seiten der Soldaten bestehe. Davon kann

keine Rede sein. Herr v. Oldenburg brauchte neulich uns gegenüber die sehr geschmackvolle Wendung: man werde uns blaue Wöchner vorsetzen müssen. Darin liegt eine Aufforderung zum Noth und wenn Herr Oldenburg eine solche Aufforderung als Vorgesetzter an einen Soldaten richten würde, so wäre dieser zur Gehorsamsverweigerung verpflichtet. Diese Aeußerung des Herrn v. Oldenburg beweist übrigens, wie wenig Rechtsgefühl in Kreisen herrscht, die früher Offizier gewesen sind. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Zur Vereinfachung der Soldatenmishandlungen werden wir allein kommen, wenn alle Elemente, die sich systematische Mishandlungen zu Schulden kommen lassen, ohne weiteres aus dem Heere entfernt werden. Dies will unser Antrag und ich bitte Sie, ihm zuzustimmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Die von der Kommission beschlossene Streichung von 7 Militärgerichtsrichtern wird gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen bestätigt. Die socialdemokratische und die freimüthige Soldatenmishandlungs-Resolution werden abgelehnt, die Resolution der Kommission über die Mishandlungen dagegen einstimmig angenommen.

In der weiteren Diskussion werden die Kapitel, die die höheren Offiziere betreffen, zusammen behandelt.

Die Regierungsvorlage wollte sämtlichen Oberleutenants der Armee eine pensionsfähige Zulage von 1350 M. und den Wohnung- und Servis-Zuschuß eines Regimentskommandeurs geben. Die Mehrheit der Kommission hat beschlossen, statt 1350 M. nur 1150 M. pensionsfähige Zulage zu bewilligen ohne den verlangten Wohnung- und Serviszuschuß, und zwar nur den patentierten Oberleutenants der Infanterie (einschließlich Jäger und Schützen), sowie des Ingenieure- und Pioniercorps.

Das Haus beschließt debattelos entsprechend dem Kommissionsbeschluß. Für die Regierungsvorlage stimmen Rechte und Nationalliberale.

Beim Kapitel „Geldverpflegung der Truppen“ wünscht

Abg. Dr. Becker-Hessien (natl.), daß die General-Oberärzte, die den Oberleutenants im Range gleichstehen, in nächsten Etat dieselbe Gehaltsaufbesserung erfahren möchten, wie jetzt die Oberleutenants. Die Privatpraxis der Militärärzte dürfe nicht dienstliche Pflichten verlegen, noch auch den Privatärzten allzu große Konkurrenz machen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Wir haben in der Kommission einen Antrag auf Gehaltserhöhung für die General-Oberärzte eingebracht, sind aber damit in der Minderheit geblieben. Nach der Stimmung des Hauses sehen wir davon ab, diesen Antrag im Plenum zu wiederholen.

Abg. Dr. Dröschler (L) wünscht Gehaltserhöhungen für die Zahlmeister, die von allen Militärbeamten am ungünstigsten gestellt seien. Wenn kein Geld dazu da sei, so müsse eben durch eine bessere Handelsvertragspolitik für erhöhte Einnahmen gesorgt werden. (Weiterleit.)

Abg. Gothein (fr. Vg.) beschwert sich über die Konkurrenz, die den Privat-Wäschmachern seitens der Militär-Wäschmacher bereitet werde. Letztere trieben Handel mit Gewehren und Munition. Der Kriegsminister möge hier das gute bayrische Beispiel nachahmen, das den Militär-Wäschmachern privaten Handel untersagt.

Abg. Böttger (natl.) beschwert sich über die Konkurrenz, die den Civil- von den Militärmusicanten gemacht werde.

Abg. Graf Oriola (natl.) tritt für Verrückung der Zahlmeister ein.

Abg. Schlegel (Soc.):

Das Bezirkskommando in Ehlingen hat ein Lokal mit dem Militärverbot belegt, nur weil der Name des Wirtes in der Liste derjenigen stand, bei denen laut Insuper in den Ehlinger Lokalblättern Sammellisten für die Crimmitschauer Weber auslagen. Das Verbot wurde aufrecht erhalten, trotzdem der Wirt feststellte, daß er keine Ahnung davon hatte, daß sein Lokal in dem Aufruf auch genannt war. Auch wenn er zu Sammlungen für die Crimmitschauer Weber aufgefordert hätte, so wäre das doch kein Grund, ihn so schwer zu schädigen, denn die Sammlungen für die Crimmitschauer Weber sind auch aus bürgerlichen Kreisen sehr eifrig unterstützt worden. In Ehlingen war das Interesse für diesen Streit so groß, daß die Lokalblätter, unter ihnen auch das Amtsblatt, die Annoncen der Gewerkschaften, die zu Sammlungen aufforderten, unentgeltlich aufgenommen hatten. Im allgemeinen sehen ja die württembergischen Behörden der Socialdemokratie objektiv gegenüber. Auch das Staatsoberhaupt will bei uns in Württemberg gar nicht solche Maßregeln...

Präsident Graf Balkefrem: Die Stellung des Staatsoberhauptes gehört nicht hierher.

Abg. Schlegel (Soc.) (fortfahrend):

Leider macht die Militärbehörde dort eine Ausnahme. Auf eine zweite Beschwerde des Wirtes, worin der Wirt darlegte, daß Vereine aller politischen Richtungen bei ihm verkehrten und daß er auch neutral sei, erhielt er wieder eine ablehnende Antwort, in der behauptet wurde, bei ihm verkehrten Strömer und Dinenzähler, wovon die Hälfte der Socialdemokratie angehörten. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Eine größere Unverschämtheit als diese Aeußerung des Bezirkskommandos ist mir noch nicht vorgekommen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Dienen und Juhälter giebt es in Ehlingen überhaupt nicht, dazu ist Ehlingen eine viel zu gute und solide Stadt. In Lokalen, wo derartige Elemente verkehren, finden Sie auch keine Socialdemokraten, wohl aber meist Porträts gekrönter Häupter und widerlicher Patriotismus. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Ich gebe dem Herrn Bezirkskommandeur die Dienen, Juhälter und Lampen zurück, mag er sie behalten, aber er darf sie nicht der Socialdemokratie an die Rockschöße hängen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Weiterhin wird bei der Austeilung von Ordern an die ausgedienten Mannschaften oft nicht korrekt verfahren. Oft werden Reservisten zum Appel einberufen, die sich dann als bei den Uebungen überzählig erweisen. Diesen Keuten geht dadurch ein Tag verloren, für den sie absolut keine Entschädigung bekommen. Auch dem Staat erwachsen dadurch unnütze Kosten. Viele Reservisten und Landwehrmänner verlieren durch die Einberufung ihre Stellung. Die vielen Landwehr-, Reserve- und Landberufungen sollten doch nach Möglichkeit eingeschränkt werden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

In Titel 7 des Kapitel 24 beantragt die Regierung die Einstellung von 765 neuen Unteroffizierstellen, sowie eine Gehaltserhöhung von je 108 M. für eine Anzahl von Vicefeldwebeln, Wachtmeistern und Sergeanten.

Die Kommission beantragt die Streichung der 765 neuen Unteroffizierstellen (748 Unteroffiziere und 17 Sanitätsmannschaften), dagegen Bewilligung der Gehaltserhöhung.

Abg. Graf Oriola (natl.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Dr. Spahn (C.) will 650 neue Unteroffizierstellen — es handelt sich dabei um Schreiber, Registratoren, Zeichner usw. — bewilligen, und zwar erst vom 1. Oktober 1904 ab.

Abg. Graf Oriola (natl.) beschwert sich über seinen Antrag. Wir wollen dadurch unsere Stellung klar dokumentieren. Ich erkenne an, daß das Centrum, als es in der Kommission die neuen Stellen strich, sich nicht von denselben Motiven leiten ließ, wie etwa die Socialdemokratie. Aber mit der neuen Militärvorlage — wie Herr Müller-Fulda in der Kommission — hat diese Vermehrung der Unteroffizierstellen nichts zu thun. Das Centrum will jetzt — so verstehe ich seinen Antrag — die Schreiberstellen, um die es sich handelt, bewilligen für alle Truppenteile außer Kavallerie und Feldartillerie. Damit scheint das Centrum anzuerkennen, daß die bestehenden Verhältnisse sich in erster Linie bei den Truppen zeigen, die die zweijährige Dienstzeit haben.

Kriegsminister v. Einem: Ich bin dem Grafen Oriola für seinen Antrag dankbar. Ich halte die Bewilligung unserer Forderung

für ein Bedürfnis, um die thatsächlich vorhandenen Mängel abzustellen. Graf Oriola hat diese Forderung so gut begründet, wie ich selbst es nicht besser könnte. (Weiterleit.) Ich könnte höchstens noch auf das Moment der Mobilmachung hinweisen. Vielleicht zieht Dr. Spahn nach den Ausführungen des Grafen Oriola seinen Antrag zurück. (Abg. Dr. Spahn schüttelt den Kopf. — Weiterleit.) Nun, dann ist mir eben der Sperling in der Hand lieber als die Taube auf dem Dache (Weiterleit), dann begnüge ich mich schließlich mit dem Antrag Spahn. Aber zunächst bitte ich: thun Sie sich so weit wie irgend möglich zusammen und bewilligen Sie meine Forderung.

Abg. Gröber (C.): Wir wollen dem großen Plan der Vermehrung der Unteroffizierstellen erst näher treten, wenn im nächsten Jahre ein neues Friedenspräsenzgesetz von uns herantritt. Unser heutiger Antrag will dem Vortritt vorbeugen, als ob wir irgend eine Maßregel ablehnten, die den Soldatenmishandlungen vorbeugen geeignet ist. Deshalb bewilligen wir die neuen Stellen nur für die Truppenteile, die die zwei jährige Dienstzeit haben, d. h. bei denen die Unteroffiziere besonders überbürdet sind. Mit diesem Mittelvorschlag glauben wir auch den tatsächlichen Bedürfnissen der Militärverwaltung zu entsprechen.

Redner befürwortet im weiteren eine von ihm eingebrachte Resolution: „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, im Interesse der heimischen Landwirtschaft dahin zu wirken, daß 1. denjenigen Gemeinden, die in außerordentlich Weise von Einquartierungslast betroffen werden, Zuschläge zu den Entschädigungssätzen seitens des Reiches gezahlt werden; 2. die Einberufung zu Truppenübungen nicht während der Erntezeit stattfindet.“

Abg. Hermes (fr. Vp.): Meine Freunde werden dem Beschluß der Budgetkommission zustimmen. Wäre die Forderung wirklich so dringend, so hätte die Militärverwaltung sie nicht auf ein Jahr verschoben. Die Zahl der Unteroffiziere hat sich während der Dauer des Quinquennats um 3000 vermehrt. Für uns ist das notwendige Äquivalent einer Vermehrung der Friedenspräsenz die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. An sich erkennen auch wir an, daß eine Vermehrung der Unteroffiziere dazu beitragen würde, die Mishandlungen zu vermindern. Nach der Erklärung des Herrn Gröber wird ja der Herr Kriegsminister den Sperling in diesem Jahre bekommen, die Taube werden wir ihm aber im nächsten Jahre nicht bewilligen. (Bravo! links.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr.

Schluß 9/10 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung, Freitag, 11. März 1904, 11 Uhr.

Am Ministerische: Vudde.

Die zweite Lesung des Eisenbahn-Etats wird fortgesetzt beim Extra-Ordinarium.

Darauf wird die zweite Etatsberatung fortgesetzt beim Etat des Ministeriums des Innern.

Bei den Einnahmen wünscht

Abg. Wamhoff (natl.) weitere Einschränkung der Gefängnisarbeit.

Abg. Rosenow (fr. Vp.): Die Gefängnisarbeit sollte mehr und mehr eingeschränkt werden auf staatliche Bedürfnisse.

Bei den Ausgaben ergreift zum Titel „Ministergehalt“ das Wort

Abg. Kirsch (C.):

Ich bedauere, daß die Termine der Reichstags- und Landtagswahlen in diesem Jahr so weit auseinander lagen. Es wäre zweckentsprechend, die Wahlen im Jahre 1908 enger zusammenzulegen, damit die gewaltige Kraftanstrengung der bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokratie auf ein zeitlich geringeres Maß zusammengebrängt werde. Die Wahlen sollten, wenn möglich, innerhalb 14 Tagen bis vier Wochen aufeinanderfolgen.

Es ist vor einiger Zeit im Ministerium des Innern der Entwurf eines Wohnungsgesetzes ausgearbeitet worden, der den einzelnen Provinzialregierungen zugegangen sein soll. Ich möchte dabei darauf hinweisen, daß der Entwurf einseitiger baupolizeilicher Bestimmungen für die ganze Monarchie nicht ratsam erscheint. Man muß da je nach den Verhältnissen eine gewisse Freiheit lassen. Ich bitte den Minister, diesen Entwurf dem Landtag möglichst umgehend zugehen zu lassen.

Redner kommt weiter auf den Dualismus in der Gefängnisverwaltung. Der Minister meinte, es sei eigentlich ganz schön, daß an dieser Verwaltung zwei verschiedene Verwaltungen in edlem Wettstreit beteiligt seien. Dann könnte man ja auch sagen: wir wollen einmal zwei Minister des Innern anstellen, die untereinander wetteifern sollen. (Weiterleit.) Ich möchte den Minister doch ersuchen, eine Vereinheitlichung der Gefängnisverwaltung zu erstreben.

Minister Frhr. v. Hammerstein:

Im Staatsministerium ist sehr eingehend über die Wahltermine beraten worden. Man war der Ansicht, daß es im Interesse der Parteien und der beiden Parlamente zweckmäßig sei, die beiden Wahlen möglichst weit auseinander zu halten. Das ist geschehen. Wir glauben damit besonders im Interesse des Abgeordnetenhauses zu handeln. Die Agitation zu den Reichstagswahlen sollte schon einer gewissen Vertiefung gewichen sein, ehe die Landtagswahlen erfolgten. Wenn aber die Mehrheit des Hauses anderer Ansicht sein sollte, so wird die Regierung diesen Wünschen gern näher treten.

In einem Wohnungsgesetz ist augenblicklich nur ein Vorentwurf aufgestellt. Er ist einer großen Anzahl von Behörden und zahlreichen Bürgermeistern mitgeteilt. Deren Erfahrungen haben zu einer erneuten Durcharbeitung des Entwurfs geführt. Ich möchte mich über den Entwurf heute nicht weiter äußern. Wenn der eine oder andre Abgeordnete den Entwurf kennen lernen und ein Gutachten darüber abgeben möchte, so ist die Regierung gern dazu bereit.

Den Dualismus der Gefängnisverwaltung zu beseitigen, haben wir schon mancherlei Versuche gemacht. Aber schließlich hat immer der Justizminister gesagt: „Ich will meine Gefängnisse behalten“, und der Minister des Innern ebenso. (Weiterleit.) Dieser Dualismus hat doch auch seine Vorteile. Herr Kirsch schlug vor, die Justizhäuser dem Ministerium des Innern zu überlassen und alle andern Strafanstalten der Justizverwaltung. Das geht auch schlecht. Gerade in den Strafanstalten sind Elemente, die mehr in das Gebiet des Ministeriums des Innern fallen, d. h. bei denen es weniger auf den Strafvollzug ankommt als darauf, daß sie als brauchbare Elemente wieder in die Gesellschaft zurückkehren können.

Abg. v. Czarlinski (Pole):

Gegen die Polen werden immer neue Ausnahmegesetze geschmiedet. Der Minister des Innern brachte es über sich, zu sagen: „Wir haben zu befehlen und Sie zu gehorchen.“ (Sehr richtig! rechts.) Das ist in einem konstitutionellen Staate eine unbegreifbare Aeußerung! Das ist der Kommandoton des Drills! Der Minister hat und gar nichts zu befehlen, und wir haben gar nicht zu gehorchen! (Sehr gut! bei den Polen. — Unruhe.) Ich erhebe Protest gegen solche Aeußerung! Ja, ja, Herr Minister:

„Schon mancher ging nach Wölle aus Und kam gefahren selbst nach Haus.“ (Weiterleit.)

Die Regierung ist unter die Galatien gegangen, sie hat sich vom Ostmarkenverein den Kopf verdecken lassen. Derselbe Minister, der im vorigen Jahre ausrief: „Das preussische System ist das System der Gerechtigkeit!“ hat seine Unterschrift unter das neue polnische Anordnungsgezet gesetzt! Ich geht eben Macht vor Recht. Der Minister sagte ja selbst, er würde selbst vor Ausnahmegesetzen gegen die Polen nicht zurückweichen. Stellt sich die Regierung nicht selbst das erbärmlichste Kränzeugnis aus, wenn sie sich der Polen anders erwehren kann als mit solchen nichtswürdigen Mitteln? (Psui! Psui! rechts. — Unruhe.)

Präsident v. Kröcher:

Ich rufe Sie für diesen Ausdruck zur Ordnung!

Abg. v. Czarlinski:

Ich wollte —

Präsident v. Kröcher:

Bitte, wollen Sie keine Kritik üben.

Abg. v. Czarlinski:

Ich wollte es nur deuten.

Präsident v. Kröcher:

Bitte, deuten Sie es nicht, sondern fahren Sie fort.

Abg. v. Czarlinski:

Dann werde ich mich auf den schwedischen Kanzler Tegensterna berufen müssen, der da sagte, daß die Welt doch mit recht wenig Verstand regiert wird! (Ho! rechts.)

Präsident v. Kröcher:

Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung! Sollte ich zu einem dritten Ordnungsruf genötigt sein, so werde ich das Haus nach der Geschäftsordnung fragen müssen, ob es Sie noch weiter hören will. (Bravo rechts.)

Abg. v. Czarlinski:

Polottierungen polnischer Lokale erfolgen unter den faden-scheinigsten Begründungen. Auch das Wahlrecht wird den Polen verweigert. Ich frage den Minister, ob sich bestätigt, daß es den Beamten verboten worden ist, polnischen Genossenschaften und Banken anzugehen und daß sie, falls sie dort Einlagen haben, diese Einlagen zurückziehen müssen. Ich muß auch die Veränderung polnischer Ortsnamen erwähnen. Man kann ja förmlich wild werden, wenn man eine Gegend von Jugend an kennt und liest plötzlich auf den Bahnhöfen ganz unbekannte Namen! Dafür finde ich keinen parlamentarischen Ausdruck. Sollte man unsre Stammeseigentümlichkeiten nicht achten? Warum verkehrt man uns, unsrer Seite gemäß die Frauennamen auf la statt auf li endigen zu lassen? Selbst der Reichstag hat dies Recht anerkannt. Aber ein neuer Erlass des Ministers des Innern ersuchte die Landesbeamten, die Endung auf la in der Regel nicht in die Register einzutragen! Was soll dieser ganze Kampf um die Endhüte?

Welche Erfahrungen hat der Minister des Innern mit den Ostmarkenzulagen gemacht? Kamentlich in deutschen Kreisen verbreitet sich immer mehr die Ansicht, daß das ein Korruptionsfonds ist. — Redner führt im weiteren Klage über die Benachteiligung polnischer Kassenärzte seitens der Aufsichtsbehörden. Der Minister sagte, wir Polen sollten zufrieden sein, daß wir Preußen sind. Ich halte diese Aeußerung für eine belaglose Lusterschütterung. (Große Weiterleit.) Wir sind Polen und bleiben Polen; eine nie besiegte Wacht sieht auf unsrer Seite: der Nationalgeist. (Beifall bei den Polen.)

Minister des Innern Frhr. v. Hammerstein:

Auf das Ansiedelungsgesetz will ich mich heute nicht einlassen. Aber ich will nur erklären, daß wir jedes zulässige Mittel der Polenbesämpfung anzuwenden werden. Ein Verfassungsbruch ist das Ansiedelungsgesetz überhaupt nicht. Vielmehr ist es ein Verfassungsbruch, wenn ein preussischer Abgeordneter die Tendenz verfolgt, gewisse Landesteile von Preußen loszulösen. Nationalpolnische Tendenzen sind vorhanden; das ist erst neulich in einem Urteil des Preussischen Landgerichts festgestellt worden. Was die Ortsnamen z. anlangt, so strebe ich allerdings dahin, die polnischen Namen durch deutsche zu verdrängen. (Bravo! rechts.) Man kann auch verlangen, daß die deutschen Polen ihre Namen so schreiben, daß sie jeder gebildete Deutsche lesen kann. Die Landesbeamten haben die Anweisung, die Namen so zu schreiben, wie sie in den alten Kirchenbüchern geschrieben sind. Die Muttersprache wollen wir ihnen nicht nehmen. Aber in öffentlichen Dingen verlangen wir die Anwendung der allgemeinen Staatsprache. Keine Aeußerung vom Gehorden und Befehlen ist ganz falsch ausgefallen worden. Der Abg. v. Czarlinski sagte, der Minister hat uns nichts zu befehlen. Meine Aeußerung damals ging dahin: Wir Deutschen sind zu langsam gewesen gegen die Polen, und doch haben wir Deutsche zu befehlen und die Polen zu gehorchen. (Beifall.)

Abg. v. Heydebrand (konf.):

Die Wahlen hätten in der That zeitiger erfolgen sollen. Man hätte den Landtag eher einberufen können. Redner hätte gewünscht, daß die Minister nicht nach dem Reichstag gegangen wären, um in der Russen- und Anarchistenfrage das Wort zu nehmen. Das Recht der preussischen Minister, im Reichstag zu erscheinen und dort preussische Angelegenheiten zu vertreten, sei außer Zweifel. Auch darüber könne keine Meinungsverschiedenheit herrschen, daß die Minister selbst zu entscheiden haben, ob sie von diesem Recht Gebrauch machen wollen, oder nicht. Die Minister haben aber ihre Reden im Reichstag mit einer Entschuldigung eingeleitet, und entschuldigen braucht man sich doch nicht, wenn man von einem Recht Gebrauch macht. Es scheint aber, daß die Minister das dunkle Gefühl gehabt haben, daß sie eigentlich nicht recht gethan haben, in den Reichstag zu gehen, und ich habe es sehr bedauert, daß der Abgeordnete Nebel sagen konnte, wir haben den Triumph gehabt und es erzwingen, daß die preussischen Minister im Reichstag erschienen sind. Ich gönne dem Socialdemokraten diesen Triumph nicht, um so weniger, als ihnen in der Sache selbst eine schwere Niederlage bereitet worden ist. Das Fremdenrecht gehört nicht vor den Reichstag. Hier hat das Reich auch kein Aufsichtrecht über einen Einzelstaat und wir sind hier dazu, die Rechte des Einzelstaates zu wahren. Eine Pflicht für die Minister, ihre Verwaltungsmaßnahmen auf diesem Gebiete im Reichstage zu rechtfertigen, lag in keiner Weise vor. Umgekehrt können wir uns um Reichsdinge kümmern, weil wir auf die preussischen Stimmen im Bundesrat einwirken können. Kaiser Wilhelm habe 1885 durch seine Volkshaft die Rechte seiner Krone gewahrt. Wir wünschen, daß es so bleiben möge. Nur dann werden wir ein deutsches Reich haben, wenn die Bundesstaaten das erhalten, was ihnen gebührt. (Lebhafte Beifall rechts.)

Minister des Innern Frhr. v. Hammerstein:

Wir werden erwägen, ob im nächsten Jahre eine frühere Einberufung möglich ist. Der Vordredner hat die Grenze zwischen Reichsrecht und Landesrecht gezogen. Die Behandlung der Frage ist mir überraschend gekommen, und Sie werden es verstehen, daß ein Minister, der über eine solche heisse Frage an dieser Stelle spricht, jedes Wort genau abwägen muß, und Sie werden mich hoffentlich davon dispensieren, hier diese Grenzlinie ziehen zu müssen. Darin aber stimme ich mit dem Vordredner vollständig überein, daß es nicht sowohl im Interesse der Einzelstaaten als auch im Interesse des ganzen Reiches liegt, wenn die Befugnisse den Einzelstaaten voll und ganz erhalten bleiben. Wenn wir nur einmal von unserm Recht, im Reichstag preussische Angelegenheiten zu vertreten, Gebrauch gemacht haben, so geschah es aus rein sachlichen Gründen. Nachdem wir hier im Landtag alle Angriffe, die im Reichstag von socialdemokratischer Seite erhoben waren, mit allseitig anerkanntem Erfolg zurückgewiesen hatten, war es zu erwarten, daß die Socialdemokraten im Reichstag eine Replik an unsre Ausführungen knüpfen würden. Und wir entschlossen uns, diese erneuten Vorwürfe auf der Stelle zurückzuweisen. Man mag von diesem hohen Hause so groß denken, wie immer man will, der Erkenntnis wird man sich nicht verschließen können, daß es im ganzen Reich und auch in Preußen größeren Einbruch macht, wenn eine Sache im Reichstag verhandelt wird. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Jawohl, meine Herren! Der Eindruck, daß den Socialdemokraten eine Niederlage bereitet worden ist, ist durch unsre Widerlegung erheblich verflüchtigt und verfließt worden. Gerade das Eingreifen des Herrn Ministerpräsidenten in Gegenwart der Socialdemokraten selbst hat der Sache gedient, und nur, um der Sache zu dienen, sind wir im Reichstag erschienen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, 12. März.
Anfang 7 Uhr:
Opernhaus, Lohengrin.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Schauspielhaus, Goldfische.
Deutsches, Ora et labora. — Das Wunder des heiligen Antonius.
Berliner, Alt-Heidelberg.
Leffing, Zapfenstreich.
Westen, Der Zigeunerbaron.
Neues, Candida.
Residenz, Der keusche Casimir. Vorher: Die Empfehlung.
Central, Das Schwalbennest.
Nachmittags 4 Uhr: Der gefälschte Vater.
Belle-Alliance, Götterweiber.
Thalia, Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) König Lear.
Schiller N. (Friedrich-Bühnenstädt.) Valentin.
Kleines, Des Pastors Rieke.
Luffen, Eine leichte Person.
Trianon, Madame X.
Carl Weiss, Zwei Frauen.
Nachmittags 4 Uhr: Uchenbrödel.
Deutsch-Amerikanisches, Ueber'n großen Teich.
Gedr. Herrfeld, Nur eine Nacht.
Casino, Circussee.
Winter-Garten, Joette Guilbert.
Coffantine Bernart, Spezialitäten.
Apollo, Frühlingsluft. Blütenhochzeit. Spezialitäten.
Metropol, Durchlaucht Radieschen.
Reichsballen, Steintier Sängers.
Passage-Theater, Caicedo, Spezialitäten. Anfang 6 Uhr.
Urania, Taubenstraße 48/49.
Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger des Lebens.
Nachmittags 4 Uhr: An den Seen Ober-Italiens.
Zuvaldenstraße 57/62, Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Um 8 Uhr: Dr. A. Donath: „Radium“.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a—5.

Candida.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Minna von Barnheim.

Central-Theater.
Heute nachmittags 4 Uhr, halbe Preise: Kindervorstellung: Jeder Erwachsene ein Kind mit Gratisplatz frei.
Der gefälschte Vater.
Abends 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest.
Morgen Sonntagnachmittag 3 Uhr: Halbe Preise: Die Puppe. Abends 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:

Uriel Acosta.
Sonntagnachm.: Philippine Beller.
Abends: Die Kohlenhändler von Berlin. Hieran: Das Volkstied.
Montag: Philippine Beller.
Dienstag: Philippine Beller.
Mittwoch: Uriel Acosta.
Donnerstag: s. erstemal: Egmont.
Freitag: Die Kohlenhändler von Berlin.
Sonnabend: Philippine Beller.

Metropol-Theater
Heute Sonnabend:
Zum erstenmal:
Ein tolles Jahr.

Gr. dramatisch-satirische Revue in 6 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender. In Scene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kindessee.
2. Bild: Was giebt's denn Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Der Kongress der Denkmäler.
6. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballade).
Beginn der Vorstellung präc. 7 1/2 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Zum erstenmal:
Des Pastors Rieke.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtasyl.**
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpnickstr. 67. Stat. Jannowitzbrücke.
Montag: Jeden Abend 8 Uhr: Souvenir. Ueberrn grossen Vorstellung zum **TEICH.**
200. Sonntagnachm. 3 Uhr: Ueber'n grossen Teich.
Male:

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute wegen Betriebsfähigkeit geschlossen.
Sonntag: Lorbeerbaum u. Bettelstab.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.
Anzüge von 25 Mk. an.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr: **König Lear.** Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Wallensteins Lager.** Die Piccolomini.
Sonnabendabend 8 Uhr: **Die Wildente.**
Schiller-Theater N. (Friedrich-Bühnenstädtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr: **Vasantasena.** Drama in 5 Akten nach einer Dichtung des Königs Sudrasa. Frei bearbeitet von Emil Böhl.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Pauline.** Sonntagabend 8 Uhr: **Lumpacivagabundus.**
Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Joan Kren und Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr. Letzte Woche! Zum 194. Male:
Der Hochtourist.
Guido Thielscher in der Titelrolle.
Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: **Charleys Tante.**
Belle-Alliance-Theater.
Belle-Allianzstr. 7/8. Amt VI 283.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr. Heute und folgende Tage:
Götterweiber.
Musik-Halle mit Gesang und Tanz.
Sonntagnachm. 3 Uhr, keine Preise: „Der Pfarrer von Kirchfeld“.

Cirkus Schumann.
Heute Sonnabend, den 12. März 1904, abends 7 1/2 Uhr:
Frères Skremka, die besten Künstler der Gegenwart.
Mons. Gontard mit dreifürten Tieren.
Herr Julius Seeths unerreicht dastehende Löwen.
Babel. Eine Wanderung durch acht Jahrtausende.
Morgen Sonntagnachmittag **Neu! Robert und Bertram** oder die beiden lustigen Vagabunden.
Komische Pantomime in 4 Akten, ausgeführt vom gesamten Personal. Einstudiert von Herrn **Hodgini.** Musik von **A. Beranek.** Nachmittags ein Kind frei.

Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Um 4 Uhr:
An den Seen Oberitaliens.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
8 Uhr: Dr. B. Donath: „Radium“.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Afrika in Berlin!!!
Tunesen-Truppe.
Grosse Völkerschau.
Die schönen Harems-Damen in Tunis.
Passage-Theater.
Anfang Sonnt. 3. Wochentags 5 Uhr.
Anfang 6. Abendvorstellung 8 Uhr.
Sensationelles Engagement:
Caicedo
der berühmte Drahtseilkönig.
Das Publikum schreit vor Lachen bei dem Rodestreit der beiden feindlichen Improvisatoren **Holländer u. Steinitz.**
14 neue erstklassige Nummern.

Apollo-Theater.
8 Uhr: **Frühlingsluft** mit dem Blütenhochzeit.
Ballott
9 1/2—11 Uhr: Das grandiose **März-Spezialitäten-Programm**
Mad Dersy mit den neuen Tänzen: a) Hiawatha. b) Kickapoo.
? Nordini ?? x Robert Steidl.
Tom Hearn. Les Brunis. Boston-Ball-Tanz-Ensemble, 32 Damen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Residenz-Theater
Direktion S. Reutenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
Abends 8 Uhr:
Der keusche Casimir.
Casino-Theater.
Lothringersstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
Nur noch bis Dienstag:
9 1/2. **Die Cirkusfee.**
Ab Mittwoch: Gastspiel des Hof-Schauspielers **Max Walden.**
Sonntagnachm. 4 Uhr: „Die Diebstahle.“ — „Badekuren.“

Gebürder Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Das Herrnfeldsche Entenstadium
Nur eine Nacht!
Zwei Akte aus einer Ehe.
Vorher:
Vollständig neuer Kunstlerteil:
Schröder u. Denter, Tanz-Karikaturen.
Erna Ernani, Vortragskonzerte.
Martin Vallée, Humorist.
Die süßen Mädels, Damen-Gel. Quart.
Bendix als **Hanna Vanna.**
Edl. Stadler, Alpen-Jodler-Ensemble.
Billet-Vorverkauf 11—2 Uhr.
Steidl-Theater
Linien-Oranienburger Thor.
strasse 132
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Letzter Monat
vor ihrer Gastspielreise nach Ausland — die vorzüglichsten **Fritz Steidl-Sänger.**

Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstrasse.
Täglich:
Franz Sobanski.
Die **Früh-Spezialitäten.**
Zum Schluss das Lebensbild **Nach Südwest-Afrika.**
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabends u. Sonntags: **Tanz.**
Strand-Restaurant am Müggelsee zwischen Runggelschloß u. Aussichtsturm.
Empfehle Fabriken, Berchmen und Korporationen für Sommervergnügen und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Dallen, genügende Nebenräume, Belüftungen aller Art. Coullante Preise.
* **M. Degebrodt, „Strandchloß“, Köpenick.**
in jeder Aus- führung, gute Arbeit, Zeit- zahlung gest.
germann Brandt, Alte Jakobstr. 65.
Nathan Wand,
129 Zhaliserstr. 129.
Die schönsten 44042*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu, sowie speziell **Monats-Garderobe** von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch Anzüge sind in großer Auswahl stets zu haumend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand,
129 Zhaliserstr. 129.
Hochbahnstation Rotbuserthor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Steidl-Theater
Linien-Oranienburger Thor.
strasse 132
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Letzter Monat
vor ihrer Gastspielreise nach Ausland — die vorzüglichsten **Fritz Steidl-Sänger.**

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute wegen Betriebsfähigkeit geschlossen.
Sonntag: Lorbeerbaum u. Bettelstab.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

IX. Berliner Saison.
Cirkus Busch.
Das letzte Wort!
Miss Jacksons
Schleife und Todessprung
„Der Bär als Kunststreiter“
Eine Wiener Damenkapelle.
Riesen-Eisbären
des **Mr. Roberto.**
Zum 80. Male:
Aus den Alpen.
Sonntag, den 13. März Zwei große Vorstellungen: Nachmittags 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: **Der Bär als Kunststreiter.**

WINTERGARTEN
Keine erhöhten Preise!
Yvette Guilbert
Paulton u. Doley Komische Radfahrer Karnevals-Geister-Tanz-Divertissement. Imro Fox Zauberkünstler. Leo Billward Komischer Jongleur.
Madeleine Nocé Sängerin.
Prosper-Truppe Akrobaten.
Costantino Bernardi
Verwandlungsschauspieler.
Lony Elastisch-equilibrist. Akt.
Die Seldoms Plast. Darstellungen. Biograph.

Reichshallen
Stettiner Sängers
Die Berliner bei den Hereros.
Surrelle von Reijel.
Anfang: 8 Uhr.
Mittwoch: 7 Uhr.
Sanssouci.
Rotbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Sängers** und Tanzkränzen.
Dienstag: **Theaterabend.**

Strand-Restaurant am Müggelsee zwischen Runggelschloß u. Aussichtsturm.
Empfehle Fabriken, Berchmen und Korporationen für Sommervergnügen und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Dallen, genügende Nebenräume, Belüftungen aller Art. Coullante Preise.
* **M. Degebrodt, „Strandchloß“, Köpenick.**
in jeder Aus- führung, gute Arbeit, Zeit- zahlung gest.
germann Brandt, Alte Jakobstr. 65.
Nathan Wand,
129 Zhaliserstr. 129.
Die schönsten 44042*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu, sowie speziell **Monats-Garderobe** von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch Anzüge sind in großer Auswahl stets zu haumend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand,
129 Zhaliserstr. 129.
Hochbahnstation Rotbuserthor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Möbel
in jeder Aus- führung, gute Arbeit, Zeit- zahlung gest.
germann Brandt, Alte Jakobstr. 65.
Nathan Wand,
129 Zhaliserstr. 129.
Die schönsten 44042*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu, sowie speziell **Monats-Garderobe** von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch Anzüge sind in großer Auswahl stets zu haumend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand,
129 Zhaliserstr. 129.
Hochbahnstation Rotbuserthor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Möbel
in jeder Aus- führung, gute Arbeit, Zeit- zahlung gest.
germann Brandt, Alte Jakobstr. 65.
Nathan Wand,
129 Zhaliserstr. 129.
Die schönsten 44042*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu, sowie speziell **Monats-Garderobe** von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch Anzüge sind in großer Auswahl stets zu haumend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand,
129 Zhaliserstr. 129.
Hochbahnstation Rotbuserthor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Strand-Restaurant am Müggelsee zwischen Runggelschloß u. Aussichtsturm.
Empfehle Fabriken, Berchmen und Korporationen für Sommervergnügen und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Dallen, genügende Nebenräume, Belüftungen aller Art. Coullante Preise.
* **M. Degebrodt, „Strandchloß“, Köpenick.**
in jeder Aus- führung, gute Arbeit, Zeit- zahlung gest.
germann Brandt, Alte Jakobstr. 65.
Nathan Wand,
129 Zhaliserstr. 129.
Die schönsten 44042*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu, sowie speziell **Monats-Garderobe** von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch Anzüge sind in großer Auswahl stets zu haumend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand,
129 Zhaliserstr. 129.
Hochbahnstation Rotbuserthor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Strand-Restaurant am Müggelsee zwischen Runggelschloß u. Aussichtsturm.
Empfehle Fabriken, Berchmen und Korporationen für Sommervergnügen und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Dallen, genügende Nebenräume, Belüftungen aller Art. Coullante Preise.
* **M. Degebrodt, „Strandchloß“, Köpenick.**
in jeder Aus- führung, gute Arbeit, Zeit- zahlung gest.
germann Brandt, Alte Jakobstr. 65.
Nathan Wand,
129 Zhaliserstr. 129.
Die schönsten 44042*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu, sowie speziell **Monats-Garderobe** von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch Anzüge sind in großer Auswahl stets zu haumend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand,
129 Zhaliserstr. 129.
Hochbahnstation Rotbuserthor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Strand-Restaurant am Müggelsee zwischen Runggelschloß u. Aussichtsturm.
Empfehle Fabriken, Berchmen und Korporationen für Sommervergnügen und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Dallen, genügende Nebenräume, Belüftungen aller Art. Coullante Preise.
* **M. Degebrodt, „Strandchloß“, Köpenick.**
in jeder Aus- führung, gute Arbeit, Zeit- zahlung gest.
germann Brandt, Alte Jakobstr. 65.
Nathan Wand,
129 Zhaliserstr. 129.
Die schönsten 44042*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu, sowie speziell **Monats-Garderobe** von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch Anzüge sind in großer Auswahl stets zu haumend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand,
129 Zhaliserstr. 129.
Hochbahnstation Rotbuserthor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Die Preise sind billig aber streng fest.
Fertige Herren- und Knaben-Garderobe.
Elegant und tadellos sitzend.
Vollständiger Ersatz für Massarbeit.
Neu eröffnet!
Potsdamerstr. 113a.
Beste Verarbeitung. Grosse Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.
Carl Stier
Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe
Berlin SO. Berlin W.
Oranienstr. 166. Potsdamerstr. 113a.
Potsdam, Nauenerstr. 23.

Frühjahrskostüme
Elegante Neuheiten — grösste Auswahl
Jacken und Blusen-Costüme in neuesten Stoffen 12, 15, 20 Mk.
Fussfreie amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit 15, 20 Mk.
Trauerkleider in eleganter Ausführung 18, 20, 25 Mk.
Elegant garnierte Kleider in Voile, Satintuch und in den neuesten Fantasiestoffen 20, 25, 30 Mk.
Einsegnungskleider 15, 18, 20 Mk.
Einsegnungs-Jackets 8, 10, 12 Mk.
Weisse Costüm-Röcke, weisse Blusen 4, 5, 9 Mk.
Seidenblusen elegante Façons 5.50, 7.50, 10 Mk.
Costümröcke
prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen und Weiten, auch für ganz starke Damen vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten und Fantasiestoffen 3.75, 5, 7, 10, 15 Mk.
in Seidendamast 20 u. 25 Mk.
Amerikan. fussfreie Strassenröcke . Jetzt 5.75, 9, 10 Mk.
Elegante Frühjahrs-Paletots, Jackets, Saccos u. Blusenform, in Tuch, Rips und Fantasiestoffen 10, 12, 15, 20, 25 Mk.
Gummimäntel, Reismäntel, Regenschirme 10, 12, 15 Mk.
Morgenröcke, Malinées und Jupons.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
Massanfertigung.

Fehlt Ihnen etwas?
für die neue Wohnung,
so gehen Sie rechtzeitig in unser Special-Haus. Dortselbst finden Sie eine überraschend grosse Auswahl von Neuheiten in:
von M. 4.50 bis 12.—, 20.—, 30.—, 45.—, 60.— usw.
Teppichen von M. 2.10 bis 3.50, 5.—, 7.50, 9.—, 12.— usw.
Gardinen bestiekt: 2 Shawls und 1 Lambrequin
Portieren Wolle M. 5.50, Tuch M. 6.75, Plüsch M. 9.75.
sowie Tisch-, Diwan- und Steppdecken, Läufer- und Möbelstoffe etc.
Zum diesmaligen Umzuge sind grosse **Partie-Posten**
zu wirklichen **Ausnahme-Preisen** zum Verkauf gestellt, worauf wir besonders aufmerksam machen. 4413L
Teppichhaus B. Adler & Co.
Königstr. 20-21, an der Jüdenstrasse,
im altbekannten Lokal beim Rathaus.

M. Schulmeister, Dresdenstr. 4
Schneidermeister, am Kotthuser Thor.

Roch langen schweren Leiden verschied am Donnerstag, den 10. März, meine liebe Frau und meine Mutter 25116
Ida Adler geb. Raeder.
 Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des neuen Altdorfer Kirchhofes, Reinickendorfer Weg, aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen **Robert Adler**, Töpfer, und Kinder.

Interessen-Verein d. Kistenmacher Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
 Am Donnerstag, den 10. d. M., starb unser langjähriges Mitglied **Friedrich Fischer** (Fabrik Schering).
 Seine Beerdigung findet am Sonntag, den 13. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Lazarus-Kirchhofes in Reinickendorf, Berlinerstr. 103/6, aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Todes-Anzeige.
 Dem Mitgliede zur Nachricht, daß der Kollege **Hermann Schröder** am Mittwoch nachmittag verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Kaiser Friedrich Gedächtnis-Friedhof in Wilmersdorf, 80/12.
 Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter
 (E. S. 29 Hamburg)
Filiale Berlin II.
 Sonntag, den 13. März cr., nachmittags 10 1/2 Uhr, im **Wärfischen Hof**, Admiralstr. 180: 25046
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Fortsetzung der Statutenberatung.
 2. Jahresbericht. 3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.
 H. U.: E. Fahrwald.
 Für die Übernahme zahlreicher Beteiligung und vielen Kranzpenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, meines Vaters **Johann Rasch** sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank. 25196
 Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Kränze u. Blumen empfiehlt
F. Jacobitz, Köpenickerstr. 44.
Kranz- u. Blumenbinderei von **H. Eckert**, 98. Rottbuscher Damm 98.

Grosse Freiburger Dombau-Lotterie.
 Ziehung: 23.—26. März.
 Hauptpr.: 100 000, 40 000, 20 000, 10 000 M. usw.
 Lose: 3,30 Porto und Liste 30 Pf.
J. Rachor, Haupt-Kollektour, Mainz.

Sofastoffe
 Riesenauswahl aller Qualitäten.
 Wolle. Reste! Mocquett. Plüsch. Satteltaschen.
 Muster b. näher Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.

Thüringische Maschinen- u. Fahrrad-Fabrik
 Mühlhausen i. Thür.
 Abt. L. Strickmaschinen. Dauerhafte Konstruktion. Katalog u. Offerten gratis u. franco.
 Vertreter: **Albert Homburger, Berlin, Spandauer Brücke 2.**
Dr. Simmel, Prinz-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 u. 4-18996

Achtung! Genossinnen, Genossen! Achtung!
2 Volks-Versammlungen:
 1. Montag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, in den **Arminhallen, Kommandantenstrasse 20.**
 Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung vom Allgemeinen Heimarbeiterschnitz-Kongress. 2. Diskussion. 1/7
 2. Mittwoch, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, im **Schönhauser Volksgarten, Schönhauser Allee 101/102.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag der Genossin **Klara Zetkin** über: „Der Krieg in Ostasien und die Interessen des Proletariats“. 2. Diskussion. Wir erlauben, recht gerne für diese Versammlungen zu agitieren! **Die Vertrauenspersonen.**

Verband der Möbelpolierer.
 Neben Sonnabend abends 8-10 Uhr werden in folgenden Zahlreichen Beiräte entgegengenommen: Blumenstr. 88, Hornsdorferstr. 8, Oranienstr. 197, Stahlstr. 58, Brunnenstr. 96, Dalldorferstr. 19; in Hirschberg Steinmetzstr. 103; in Lichtenberg Friedrichstr. 11; in Behrensdorf Gasse 55. 145/16
 Montag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, **Suffitenstr. 40:**
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen **Nitschke** über: „Ruslands Freiheitskämpfer in Sibirien“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheit. 4. Verschiedenes.
Dienstag, 15. März, abends 8 1/2 Uhr, Blumenstr. 38:
Vorstands-Sitzung.
 Die Differenz bei der Firma Wendelsohn, Köpenickerstr. 128 ist beigelegt.
Der Vorstand.

Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. — Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau und Arbeitsnachweis: „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, II., Zimmer 13. — Telefon: Amt 4 Nr. 3348.

Achtung! Kutscher und Arbeiter aus den gewerblichen Innungs-Fuhrbetrieben Berlins.
 Sonntag, 13. März, vorm. 10 1/2 Uhr, bei **Giese, Waldemarstr. 75:**
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Neuwahlen zur Generalversammlung der Fuhrbetriebe-Innungslasse und welche Maßnahmen haben die Kutscher zu ergreifen, um deren Einrichtungen im Interesse unserer Kollegen vorzeitiger zu gestalten? Referent **D. Schumann**. 2. Diskussion und Aufstellung der Kandidatenliste. 3. Geschäftliches.

Achtung! Kollegen und Kolleginnen aus den Bezirken der Schönhauser Vorstadt.
 Sonntag, 13. März, abds. 6 Uhr, im **Jägerhaus, Schönhauser Allee 106:**
Versammlung mit Frauen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Stabsverordneten Genossen **Borgmann**. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches. — Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**

Achtung! Kohlenarbeiter und Kutscher von den Plätzen Moabits und vom Wedding.
 Sonntag, den 13. März, abends 6 Uhr, bei **Schiwe, Stromstr. 42:**
Versammlung mit Frauen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen **Pante**. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches. — Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**

Achtung! Kutscher aller Branchen von den Bezirken Pankow, Reinickendorf und Weiskensee.
 Sonntag, 13. März, abds. 6 Uhr, bei **Schumann, Weiskensee, Lehderstr. 5:**
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Kongress für alle im Transportgewerbe beschäftigten Kutscher und Arbeiter und seine Bedeutung für unsere Kollegen. Referent: Kollege **H. Ullrich**. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten. 4. Geschäftliches.

Achtung! Kollegen und Kolleginnen in Hixdorf.
 Sonntag, 13. März, abends 6 Uhr, bei **Gellert, Steinmetzstr. 113:**
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Kongress für alle im Transportgewerbe beschäftigten Kutscher und Arbeiter und seine Bedeutung für unsere Kollegen. Referent: Kollege **H. Gebert**. 2. Diskussion und Wahl eines Delegierten zu demselben. 3. Geschäftliches.
 Einen recht zahlreichen Besuch aller hier in Frage kommenden Gruppen und Kollegen erwartet **Die Ortsverwaltung I.**

Charlottenburg, „Volkshaus“.
 Sonntag, den 13. März, abends 7 Uhr, im kleinen Saal:
Vortrag von Dr. Max Alberty:
 Soziale Dichtung (Lesen) mit Recitationen. Gedichte von Freiligrath, Heine, Herwegh, Dehmel, Villancour, Wendell, Otto Krille — Politische Satire: **Simplicissimus-Gedichte.** 257/9
 Eintritt frei.

Berlin, Friedrichstr. 218, neben Apollo-Theater links!
Dentarium
 Kunsttechnisches Institut für Zahnersatz, Plomb. etc. ohne Nebenkosten.
Beste künstl. Zähne d. Welt I. M.
 das heisst Zähne mit echt Platinastiften. 10jähr. Garantie!
 gänzlich ausgeschlossen, denn wir verpflichten uns, bei Nichtpasssen volles Geld zurückzahlen! 4474L*
Misstrauen
 Unverlangte Anerkennungsschreiben seit. Kgl. preuss. appr. Zahnärzte u. Mediziner beweisen unsere Leistungsfähigkeit!

bewährteste Nahrung für Kinder
Kufeke's Kinder-Mehl gesunde u. magen-darmkranke Kinder.
Schmöckwitz, Restaurant Seddin-See.
 Herrlich am Wald und Wasser gelegen, 2 große Zäle für Vereine und Gesellschaften bestens empfohlen. Stelle die billigsten Dampfer.
Aug. Noack.

H. Esders & Dyckhoff
 BERLIN
 Oranienstr. 48, Ecke Luckauerstrasse
 und
 Leipzigerstr. 50a, am Dönhoff-Platz.

Herren- u. Knaben-Bekleidung
 fertig und nach Mass.
Herren-Mode-Artikel.

Damen-Konfektion.

| | |
|----------------------------|-----------------------------------|
| Sacco-Anzüge | von 12,50 M. an. |
| Rock-Anzüge | 27,- " " |
| Sommer-Paletot | 15,- " " |
| Sommer-Ulster | 19,- " " |
| Hosen | M. 2,75 3,45 4,50 5,50 und höher. |
| Fantasie- und Wasch-Westen | 2,25 2,90 3,90 4,90 und höher. |

Arbeiter- und Berufskleidung
 zu anerkannt billigen Preisen.

| | |
|-----------------|---------------------------------------|
| Loden-Joppen | von 3,50 M. an. |
| Arbeits-Joppen | in engl. Leder, Pilot etc. " 2,75 " " |
| Arbeits-Hosen | " " " " " 1,50 " " |
| Maler-Kittel | " " " " " 1,75 " " |
| Maschinen-Jacke | " " " " " 1,25 " " |

HSW.

Einsegnungs-Anzüge
 10,50 12,- 15,- 18,- 24,- 32,- M.

J. Georg Simon
Reinickendorfer Str. 8.
 Grösstes Bekleidungshaus des Nordens von Berlin.
 Ecke Ravenestr., Am Bahnhof Wedding.

Kostlos bemäht, meiner Kundenschaft, wie dem v. Publikum stets die größten Vorteile bieten zu können, so daß der auch noch so entlegene und weit Wohnende mein Stablisement aufsucht — heute gibt's in Berlin keine Entfernungen mehr, für 10 Pf. fährt man bis vor mein Haus — ist es mir zu dieser Saison gelungen, enorme Waren-Lager bedeutend unter Preis anzulaufen. Den Nutzen dieses

Gelegenheits-Einkaufs

lasse ich dem wertigen Publikum zugute kommen.

| | |
|--|--|
| Herren-Paletots in allen Farben und Längen 7,25, 8,50, 10, 11, 11,50, 13 M. | Herren-Anzüge in solid. Stoffen u. allen Farben 7,75, 9, 10,50, 12, 15 M. |
| Herren-Paletots , vorzügl. Qualität, mit u. ohne Raht 14,50, 16, 17,50, 19, 22 M. | Herren-Anzüge , bessere Qual. m. geraden u. schräg. Taillen 17, 19,50, 23,50, 25, 27 M. |
| Herren-Paletots , extraf. Ersta für Maß 24, 26, 28, 34, 38, 42, 45 M. | Herren-Anzüge , extrafein. Ersta f. Maß 29, 32, 35, 40, 42, 45 M. |

Konfirmanden-Anzüge in Kammergarn, Tuch und Cheviot
 M. 6 3/4, 7 1/2, 8 3/4, 10, 12, 14, 16 und höher.

| | |
|---|--|
| Herren-Joppen in Loden 3,25, 4,50, 5,50, 6,75, 8 M. | Jünglings-Anzüge und Paletots in riesenreicher Auswahl 5, 6,50, 7,25, 8,75, 9,50, 10,25, 11,50, 13,50, 15, 19, 24, 24 M. |
| Herren-Hosen in allen Farben 1,50, 2, 2,75, 3, 3,50, 4 M. | Knaben-Anzüge , Phjacks u. Paletots in noch nie dagewesener Ausw. 2,25, 2,75, 3,50, 4,75, 5,75, 6,75, 7,50, 8,75, 10, 12, 14 M. |
| Herren-Hosen , extrafein. Ersta für Maß 5,50, 6,75, 7,50, 9, 11, 15 M. | Schwarze Gesellschaft-Anzüge , Frack, Kellner-Anzüge u. Jacken u. einz. Westen zu haunlich billigen Preisen. |

Arbeiter- u. Berufs-Kleidung für jedes Gewerbe. Wäsche, Kravatten, Unterzeuge in riesiger Auswahl zu Fabrikpreisen.

Alle Grössen und Weiten sind am Lager.

Bei mir findet der einfache Mann wie der verwöhnteste Cavalier nach seinem Geschmack fertig wie nach Maß für wenig Geld. Meine Konfektion ist prima Qualität und hat tadellosen, eleganten Sitz, wie erstklassige Verarbeitung, die nur mit Maßarbeit zu vergleichen ist. Mein Stablisement — eine Schenkwürdigkeit des Nordens Berlins — hat ein solches Renommee trotz der Kürze seines Bestehens für gut und billig, so daß es keiner weiteren Reklame bedarf.

Reinickendorfer Str. 8,
 Ecke Ravenestrasse.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.
Vereidigung eines Soldatenmishandlers.

Som Kriegsgericht in Karlsruhe war im Dezember v. J. der
Leutnant Falper v. Arnim wegen Mißhandlung eines Soldaten zu
14 Tagen Stubenarrest verurteilt worden. Er hatte einen Soldaten
mit der Faust ins Gesicht geschlagen, so daß diesem die Nase blutete und
der Helm vom Kopfe flog. Dieses Urteil hatte der Genosse Oskar Ged.,
Redakteur der Mannheimer „Volkstimme“, in seinem Blatte besprochen
und darin den Leutnant v. Arnim eine feige Memme genannt.
Genosse Kolb in Karlsruhe hatte den Artikel im „Volkfreund“
abgedruckt.

Der Leutnant strengte Privatklage wegen Verleumdung gegen
die beiden Redakteure an und das Gericht verurteilte Ged zu 150 M.
und Kolb zu 100 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde
u. a. gesagt, der Fall v. Arnim sei zwar derart gewesen, daß sich
eine Besprechung rechtfertige, es sei aber nicht notwendig gewesen,
ihn zu besprechen, wie es geschehen sei.

Hyrologie im Gerichtssaale.

Ueber eine seltsame Gerichtsverhandlung vor einer Strafkammer
in Dortmund berichtet unser dortiges Parteiblatt, die „Arbeiter-
Zeitung“. Danach war im vorigen Jahre der Parteigenosse Sch.
durch richterlichen Strafbefehl zu 10 M. Geldstrafe verurteilt worden,
weil er durch öffentliches Verbreiten von Flugblättern am Sonntag
„Arbeit verübt“ haben sollte. Zwei Polizisten sagten in dem darauf
anhängig gemachten Gerichtsverfahren aus, Sch. habe die Blätter
öffentlich getragen und um 10 Uhr vormittags dem Bergmann F. auf
einem öffentlichen Wege ein Flugblatt gegeben. Sch. bestritt das
ganz entschieden. Das Schöffengericht bestätigte den Strafbefehl,
die Ferien-Strafkammer sprach ihn jedoch frei. Der Staatsanwalt
legte Revision ein, das Kammergericht hob das freisprechende Urteil
auf, wieweil die Sache zurück und infolgedessen wurde der Fall jetzt
abermals vor der Strafkammer verhandelt.

In diesem Termin riet man der Vorsitzende dem Genossen Sch.,
wie die „Arbeiterzeitung“ berichtet, zur Jurildnahme der Verurteilung
mit folgender auffälligen Begründung:
„Es steht in den Akten geschrieben, daß Sie verurteilt werden
müssen.“

Genosse Sch. bestand aber darauf, daß verhandelt werde. Er
wollte jetzt durch den Bergmann F. nachweisen, daß die
Verhandlungen der Polizisten in der vorigen Verhandlung nicht den
Tatsachen entsprechen. Zeuge H. bekundete, daß er von dem
Genossen Sch. kein Flugblatt empfangen, sondern vom Genossen F.
Der letztere bezeugte auch, daß Genosse Sch. um 10 Uhr noch zu
Hause gewesen ist. Trotz dieser Zeugenangaben waren für das
Gericht die Aussagen der Polizisten maßgebend, es erfolgte
Verurteilung der Verurteilung unter Auflegung der Kosten.

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

Auch unsere neuartigen Darlegungen, daß es im Interesse der
allgemeinen Hebung des Gesundheitszustandes der Versicherten liege,
wenn die Kassen die Ärzte fest anstellen, weil nur der festangestellte
Arzt ein Interesse an solcher Tätigkeit habe, während der frei-
gewählte Arzt, der selbständige Gewerbetreibende gegenseitig
interessiert sei, antwortet die „Vossische“ mit dem Hinweis auf die
Tatsache, daß sich in Berlin auch eine Anzahl „freigewählter“
Ärzte um die sozialhygienischen Aufgaben der Kassen verdient
gemacht hätten. Das muß uns natürlich erst die „Vossische“ sagen.

Die Tatsache, daß einzelne Ärzte selbstlos genug sind, sich
ohne Entgelt in den Dienst der Krankenkassen zu stellen, beweist
nicht das geringste gegen unsere allgemeinen Darlegungen. Wir
erwarten ja von der „Vossischen“ nicht, daß sie für grundsätzliche
Aufstellungen Verständnis hat, aber das sollte sie doch aus unserer
bisherigen Behandlung der Fragen entnommen haben, daß wie sie
nicht unter dem Gesichtspunkte persönlicher Schleichigkeit der
einzelnen Ärzte betrachten. Wir haben dargelegt, daß der freie
Arzt, der selbständige Gewerbetreibende, an einer möglichst großen
Zahl honorierter ärztlicher Leistungen interessiert ist. Das bedarf
keines Einzelbeweises, denn es ist die Grundlage der Existenz dieses
Arztes. Durch die notorische — wenigstens örtliche — Ueberfüllung
des ärztlichen Standes wird dieses Interesse noch gestärkt. Daraus
erklärt sich ja der Widerspruch der Ärzte gegen die Ausdehnung des
Kreises der Versicherten, der sich vielfach auch in einem Widerspruch
gegen die Ausdehnung der Kassenleistungen auf die Angehörigen der
Versicherten äußert. Die Ärzte fürchten, daß ihnen das Rezept-
schreiben für die in die Versicherung aufgenommenen Volks-
kreise nicht mehr so viel einbringen werde wie früher. Es
steht fest: Der ärztliche Stand als Ganzes ist, solange die Ärzte
freie Gewerbetreibende sind, an möglichst umfangreicher Rezept-
schreiberei interessiert. Umgekehrt ist die Lage des festangestellten
Arztes, was wiederum keines Einzelbeweises bedarf. Seine Existenz
ist nicht abhängig vom Rezeptschreiben. Dieser Sachverhalt wird
nicht dadurch geändert, daß einzelne freie Ärzte für Hebung der
allgemeinen Volksgesundheit selbstlos tätig sind und daß es auch
unter den festangestellten Ärzten solche giebt oder geben würde, die
sich mit der Heilung des einzelnen Kranken begnügen und nach
Ableistung ihrer Bureaustunden im edlen Staatsport Befriedigung finden.

Bei der Gelegenheit entschlüpft der „Vossischen“ auch das
unbeabsichtigte Jugendsündchen, daß die Berliner Krankenkassen ein
„namhaftes Verdienst“ um die Erfüllung hygienischer Aufgaben
haben. Bekanntlich waren die Berliner Kassenverwaltungen erst
kürzlich gezwungen, gegen die Behauptung des Dr. Mugdan im
Reichstage zu protestieren, daß sie für die sozialhygienischen
Erweiterungen der Kassenleistungen nur billige Worte und keine Taten
gehabt hätten. Wie kam die „Vossische“ ihren Freund und Inspirator
Mugdan so bloßstellen!

Kerstliche Selbstlosigkeit.

Im Großherzogtum Hessen haben die homöopathischen
Ärzte, wie in den meisten andern deutschen Bundesstaaten, das
Recht, ihre Patienten selbst zu dispensieren und Kosten-
los an ihre Patienten abzugeben. Obgleich sich im ganzen Groß-
herzogtum nur 6 homöopathische Ärzte gegenüber 700 nicht-
homöopathischen befinden, hatten letztere durch „wiederholt und
dringend“ an die Regierung gestelltes Ersuchen es fertig gebracht, daß
diese eine Verordnung erließ, welche den homöopathischen Ärzten das
Selbstdispensieren verbietet. Wegen dieser Verordnung wendeten sich
nicht nur die homöopathischen Ärzte, sondern auch eine große Anzahl
Krankenkassen beschwerdeführend an den Landtag. Am vorigen
Mittwoch fand die Angelegenheit im Landtag zur Debatte. Der
Regierungsvertreter Geh. Obermedizinalrat Dr. Reidhart führte
aus, daß die Regierung zu dem Erlaß des Verbotes durch die nicht-
homöopathischen Ärzte gezwungen worden sei; diese hätten gedrückt,
aus dem Gesundheits-Ausschuß usw. auszutreten, wenn die
Regierung ihren homöopathischen Kollegen das Selbstdispensieren nicht
verbiete.

Die Kammer ersuchte mit allen gegen 7 Stimmen die Regierung,
ihre Verbot zurückzuziehen.

Gegen den Centrums-Abgeordneten Fuchs nahm am Mittwoch
der Kölner Mieterverein wegen dessen Ausführungen über
die Kölner Wohnungsverhältnisse und die Baugenossenschafts
Stellung. Herr Fuchs hat im preussischen Landtag unter anderem ausgeführt:
Der Mittelstand sei „sehr eingeengt worden durch die Arbeiter-
konjunktur“, durch die großen Warenhäuser der Beamten-
vereine und durch die vom Großkapital errichteten Warenhäuser,
sowie auch durch die Socialreform“. Der Redner wandte sich dann
gegen eine in Köln bestehende Baugenossenschaft und schloß: „Daher sollte
man nur dort, wo ein dringendes Bedürfnis zur Herstellung von
Arbeiter- und Beamtenwohnungen besteht, mit einem
solchen Bau vorgehen. Vielfach, wie beispielsweise in Köln, stehen
so viele Wohnungen leer, daß die Schaffung weiterer Wohnungen den
Klein zahlreicher Existenzen des Mittelstandes bedeutet.“ Die
letzten Behauptungen schlugen, obwohl der „arbeiterfeindliche“
Centrumsabgeordnete in Köln wohnt, der Wahrheit ins Gesicht. Im
Monat Januar fanden beim städtischen Wohnungsmachweis 350
Nachfragen nur 261 Wohnungsangebote gegenüber; Wohnungen von
2 Räumen wurden verlangt 137, angeboten nur 62, von 3 Räumen wurden
verlangt 101, angeboten nur 62 Wohnungen usw. — Sämtliche Redner
des Kölner Mietervereins sprachen sich entschieden gegen Herrn Fuchs
aus. In einer einstimmig beschlossenen Resolution sprach die
Versammlung „dem Landtagsabgeordneten für Köln, Herrn Eduard Fuchs,
entschiedene Mißbilligung hinsichtlich der Ausführungen
aus, die Herr Fuchs kürzlich im preussischen Landtag gegen die
Baugenossenschaften vertreten hat. Der Kölner Mieterverein
besteht die Ausführungen des Abg. Fuchs als allgemein unzutreffend,
und soweit sie im besondern auf Kölner Baugenossenschafts- und
Mieterverhältnisse sich bezogen, als geradezu un wahr und
irreführend“.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Orlau (Schlesien) wurden
sämtliche von den freien Gewerkschaften vorgeschlagenen Kandidaten
einstimmig gewählt, da die christlichen und kirchlich-dunkelröthlichen
Gewerkschaften gar nicht versucht, in Wettbewerb zu treten.

Zur Abschreckung für eifrige Staatsanwälte. Aus Halle
berichtet man uns unterm 7. März: Die mittellose Bergmannsrau
Anna Haake aus Klostermansfeld stand heute vor dem Schwur-
gericht wegen Urkundenfälschung unter Auflage. Sie war, weil sie
vom Felde einige Rüben weggenommen hatte, zu 24 M. Geldstrafe
eventuell sechs Tagen Haft verurteilt worden, und hatte den Staats-
anwalt Schlichter in Halle um Teilzahlungen ersucht, da sie die
Haftstrafe nicht antreten wollte. Der Staatsanwalt bewilligte die
Teilzahlungen unter der Bedingung, daß die Frau bis zum 7.
Dezember v. J. aber eine erste Rate von 12 M. zahle. Da die arme
Proletarierin aber nur 10 M. zusammenbrachte, änderte sie das
Staatsanwalts schreiben infolgedessen um, daß sie aus der 12
10 M. machte. Staatsanwalt Schlichter beantragte nun
heute die Schuldisponierung und tröstete die Angeklagte
mit der eventuellen Begnadigung. Der Verteidiger, Rechtsanwalt
Suchland, früherer Bürgermeister von Ludenwolde sagte: Ich bitte
nicht um Gnade, sondern um Recht, und eruchte die Schulfrage
mit einem recht kräftigen Nein zu beantworten. Wie war nur diese
Anlage möglich? Die Geschworenen sind dazu berufen, Kapital-
verbrechen abzumteilen; aber wie mager sieht die vorliegende
Sache aus. Wegen 20 Reichspfennige mußte der große Schwurgerichts-
apparat in Bewegung gesetzt werden. Die unglückliche Angeklagte
hat eine Schule besucht, in der 150 Kinder von einem Lehrer unter-
richtet wurden. Die Geschworenen sprachen die Frau frei, und der
Staatsanwalt machte ein unbefriedigtes Gesicht.

Städtische Wege-Arbeiter und Krankenfürsorgepflicht.

Zwei Rechtsfragen wurden in dem Verwaltungsstreit eines
Armenverbandes gegen eine Orts-Krankenkasse aufgeworfen. Die
Frage, ob kommunale Wege-Arbeiter ohne weiteres der Kranken-
versicherungspflicht unterliegen, und ferner die, ob die Unterbringung
in einem Armenhaus und die Verpflegung dortselbst eine Leistung ist,
wegen der auf Grund des § 57 des Krankenversicherungs-Gesetzes unter
den dort bestimmten Voraussetzungen das für die gleiche Zeit fällige
Krankengeld des Verpflegten als Ersatz vom Armenverband
beantragt werden kann. Der vorher mit städtischen Wegearbeiten
beschäftigte Arbeiter L. war nebst seiner Familie auf städtische Kosten
während einer Krankheit im Armenhaus verpflegt worden. Obwohl
ihm die Orts-Krankenkasse freien Arzt und freie Medizin gewährte
und ihm auch 13 Wochen lang Krankengeld zahlte, erhob der Armen-
verband durch eine Klage gegen die Kasse Anspruch auf den Betrag
des Krankengeldes in Höhe von 111 M. Er machte geltend, nach
§ 57 des Gesetzes hätte ihm das Krankengeld für die 13 Wochen
wegen der gleichzeitigen Verpflegung der hilfsbedürftigen ganzen
Familie im Armenhause überwiesen werden müssen. — Die Kasse
machte geltend, es handle sich hier bei der Verpflegung im Armen-
hause um eine Leistung der reinen Armenpflege und nicht um
eine Leistung im Sinne des § 57, da alles, was der Krankenkasse
gesetzlich zulomne, von dieser dem Kranken gewährt sei.

Der Bezirksausschuß wies die Klage des Armenverbandes mit
der Begründung ab, L. sei als städtischer Wege-Arbeiter mangels
eines Ortsstatuts gemäß § 2 des Gesetzes überhaupt nicht ver-
sicherungspflichtig gewesen, so daß die Kasse überhaupt keine gesetz-
liche Verpflegung gehabt habe.

Das Ober-Verwaltungsgericht als Revisionsinstanz hob indessen
die Vorentscheidung auf und verwies die Sache mit folgender
Begründung an den Bezirksausschuß zurück: Falsch sei die Auffassung,
daß die Verpflegung im Armenhaus keine Leistung gemäß § 57 des
Gesetzes sein könne. Sie könne es sein und sei es hier auch. An
sich sei wegen ihrer ein Ersatzanspruch an die Krankenkasse zulässig.
Es frage sich nun, ob eine andere Voraussetzung der Anwendbarkeit
des § 57 gegeben sei, nämlich ob L. versicherungspflichtig und des-
halb Mitglied der beklagten Kasse für Fabrikarbeiter, Arbeiter an
Bauten u. w. In der Beziehung sei das Urteil des Bezirks-
ausschusses rechtsirrtümlich. Ein Ortsstatut im Sinne des
§ 2 des Gesetzes sei nicht erforderlich, die Versicherungspflicht
kommunaler Wege-Arbeiter zu begründen. Denn alle mit Wege-
arbeiten beschäftigten Personen gehörten zu den „Arbeitern bei
Bauten“ im Sinne des § 1 des Gesetzes und seien somit, auch
wenn sie im kommunalen Dienste stehen, ohne weiteres ver-
sicherungspflichtig, vorausgesetzt, daß sie Lohn oder Gehalt
beziehen. Der Bezirksausschuß müsse noch feststellen, ob L., der
damals schon im Armenhaus wohnte, für die Wege-Arbeiten Lohn erhielt.
Wird dies festgestellt, dann ist die Kasse zur Ersatzleistung an den
Armenverband im Rahmen des § 57 verpflichtet.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Steglich, Sonntag früh 7 Uhr: Flugblattverbreitung.
Treffpunkt: Nur bei Schellhase, Ahornstr. 15a. — Solzähliges
Erscheinen ist dringend nötig.

Schöneberg. Heute, Sonnabendabend 8 Uhr, veranstaltet der
Wahlverein einen Recitations-Abend im Obsthofen Saale,
Reinigerstr. 8. Zum Vortrag gelangt: „Nachts 11“. Recitator:
Emil Wallotte. Entree: 20 Pf. — Nachdem: Tanzkränzchen. —
Der heute fällige Zahlungabend bei Obst fällt der Veranstaltung
wegen aus.

Wilmerdorf. Montagabend 7 Uhr findet eine Flugblatt-
verbreitung von folgenden Lokalen aus statt: 1. und 2. Bezirk:
Kataluf, Uhländstr. 71, 3. und 5. Bezirk: Witte, Berlinerstr. 40;
6. Bezirk: Rudloff, Buchsalfstr. 14; 7. Bezirk: Hilpert, Halensee,
Kurfürstendamm 126.

Mittwochabend 8 1/2 Uhr wird Genosse Zubeil in einer bei
Witte, Berlinerstr. 40, stattfindenden Volksversammlung über

die sozialpolitischen Aufgaben der Gemeinden sprechen, auch erfolgt
in dieser Versammlung die Aufstellung der Kandidaten zur
Gemeindevwahl.

Klein-Schönebeck und Fichtenau. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr
findet in Fichtenau (Restaurant Buchardt) eine Volksver-
sammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die
Aufgaben der socialdemokratischen Gemeindevertreter“. Referent
Gemeindevorteiler Sonnenburg-Friedrichshagen. 2. Diskussion.
3. Kandidaten-Aufstellung.

Weißensee. Die Parteigenossen werden gebeten, an der am
Sonntag früh 8 Uhr stattfindenden Flugblatt-Verbreitung
zahlreich teilzunehmen. Die Verbreitung findet von den bekannten
fünf Abteilungslokalen aus statt. Zum Sonntagnachmittag 1 1/2 Uhr
ist für Alt-Weißensee eine Versammlung im Möllerschen Lokale,
Berlinerstr. 11, anberaumt und am Montag, abends 8 Uhr, für
Neu-Weißensee eine Versammlung im Vereinslokal, Char-
lottenburgerstraße 150. In der ersten Versammlung spricht Gemeindev-
vertreter Genosse Taubmann, in der zweiten Stadtverordneter
Genosse Koyke. Beide referieren über das Thema: „Was fordern
wir von der Gemeinde?“ Für beide Versammlungen ist ein recht
reger Besuch erwünscht.

Reinickendorf. Am Sonntag findet eine Flugblattver-
breitung statt. Regere Beteiligung wird erwartet.

Stralau. Infolge des Ausscheidens unfres bisheriger Gemeindev-
vertreter, Gen. Wilhelm Bud., findet am Dienstag, den 15. März,
vormittags 10 Uhr, im Lokale des Restaurateurs Friedrich Kunzel,
Alt-Stralau 16 (Storcknest) für die dritte Wählerklasse die Neu-
wahl statt; die Wahl darf nach der Bekanntmachung des Gemeindev-
vorstandes nicht vor 11 1/2 Uhr vom Wahlvorstand aufgehoben
werden. Parteigenossen, beteiligen wir uns wieder an der Wahl,
trotzdem die Wahl für die Arbeiter auf die ungünstigste Zeit fest-
gesetzt ist. Aufgestellt ist wieder für die dritte Wählerklasse unser
bisheriger Vertreter, Gen. Wilhelm Bud., Alt-Stralau 16. Agitiert
noch die kurze Zeit, damit wir unser Mandat behaupten! Es darf
keiner der Wahl fernbleiben. — Sonntag, den 13. März, vormittags
8 Uhr, findet für die Gemeindevwahl eine Flugblatt-
Verbreitung statt. Treffpunkt im Restaurant von Paul Schöps.

Rummelsburg. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zur
Flugblattverbreitung Sonntag früh 8 Uhr in folgenden
Lokalen einzufinden: Tempel, Alt-Vorhofen 56; Werner, Schiller-
straße 24; Zege, Prinz-Albertstr. 13/14; Burgener, Kantstr. 44;
Zoens, Kaufstraße, Ecke der Goethestraße; Wenger, Neue Prinz
Albertstr. 17. Der Vorstand.

Grünau. Sonntagnachmittag 3 Uhr findet bei Duchauffour,
Röpnickerstr. 79, eine öffentliche Gemeindevähler-Ver-
sammlung statt. Stadtv. Voigt spricht über das Thema:
Auf zur Gemeindevorteiler-Wahl!

Tempelhof. Sonntag früh 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung. Treff-
punkt im Lokale von Martin Müller, Berlinerstr. 41/42.

Tempelhof. Dienstagabend 8 1/2 Uhr hält der Wahlverein
im Lokale von Martin Müller, Berlinerstr. 41/42, seine regelmäßige
Monatsversammlung ab, in der Genosse Dr. Alberty einen Vortrag
über „Kunst und Proletariat“ halten wird. Gäste sowie auch Frauen
haben Zutritt.

Neuenhagen (Ortsbau). Der socialdemokratische Verein hält seine
ordentliche Mitgliederversammlung am Sonntagnachmittag 4 Uhr im
Diederichsen Lokale in Bruchmühle ab. Tagesordnung: 1. Regelung
der Lokalfrage. 2. Fortsetzung der Debatte über die eventuelle
Selbständigkeit unfres Vereins. 3. Verschiedenes.

Lokales.

Ostelbische Schulzustände auf Berliner Mieselgütern.
Ueber die Schulverhältnisse der Berliner Mieselgüter wird in der
„Pädagogischen Zeitung“ eine Zusammenstellung veröffentlicht, deren
Ergebnis recht bescheiden für Berlin ist. Daß es auf den Miesel-
gütern unserer Zweimillionenstadt im Punkte der Schule leider noch
sehr „ländlich“ zugeht, ist im „Vorwärts“ oft genug nachgewiesen
worden. Es wird unsere Leser interessieren, auch einmal zu hören,
was die Lehrer selber darüber sagen.

Vorhanden sind auf den Mieselgütern 19 Schulen, die aus zu-
sammen 44 Klassen bestehen. Sechs dieser Schulen sind einklassig, fünf
haben je drei Klassen, zwei haben mehr Klassen; die übrigen sechs
Schulen sind Halbtagsschulen. Für die 44 Klassen stehen nur
31 Lehrer zur Verfügung. Nach den Angaben des genannten
Lehrerblattes beträgt die Schülerzahl für einen Lehrer in vier
Orten mehr als 90; das Minimum ist 30, das Maximum — 112.
Nicht wahr, das sind echt ostelbische Zahlen? Der Erfolg der unter-
richtlichen und erzieherischen Tätigkeit des Lehrers kann unter solchen
Umständen nicht groß sein, er wird aber noch weiter dadurch ver-
ringert, daß die Kinder der Arbeiter im Sommer täglich bis zu
sechs Stunden auf den Gütern beschäftigt werden. Auch dieser
Brauch, der unter den Augen des Berliner Magistrats geübt wird,
ist unverfälscht ostelbisch.

Um die Gehälter, die den stark überbürdeten Lehrern der
Mieselgut-Schulen gezahlt werden, steht es ähnlich schlimm. Grund-
gehalt und Alterszulagen sind manchmal so niedrig bemessen, wie
wenn es sich nicht um Ortskassen in nächster Nähe Berlins, sondern
um entlegene Dörfer der Provinz handelte. Die beiden schlechtest-
bezahlten Lehrer beziehen neben freier Dienstwohnung ein Gehalt
von 800 M. Daß sie noch nicht vier Jahre im Dienst stehen, mag
als „Erläuterung“ der bescheiden geringen Höhe der Gehälter dienen,
aber die betreffenden Lehrer werden davon nicht fatter werden.

Es ist oft versucht worden, die Verantwortung für diese Zustände
von der Berliner Gemeindeverwaltung abzuwälzen. Man hat darauf
hingewiesen, daß die Schulen der Mieselgüter vielfach noch sogenannte
Societätschulen sind, daß der Magistrat hier nur geringen Einfluß
habe, daß die Hausväter-Versammlungen entscheiden, und so weiter.
Doch das ist nichts als leere Ausrede. Berlin kann hier manches
ändern und bessern, wenn es will. Die „Pädagogische Zeitung“
belaßt, daß in den beschließenden Hausväter-Versammlungen ge-
legentlich auch Ortsbeamte und Arbeiter mit gegen Anträge der
Lehrer stimmen. Das ist wohl glaublich; „wie der Herr, so's
Geschere“.

Was die Gehaltswünsche der Mieselgut-Lehrer angeht, so ist von
seiten des Magistrats jetzt Veranschlagung zu erwarten. In den
reinen Ortskassen will die Kantalarisationsverwaltung das Grund-
gehalt erhöhen. Für die Schulen der übrigen Gemeinden will sie
Gehaltsaufbesserung beantragen und eventuell Reichnisse gewähren.
Ka also, nun geht's ja mit einem Male! Von socialdemokratischer
Seite ist die Leistung von Zuschüssen schon vor einigen Jahren im
Staatsauschuß angeregt worden, aber der Freisinn winkte ab.

Als Radikalmittel hat der „Vorwärts“ mehrfach empfohlen, daß
Berlin die Schulgemeinschaft mit den Vorgemeinden endlich aufhebt
und die Schulen der Mieselgüter in eigene Verwaltung nimmt. Ver-
einzelt ist das auch schon geschehen. Warum geschieht das nicht
liberal? Auch wenn die Kommune Berlin diesen notwendigen
Schritt unterläßt, darf sie sich nicht wundern noch beklagen, daß man
für die ostelbischen Schulverhältnisse ihrer Mieselgüter zu allererst
und am meisten sie selber verantwortlich macht.

Ein Säuglings-Krankenhaus für Berlin?

Die Reichshauptstadt soll also das Säuglings-Krankenhaus bekommen, das noch immer fehlt. So ist es wenigstens versprochen worden in einem kleinen Cirkel von Herren und Damen, der am Montag hierüber beraten hat. Der Aufsatz zur Errichtung eines Säuglings-Krankenhauses aus Wohlthätigkeitsmitteln, über den wir kürzlich berichteten, hat seine Wirkung getan. Die erforderlichen zwei bis drei Duzend Personen haben sich zusammengefunden, das vorbereitende Komitee hat eine öffentliche Versammlung einberufen, und die Erschienenen haben dem Vorschlag, den oblichen Verein zu gründen, ihre Zustimmung gegeben. Ein schon ausgearbeitetes Statut ist angenommen, ein Vorstand aus neun, ein Arbeitsausschuss aus fünfzehn Mitgliedern gewählt worden. Nun darf man der Dinge harren, die da kommen werden.

Das Säuglings-Krankenhaus, das uns in Aussicht gestellt wird, soll, wie gesagt, ein Werk der Privatwohlthätigkeit sein. Die Verhandlungen, aus denen der Verein zur Errichtung dieser Anstalt hervorging, boten dem auch das ganze Drum und Dran aller Wohlthätigkeitsbestrebungen: die herzbewegenden Klagen über die Not der Armen, die schwingenden Reden über die allheilsende Nächstenliebe — und daneben das heikleste Gefändnis, daß die Helfer selber hilflos sind, weil's ihnen an Nützigkeit, dem Gelde, fehlt. Zwei Kertze und ein Geißlicher waren für das gute Werk. Dr. Buttertich schilderte, in welchem Elend Tausende von Säuglingen hinfischen, welche Opfer der Tod unter ihnen fordert. Dr. Ritter suchte zu zeigen, daß das Säuglings-Krankenhaus Abhilfe schaffen werde und daß der Plan technisch und finanziell durchführbar sei. Den Schluss machte Prediger Köhler mit der Mahnung, daß „etwas geschehen müsse“.

Von Interesse waren namentlich die Darlegungen Ritters. Der Plan, den er entwickelte, lehnt an ein Unternehmen an, das in Dresden zur Ausführung gelangt ist. Das neue Krankenhaus soll nicht Kinder jeden Alters, sondern nur Säuglinge aufnehmen, damit für die Säuglinge die Gefahr der Uebertragung anderer Krankheiten möglichst eingeschränkt wird. Da die zur Verfügung stehenden Mittel nach Dr. Ritter „noch eine unbekannte Größe“ sind, so kann man noch kein eigenes Krankenhaus bauen, sondern muß bis auf weiteres ein geeignetes Gebäude mieten. Vorkünftig will man sich auch mit ganzen 40 Betten begnügen; in der Diskussion wurde sogar vorgeschlagen, „noch kleiner anzufangen“. Zur Beschaffung besonders tüchtiger Pflegerinnen soll eine eigne Pflegerinnenschule errichtet werden, die dem Krankenhause angeschlossen ist. Man rechnet dabei auf die „Töchter gebildeter Stände“. Wo der „Idealismus“ nicht ausreicht, sie zur Beteiligung zu veranlassen, sollen materielle Vorteile als Lockmittel wirken. In Dresden werden die aus der Pflegerinnenschule hervorgegangenen jungen Damen gern von bemittelten Familien für private Pflege angenommen und hoch bezahlt. Um den kranken Säuglingen Brustmilch bieten zu können, soll das Säuglings-Krankenhaus auch hilflosbedürftige Wöchnerinnen aufnehmen, die neben dem eignen Kinde noch fremde Kinder stillen. Diese Frauen sollen auch an zahlungsfähige Familien gegen Entgelt ausgeliehen werden. Der Plan erscheint fein ausgearbeitet: gelingt er, so kriegt das Krankenhaus billiges Personal, und zugleich wird den Wohlhabenden die Beschaffung guter Pflegerinnen und Ammen gesichert. Das Säuglings-Krankenhaus soll übrigens nicht ganz eine Wohlthätigkeitsanstalt sein. Den Eltern will man je nach ihrer Leistungsfähigkeit eine Vergütung einfordern. Der Segen der Anstalt und ihrer natürlich musterhaften Einrichtungen soll unter Umständen auch den Kindern der Vermittelten zu gute kommen, für die dann mehr zu zahlen ist.

In der Diskussion, die sich an die Vorträge der beiden Kertze anschloß, wurden Bedenken vorgebracht. Die sehr beträchtlichen Kosten vorwiegend aus milden Spenden aufzubringen, wurde als kaum möglich bezeichnet, und als warnendes Beispiel wurde das gleichfalls aus privaten Mitteln errichtete Kaiser Friedrichs-Kinder-Krankenhaus hingestellt, das belamntlich nur zu halb bankrott wurde. Man wies darauf hin, daß die Gemeinde die Pflicht habe, ein solches Krankenhaus zu schaffen. Der für den Posten des ersten Vorsitzenden in Aussicht genommene Stadtverordnete Bamberg war nicht antwefend; er hätte vermuthlich erwidert, daß die von Cassel, Jacobi und Konsorten geführte freisinnige Stadtverordnetenmehrheit, der er selber angehört, für solche Kostspieligkeiten nicht zu haben ist und nicht einmal für das von der Stadt übernommene Kaiser Friedrichs-Kinder-Krankenhaus die Notwendigkeit eines schleunigen und völligen Ausbaues anerkennen mag.

Der Verein kam natürlich, trotz aller Bedenken, programmgemäß zu stande. Damit ist wenigstens dem Bedürfnis seiner Gründer Genüge gethan. Wann einmal das Bedürfnis der Bevölkerung nach dem versprochenen Säuglings-Krankenhaus befriedigt werden wird, das ist eine andre Frage. Wir fürchten, noch auf Jahre hinaus wird aus den 10 000 Säuglingen, die in Berlin alljährlich hinfierben, kein einziger durch diese Vereinsgründung gerettet werden. „Gewonnen“ ist einstweilen nur das Eine, daß die „maßgebenden“ Persönlichkeiten der Kommunalverwaltung nun darauf hinarbeiten können, wie eifrig die werththätige Liebe privater Kreise sich der Säuglingsfürsorge widme, so daß die Kommune noch nicht eingzugreifen brauche.

Der Fall Besele und das Bürgerthum. In der „Antisocialdemokratischen Korrespondenz“ lesen wir: „Der entschliche und trotz aller vorliegenden Schuld tieferschütternde Fall der Familie Besele hat Anzeichen bürgerlicher Entartung zur Folgeerscheinung gehabt, die an den Pranger gestellt zu werden verdienen. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß das Dienstmädchen der toten Familie Duzende von Anträgen für neue Dienststellen erhalten hätte. Mitleid mit dem Mädchen ist natürlich die Triebfeder solcher Angebote nicht, da heutzutage in Berlin jedes Mädchen jeden Tag eine neue Dienststelle findet. Es handelt sich vielmehr um einen Ausbruch der rohesten Sensationslust. Da wird sich nun also die neue „gnädige Frau“ zu dem Mädchen in die Kniee legen und sich haarlein die Intimitäten des Beseleschen Lebens erzählen lassen. Vielleicht aber zieht es die Gnädige auch vor, die Damen ihrer Bekanntschaft zur Gesellschaft zu bitten, um dann das weiland Beselesche Mädchen in einer Art privater Ueberricht-Vorstellung auftreten zu lassen. Jedes natürliche Gefühl empfindet doch ein gewisses Grauen davor, mit der unglückseligen Familie auch nur in eine mittelbare Berührung zu kommen. Aber in gewissen Schichten der Berliner Gesellschaft empfindet man offenbar ganz anders. Es ist widerliche Verkommenheit, ekelhafte Großstadtfäulnis, die hier aus gewissen Berliner Salons aus Licht der Öffentlichkeit tritt. Daß solche Schichten des Bürgerthums nicht in der Lage sind, den Kampf gegen die Socialdemokratie zu führen, ist mehr als natürlich. Denn woher sollen sie die moralische Energie und das gute Gewissen dazu hernehmen!“

Die „Antisocialdemokratische Korrespondenz“ wird von dem socialdemokratischen Renegaten Lorenz herausgegeben und sie verfolgt, wie schon ihr Titel sagt, die Aufgabe, gegen unsre Partei scharf zu machen. Das geschieht aber manchmal in so eigentümlicher Weise, daß es der Scharfmacherpresse nicht verdacht werden kann, wenn selbst sie in dieser Art Socialistenstimme ein Paar findet und daher ziemlich regelmäßig die Geistesprodukte unresergeroffen in den Papierkorb wirft. Durchaus nicht selten finden sich Artikel in dieser Korrespondenz, die sehr wohl im Kampfe gegen die kapitalistische Ordnung der Dinge, aber nicht im geringsten gegen den Unfürsorge des Verworfenen sind. Damit soll durchaus nicht an der Unfähigkeit der Lorenz'schen Socialisten-

feindschaft gezwweifelt werden. Aber eine Art Gegenseitigkeitsverhältnis spielt da eine Rolle: Die moralische Energie und das gute Gewissen, das nach dem hier abgedruckten Artikel einem beträchtlichen Teil des Bürgerthums fehlt, scheint dies Bürgerthum, soweit es in der Scharfmacherpresse hervortritt, auch an ihrem socialisten-tötenden Mitarbeiter Lorenz zu vermissen.

Die Gläubiger des Herrn Besele. Eine Versammlung der Gläubiger des aus dem Leben geschiedenen Glühfabrikanten Carl Besele hat am Donnerstagabend unter Vorsitz des Rechtsanwalts Neumann III stattgefunden. Es waren etwa 15 Herren erschienen, fast durchgängig höhere Offiziere, Oberste, Majors etc., die durch die unläuternden Manipulationen des Kameraden Besele um ihre gesamten Ersparnisse gebracht worden sind. Im ganzen sind 200 000 M. von Besele als „Geschäftsanteile“ im Laufe von zwei Jahren — so lange besteht das kartographische Bureau als Gesellschaft mit beschränkter Haftung — vereinnahmt und von ihm auch für private Zwecke verausgabt worden. Es wurde mitgeteilt, daß Besele oder dessen Schwiegermutter Patente im Werte von 130 000 M. seiner Zeit in die Gesellschaft als Einlage hineingegeben habe, und daß nach der Einlegung dieser imaginären Zahlung diese angeblich so wertvollen Patente niemals von B. für das kartographische Bureau verwendet worden sind. B. hat seinen Teilnehmern, die dem Kameraden blüdhilfslos veritaaten, den garantierten Gewinn mit zehn Prozent vierteljährlich prompt ausgezahlt; er ermöglichte dies dadurch, daß er die Summe von stets neu zusteigenden Anteilen entnahm. Der Privatgebrauch des Selbstmörders wurde auf 30 000 M. pro Jahr geschätzt; den Rest der Kapitalien hat B. zur Zahlung alter Schulden verwendet. Die meisten der militärischen Gläubiger verlieren ihre gesamten Kapitalien; da sie zumest ältere Herren sind, ist der Verlust doppelt schwer für sie. Von der Annahme des Konkurses wird Abstand genommen werden, da im ganzen nur ca. 2000 M. Aktiva vorhanden sind, während die Durchführung des Konkurses 7000 M. kosten würde. Geschäftsschulden sind im ganzen bis jetzt in der Höhe von 7000 M. angemeldet. B. hat übrigens schon seit einiger Zeit sich mit Selbstmordgedanken getragen; einem Gläubiger, der in den letzten Wochen ungesittm drängte, schrieb B. am vorigen Sonntag: „Gedulden Sie sich bis Dienstag früh, dann werden Sie wissen, woran Sie sind.“ Wie das „Berliner Tageblatt“ weiter erzählt, liegen auch Urkundensicherungen vor. Die Gläubiger haben in ihrer ersten Beratung beschloffen, vorläufig das Geschäft, das an sich schon lukrativ ist, weiter fortzuführen. Eine zweite Gläubigerversammlung findet am Dienstag, den 15. d. M., statt. — Das Begräbnis der Familie Besele fand gestern nachmittags 3 Uhr auf dem Dreifaltigkeitskirchhof statt. Der Beerdigung wohnten wohl an tausend Personen bei. Die Familie wurde in ein gemeinsames Grab gebettet. Für die beiden Kadetten erschien eine aus 25 Kadetten bestehende Abordnung aus Groß-Lichterfelde unter Führung des Oberlieutenants Kigel und eines Militärparrers.

Der Segen des Berliner Ackerbaues. Bei den im vorigen Jahre auf den Berliner Rieselfeldern ausgeführten Anbauversuchen haben sich sehr interessante Ergebnisse über die Qualität und Zusammenhänge der geernteten Früchte gezeigt. Alle Körnerarten wiesen, wie das ja auch durch die starke Düngung erklärlich ist, einen sehr hohen Gehalt an den wichtigsten Nährstoffen, besonders an Eiweiß auf. Während Gerste gewöhnlich nur einen Proteingehalt von 10 Prozent besitzt, stieg hier der Prozentgehalt auf 18 und betrug mindestens 15 Proz. Für Futter- und Brennereizwecke hat daher derartige Gerste einen bedeutend höheren Wert als gewöhnliche. Hafer zeigte meist über 82 Proz. Eiweißgehalt, d. h. 20 Proz. mehr als sonstiger Hafer, und der Futter- und Gebrauchswert ist deshalb von Diebselhafer ebenfalls 20 Proz. höher anzuschlagen. Weizen hatte 14,5 Proz. Protein, während sonstiger Weizen nur 12,5 Proz. besitzt. Auch Roggen zeigt einen höheren Gehalt. Es sind daher diese Profrüchte nicht nur nahrhafter, besitzen jedenfalls auch durch den höheren Klebergehalt eine bessere Verdaulichkeit.

Eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet am nächsten Dienstag zur Beschleunigung der Beratungen des Stadthaushalts-Etats statt. — Sollten sich die Beratungen im Plenum in die Länge ziehen, dann wird voraussichtlich noch eine außerordentliche Sitzung vor Ostern anberaumt werden müssen.

Ein Unglücksfall, der den Tod eines Kindes zur Folge hatte, hat sich gestern nachmittags in der Richardstraße in Kirdorf zugetragen. Der sechsjährige Sohn Richard des bei der städtischen Straßenreinigung angestellten Arbeiters Tauschel, der infolge eines Ohrenleidens seit einem Jahre auf beiden Ohren taub ist, wollte gegen 4 Uhr nachmittags die Kreuzung der Richard- und Cammerstraße überschreiten. Der Kleine lief um einen Geschäftswagen herum und bemerkte dabei nicht, daß der Straßenbahnwagen Nr. 17 der südlichen Vorortsbahn herangekam. Das Warnungssignal, das der Führer des Motorwaggon bei der Annäherung an der Kreuzung ordnungsgemäß gegeben, war von dem tauben Kinde natürlich nicht gehört worden und so lief der Knabe blindlings gegen die Vorderplattform des Straßenbahnwaggon. Er geriet unter den Wagen, wurde eine kurze Strecke mitgeschleift und unter dem Schuttrahmen festgeklemmt. Nur mit großer Mühe konnte der Kleine Tauschel aus seiner entsetzlichen Lage befreit werden. Dem Kinde war der Schädel buchstäblich gespalten, so daß das Gehirn freigelegt war, außerdem hatte es noch mehrere Knochenbrüche und innere Verletzungen erlitten. Der Knabe verstarb schon auf dem Transport nach dem Krankenhause.

Zu der Tragödie in Pankow teilt die Lederfabrik-Aktiengesellschaft vorm. James End u. Straßer E. G. mit, daß die Revision ihrer Bücher und Kasse keine Unregelmäßigkeit ihres Profuristen Wrambach ergeben habe. — Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ erklärt, daß die Annahme, Wrambach hätte die schreckliche That aus Verzweiflung über zerrüttete Vermögensverhältnisse verübt, nicht aufrecht erhalten werden könne. Es sei nachgewiesen, daß B., der aus sehr vermöglicher Familie stammt, noch unmittelbar vor seinem Tode im Besitze seines vor Jahren ihm zugefallenen Erbes war und ein bedeutendes Guthaben besaß. Wenn B. auch beträchtliche Ausgaben für seinen Haushalt machte, so standen sie doch im Verhältnis zu seinen Einnahmen aus seinem Privatvermögen, zu denen noch sein Jahresgehalt von 6000 M. kam. Man vermute, daß ein angeblich unheilbares Aethylopleiden des Wrambach sowie Sorge um die Zukunft seiner kranken Frau und seines schwächlichen Sohnes den Eltern den Entschluß zum gemeinsamen Tode mit dem Kinde eingegeben hätten. Schriftliche Angaben über die eigentlichen Gründe der That habe B. nicht hinterlassen.

Vor den Augen seiner Tochter vergiftet hat sich der 52 Jahre alte Arbeiter Gottlieb Ibsch aus der Casserstr. 14a. Der Mann war im Medizinischen Warenhaus in der Friedrichstraße angestellt. In den letzten Tagen klagte er über Magenbeschwerden. Gestern machte er frühzeitig Feierabend, ging nach Hause und legte sich wieder hin. Während seine 18 Jahre alte Tochter bei ihm vor dem Bette lag, zog er eine Schachtel unter der Decke hervor und verstaubte mehrere Sublimatpillen. In bedenklichem Zustande wurde der Lebensmüde nach dem jüdischen Krankenhause gebracht.

Eine seltene Frechheit bewies ein alter Juuthändler Wilhelm Knip, der sich dem Schlafkleidiebstahl zugewandt hatte, als es mit den Einbrüchen nicht mehr gehen wollte. Nachdem er schon eine Reihe von Wictimen bestohlen hatte, kam er in der Bergstraße in ein Quartier, aus dem nicht viel zu holen war, was sich für ihn geeignet hätte. Um jedoch nicht umsonst gemietet zu haben, verschwand er nach der ersten Nacht morgens mit dem Bett, auf dem er geschlafen hatte, und verlegte es gleich in der Nachbarschaft. Die Wirtin ermittelte noch am selben Tage ihr Eigentum, löste es aus und legte es wieder in das Bettel. Das hatte Knip beobachtet. Als er nun abends sah, daß die Frau ihre Wohnung verließ, schlich er sich rasch hinein, da er den Schlüssel noch besaß, stahl das Bett zum zweitenmal und schleppte es nun weiter weg zu einem andren Pfandhändler. Die zweimal Bestohlene wußte aber nicht einmal, wer ihr Mieter war, und als die Kriminalpolizei das Bett wieder ermittelte und aus der doppelten Beschreibung des Verpfänders Knip als den Dieb erkannte, hatte dieser längst wieder ein andres

Stadtviertel aufgesucht. Endlich kam jetzt der Zufall zu Hilfe. Eine Bestohlene sah ihren durchgebrannten Mieter auf der Straße und ließ ihn festnehmen.

Auf dem Ban, der in der Alten Jakobstraße 21 errichtet wird, ist gestern der Arbeiter Otto Hartwig aus der Melchiorstraße 31 verunglückt. Beim Emporziehen eines eisernen Trägers kippte der Post um, so daß Hartwig am Bein schwere Verletzungen erhielt. Der unverheilte Arbeiter wurde in einem Krankenwagen nach der Charité gebracht.

Die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte giebt hiermit bekannt, daß die am Sonntag, den 13. d. Mts., vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, stattfindende Versammlung, in welcher Herr Professor Dr. Reisser aus Breslau über „Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten“ spricht, keine öffentliche Versammlung ist. Der Zutritt ist nur den Krankenkassen-Vorstandsmitgliedern und Verwaltungsbeamten mit Einlaßkarten gestattet. Begleiter müssen mit dem Kassentempel versehen sein. Ohne Einlaßkarte hat niemand Zutritt.

Die Freie Photographische Vereinigung veranstaltet in ihren Vereinsräumen, Unter den Linden 11, vom Sonnabend, den 12., bis Montag, den 14. März, eine Ausstellung von photographischen Statuetten, Kartons und Kartonpapieren. Die Ausstellung ist an den beiden Wochentagen von 10—5 und Sonntags von 10—2 Uhr geöffnet und steht deren unentgeltliche Besichtigung allen Interessenten frei.

Orgelkonzert. Frau Klara Bindhoff, deren Schülerinnen Fräulein Margarete Schmidt, Fräulein Gertrud Dittreich und Fräulein Käthe Hoffmann, der Violinvirtuose Herr Julius Kuthstrom, Herr Paul Schindler und der Klaviervirtuose Herr August Schindler werden den Dienstlichen Orgelkonzert in der Marienkirche am Montag, den 14. März, abends 7 1/2 Uhr, durch Chöre, Orgel, Duette, Arien, Lieder, Violin- und Orgelstücke unterhalten. Der Eintritt ist frei.

Theater. Die Sonnabend im Schiller-Theater N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) stattfindende Aufführung des Schauspiel „Bantafana“ ist die letzte Vorstellung dieses Stückes im Abonnement. — Im Metropol-Theater beginnt die heutige Eröffnung der neuen großen dramatischen Revue „Ein tolles Jahr“ von Julius Freund, Musik von Victor Hollaender, nicht wie bisher um 8 Uhr, sondern bereits um 7 1/2 Uhr; ebenso die folgende erste Sonntagsaufführung. — Carl Weiß-Theater. Das Schauspiel „Zwei Frauen“ geht seiner 25. Aufführung entgegen; am Dienstag, 15. März, geht zum Benefiz für Ernst Ritterfeldt die parodistische Singspiel „Japanfreud“ von Eva Paulein in Scene.

Aus den Nachbarorten.

Steglich. Zu der Gemeindevahl ist noch zu berichten, daß in der zweiten Klasse die Kandidaten des Kommunalvereins, die Herren Ehardt und Richter, mit 284 Stimmen wieder resp. neu gewählt wurden. Die Kandidaten des Mietervereins brachten es nur auf 81 Stimmen. — In der ersten Klasse wurden die bisherigen Vertreter Vorjlow und Klein mit 62 Stimmen „ernannt“, da Gegenkandidaten nicht aufgestellt waren.

Mit den Stichwahlen der dritten Klasse, welche am 16. März im 2. Bezirk und am Donnerstag, den 17. März, im 1. Bezirk stattfanden, beschäftigte sich gestern eine kombinierte Sitzung des Wahlkomitees und des Wahlvereins-Vorstandes. Es wurde einstimmig beschloffen, den Parteigenossen zu empfehlen, bei der Stichwahl im 2. Bezirk Stimmhaltung zu üben. Zur Stichwahl im 1. Bezirk zwischen unsern Kandidaten Kriß Hamburg und Wilhelm Kuthscher und denjenigen des Mietervereins wurde beschloffen, am Sonntag, den 13. März, ein Flugblatt zu verbreiten und am Mittwoch, den 16. März, eine öffentliche Versammlung bei Schellhase, Ahornstr. 15, abzuhalten. Parteigenossen! Obwohl sich der Kommunal- und Mieter-Verein im zweiten Bezirk aufs heftigste bekämpfen, ist doch mit Bestimmtheit anzunehmen, daß sich die feindseligen Kräfte im ersten Bezirk zur Bekämpfung der Socialdemokratie unterziehen. Daraus ergibt sich, daß wir rathlos agieren müssen, wenn wir die vereinigten Gegner schlagen wollen. Darum erscheint vor allem am Sonntag früh möglichst zur Flugblattverbreitung und bemüht außerdem die wenigen Tage zur persönlichen Agitation unter den Lässigen und Unwissenden. Es wäre eine Schmach, wenn die Partei, die bei den Wahlen zum Reichstag und Landtag die größte Stimmenzahl aufgebracht hat, bei den Gemeindevahlen unterliegen sollte. Das kann aber nur verhütet werden, wenn das Wahlkomitee die nötige Unterstützung findet, wenn jeder einzelne seine Pflicht erfüllt. Parteigenossen! Reigt, daß die von unsren Gegnern so oft beneidete Disciplin und Opferwilligkeit der Socialdemokraten auch in Steglich vorhanden ist, stellt Euch Mann für Mann dem Wahlkomitee zur Verfügung, dann müssen und werden wir siegen!

Treffpunkt zur Flugblattverbreitung ausnahmsweise nur bei Schellhase, Ahornstr. 15a, am Sonntag, den 13. März, früh 7 1/2 Uhr.

Johannisthal. Wegen der Ermäßigung des Kommunalsteuer-Zuschlages von 180 auf 160 Proz. kam es in den letzten beiden Sitzungen der Gemeindevertretung zu erregten Auseinandersetzungen. Nach dem vom Gemeindevorsteher aufgestellten Voranschlag würde sich eine Ermäßigung um 20 Proz. durchführen lassen, welche für die schnellere Entwicklung des Ortes nur von Vorteil sein kann, da bei dem hohen Zuschlag von 180 Proz. ein Zug größerer Steuerzahler nicht zu erwarten ist. Der Schöffe Knape und der Vertreter Mette, Scherfing, Rehbein und v. Trüttschler forderten jedoch die Beibehaltung der 180 Proz., sie wöllen von den 20 Proz. einen Fonds bilden, welcher dem Gemeindevorsteher für außerordentliche Ausgaben zur Verfügung stehen soll. Gegen diese Annahme von Geldern aus den Steuerzuschlägen wandte sich der Gemeindevorsteher, die Vertreter Dinald, Stuhrt und unsre Genossen Mertins und Mann, in bedingter Form auch der Schöffe Mitsching. Der Vertreter v. Trüttschler dokumentierte seine ablige Bestimmung dadurch, daß er dem Genossen Mann vorwarf, er müsse ja für die Ermäßigung eintreten, da er dafür bezahlt werde, außerdem hielt er es noch für nötig, von gewerksmäßigen Hebern und Stänkern zu erzählen. Auch die am Orte vorhandene Konsumenten-Organisation mußte herhalten, damit v. Trüttschler und der Schöffe Knape ihrem bedrängten Herzen Luft machen konnten. Wegen des Ende der Beratung verließ der Schöffe Mitsching Familienverhältnisse halber die Sitzung, so daß die Anhänger der 180 Proz. in gleicher Stärke mit den Anhängern der 160 Proz. anwesend waren. Den Schöffen Mitsching, dessen Mandat jetzt abläuft, suchte der Vertreter v. Trüttschler mit den Worten zurückzuhalten: Wenn Sie nicht hierbleiben, werden Sie nicht wiedergewählt. Da diese Drohung nicht die gewünschte Wirkung hatte, stellte v. Trüttschler einen Vertragsantrag, der aber mit Stimmgleichheit, wobei die Stimme des Gemeindevorstehers den Ausschlag gab, abgelehnt wurde, worauf der Schöffe Knape, die Vertreter Mette, Scherfing, Rehbein unter Führung des Herrn v. Trüttschler die Sitzung verließ, so daß sie wegen Beschlusunfähigkeit geschlossen werden mußte.

Aus Schöneberg wird uns mitgeteilt: In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde das Ortsstatut betreffend die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf selbständige Gewerbetreibende (Hausindustrie) mit einem Einkommen bis 2000 M. angenommen. Die Ausdehnung erstreckt sich auch auf die im Kommunaldienst beschäftigten Arbeiter, soweit diese nicht durch § 1 des Krankenversicherungsgesetzes bereits versicherungspflichtig sind. Die Reinemache-Frauen, die so lange nicht versicherungspflichtig waren, fallen nunmehr auch unter das Gesetz. — Gegen die Wahlen der verschiedenen Deputationen hatten unsre Genossen Protest eingelegt, weil man sie bei keiner berücksichtigt hat. Nachdem eine Stunde lang gewählt worden war, wurde auf Vorschlag des Vorstehers um ein Uhr in der Volksbühnen-Deputation zuerkannt, in die unser Genosse Bäumer

delegiert wurde. — Bei der Ausschreibung betreffend die Abfuhr des Straßenabfalls war der Fabrikbesitzer Knauer der billigste. Seine Genossen stellten den Antrag auf Uebernahme der Abfuhr in eigene Regie und falls der Antrag abgelehnt werde, einen Antrag auf nochmalige Ausschreibung; beides wurde abgelehnt.

Die nächste Stadtverordneten-Sitzung findet Mittwoch statt.

Pankow. Der Gemeindehaushalt für das Rechnungsjahr balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 2.901.315,45 M., das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 510.875,78 M. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus dauernden Einnahmen mit 705.883,79 M., aus einmaligen und außerordentlichen Einnahmen mit 860.018,68 M. Der Voranschlag für die Kasse beträgt 100.700 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 11.200 M. Für die Volksschulen sind 178.000 M. angesetzt, gegen das Vorjahr ein Mehr von 24.500 M. Für die Armenverwaltung sind 66.200 M., für die Kanalisation 806.733 M. ausgeworfen. Für das Wasserwerk sind 146.900 M. ausgeworfen, gegen das Vorjahr ein Weniger von 15.140 M. Dieser Ausfall ist herbeigeführt durch den Beschluß der Gemeindevertretung, den Wasserzins von 20 auf 15 Pf. herabzusetzen. Die Herren Grundbesitzer haben durch diesen Beschluß 15.140 M. aus dem Gemeindefiskus in die eigene Tasche praktiziert. Um diesen Ausfall wieder auszugleichen, erhöhte man die Hundesteuer von 15 M. auf 20 M. und erzielt daraus ein Mehr von 2500 M., vorausgesetzt, daß kein Hundebesitzer sein Tier abschafft. Das nennt man in Pankow Steuerreform. Der Voranschlag für das Mieselgut Mühlenbesitz beträgt 127.350 M. Das Vermögen der Gemeinde an mobilien und immobilien Kapital beliefert sich auf 5.018.413,25 M. Die Schulden belaufen sich auf 3.299.539,40 M. Die Einnahmen aus indirekten Steuern betragen 100.100 M., aus direkten Steuern 479.970. An Kreissteuern sind am Kreise abzuführen 90.000 M. Für Zinsen und Amortisation der Gemeindeforderungen sind aufzubringen 145.063,05 M.

Besonders hervorzuheben ist, daß die an den Kreis zu zahlende Steuer in der Höhe von 14.364,26 M. als Einnahme in den Etat eingeleitet ist, obwohl noch nicht festgestellt, daß der Kreis die Summe zurückzahlt.

Ober-Schöneweide. Die Gemeindevertretung erneuerte in der letzten Sitzung den Beleuchtungsvertrag mit den Berliner Elektrizitätswerken auf weitere fünf Jahre. Neu ist in diesem Vertrage, daß die Gemeinde — falls sie vor zehn Jahren einen anderweitigen Vertrag schließt — verpflichtet ist, die Standeplätze und Ausleger zu erwerben. — Der schon des öfteren zur Verhandlung gestellte Antrag: die Zahl der Gemeindevertreter auf 15 oder 18 zu erhöhen, wurde abgelehnt, nachdem Genosse Grunow noch einmal den Standpunkt der Mehrheit einer Kritik unterzogen hatte. — Der Voranschlag des Etats pro 1904 schließt im Hauptetat einschließlich 12.000 M. laufender Einnahme und 139.500 M. laufender Ausgabe für Schul- und Kirchenwesen mit 379.200 M. in Einnahme und Ausgabe ab.

Der Rebenetat I, Schul- und Kirchenwesen (einmalige Einnahme und Ausgabe), verzeichnet 400.100 M. Einnahme und Ausgabe und erklärt sich aus dem in Aussicht genommenen Bau der dritten Volksschule. — Der Rebenetat II des Kanalisationswerkes zeigt 53.200 M. laufende und 111.000 M. einmalige Einnahmen und Ausgaben. Letztere sind nötig für Erweiterungsbau und Schuldenliquidation. — Im Rebenetat III, Friedhofsbewirtschaftung, sind 4890 M. Einnahme und Ausgabe zu verzeichnen. Der Rebenetat IV, Brückenbau, weist 150.000 M. Einnahme und Ausgabe auf. (Zertifikatsverkauf.) Insgesamt balanciert der Etat 1904 mit 1.098.490 M. Einnahme und Ausgabe. — Die einzelnen Positionen sollen in der in nächster Woche stattfindenden Sitzung beraten werden.

Gerichts-Zeitung.

Eine der üblichen Erpressungsanklagen gegen organisierte Arbeiter wurde am 9. März vor der Strafkammer des Landgerichts II zu Berlin verhandelt. An einer Eisenbahnunterführung zu Kallberge, die der Maurermeister Conrad aus Alt-Landsberg ausführt, arbeitete im Oktober 1903 eine Anzahl organisierter Maurer und Bauarbeiter. Eines Sonntags beschloßen sie, am folgenden Montag die Organisationspapiere vorzulegen. Der Maurer Hanne, der früher dem Centralverband der Maurer angehört hatte, dann aber ausgesprochen war und sich beleidigend über ihn ausgesprochen hatte, war ohne Organisationspapiere, versprach aber, sie beizubringen; nur zum Widerruf der ausgesprochenen Beleidigung wollte er sich nicht verstehen. Bei den Erörterungen darüber sollen der Bauarbeiter Fleischmann und der Maurer Matthies versucht haben, ihn durch Beleidigungen zur Teilnahme an der Organisation zu bewegen. Zugleich wird darin eine Erpressung gesehen. Fleischmann bestreitet nicht, Ausdrücke der Geringschätzung gebraucht zu haben, behauptet aber, daß diese sich auf die Persönlichkeit des Hanne bezogen und nicht bezweckt hätten, Hanne in die Organisation hineinzubringen. Es wäre ihm ganz gleichgültig, ob die Organisation in Hanne ein Mitglied mehr hätte und ob sie dessen Beiträge erhielte, aber er wollte nicht mit einem Menschen zusammenarbeiten, der kein Solidaritätsgefühl und kein Interesse für die allgemeinen Angelegenheiten hätte. Er hätte mit solchen Leuten zu unangenehme Erfahrungen gemacht. Es wird auf dem Strafregister des Hanne festgestellt, daß er schon wegen Diebstahls und wissentlich falscher Anschuldigung zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe und Polizeiaufsicht verurteilt worden ist.

Hanne verließ schließlich am Montagmorgens den Bau, angeblich um sich Papiere zu besorgen, obgleich ihm zugeredet wurde, das ein andres Mal zu thun, in Wahrheit, um seine Kollegen beim Arbeitgeber zu denunzieren. Am nächsten Morgen erschien er wieder, worauf die Maurer sich weigerten, mit ihm zu arbeiten. Der Polier Gädde, dessen Pflicht es war, den Bau zu beschleunigen, ordnete darauf an, daß Hanne warten sollte, bis der Meister käme, worauf die andern die Arbeit fortsetzten. Dabei soll Gädde gesagt haben: „wegen eines solchen Schlumpfes können nicht neun Familien feiern.“ Als Conrad zum Bau kam, wollte er zwar zunächst Fleischmann entlassen, begann sich aber doch, als die andern sich mit ihm solidarisch erklärten, eines besseren, und nahm Hanne, von dem er selbst sagte, daß er nicht viel taugte, nach einer andern Arbeitsstelle, worauf die Arbeit ungestört und friedlich fortging.

Der Staatsanwalt ließ auf Grund dieses Verhandlungsergebnisses die Anklage wegen Erpressung überhaupt und gegen Gädde auch die wegen Gewerbevergehens fallen, beantragte jedoch gegen Fleischmann und Matthies wegen Gewerbevergehens und Beleidigung sechs bzw. vier Wochen Gefängnis und gegen Gädde wegen Beleidigung 30 M. Geldstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt

Wolfgang Heine, widersprach der Verurteilung wegen Gewerbevergehens. Wenn die Angeklagten sich geweigert hätten, mit Hanne zusammenzuarbeiten, und wenn sie ihm ihre Mißachtung zu erkennen gegeben hätten, so wäre das, abgesehen von der Persönlichkeit Hannes eben nicht geschehen, um ihn dadurch zu bewegen, der Organisation beizutreten, sondern weil ihr Ehrgefühl sich dagegen sträubte, mit einem Menschen, der keinerlei Interesse für die Standespflichten hätte, zusammen zu sein, und weil sie von solchen Leuten mit Grund Demütigungen und Störungen der Arbeit befürchteten.

Das Gericht ging wesentlich unter die Strafanträge des Staatsanwalts herab, verurteilte aber doch Fleischmann zu zwei Wochen, Matthies zu einer Woche und Gädde zu 15 M. Geldstrafe.

Bom Karpfischer-Prozess Schriber in Tüft. Bevor Professor Dr. Puppe sein Generalquartier errichtete, ereigneten sich zwei bemerkenswerte Zwischenfälle. Der eine war, daß sich Schriber, in die Enge getrieben, plötzlich als Anhänger des Gesundheitsbessers deklarieren, der andre, daß eine Patientin, eine alte Frau, die wider Schriber ausgesagt hatte, sich nicht zur Ableistung des Zeugnisses verhalten wollte. Obwohl der Vorsitzende bat und drohte, erklärte sie hartnäckig: Ich habe dem lieben Gott meine Seele versprochen, wie kann man da noch verlangen, daß ich schwöre. Ich bin eine alte Frau, machen Sie mit mir, was Sie wollen. Und wenn Sie mich ins Gefängnis thun, ich schwöre nicht! Der Vorsitzende hält ihr vor, daß infolge ihrer Weigerung der ganze Prozess auf zwei Monate verlagert und sie während dieser Zeit in Haft gehalten werden könnte. Sie bleibt jedoch dabei, daß sie bei ihrem Alter nicht mehr schwören dürfe. Der Angeklagte bittet darauf, um eine Unterredung mit der alten Frau gestatten zu wollen. — Vor.: Wir werden sie einfach morgen wiederkommen lassen. Aber in Strafe muß sie genommen werden.

Am nächsten Tage gelang es endlich, die Bedenken der Greisin zu zerstreuen. Der Vorsitzende nahm vor ihr Platz und redete ihr in liebenswürdiger, sanfter Weise zu, doch den Zeugniss zu leisten. Sie müsse den Eid doch schließlich allein tun und könnte vielleicht durch ihre Weigerung einen Menschen unglücklich machen. Die alte Frau brach darauf in Thränen aus und erklärte: Sie verstehe nach wie vor nicht, weshalb sie schwören solle. Wenn alle Menschen so wären, wie sie, brauchte man überhaupt kein Gericht. Auf nochmaliges Zureden leistete sie dann aber den Eid. Damit ist die Zeugenvernehmung beendet und es folgt das Generalquartier der Sachverständigen Dr. Puppe, Dr. Lehrendt und Dr. Lengnick, die selbstverständlich gegen den Angeklagten ausfallen. Auf Befragen bestätigt der Sachverständige Dr. Lengnick dann noch als Zeuge, daß der Angeklagte am 5. Mai v. J. einen Fluchtversuch aus der hiesigen Heilanstalt unternommen hat, indem er im Korridor des ersten Stockes ein Fenster öffnete, etwa zwei Meter hoch hinaufsprang und in Anstaltskleidern die Königsbergerstraße entlang lief, wo ihn ein Nachschuttmann festnahm. Der Sachverständige hält den Sprung nicht für einen Lebensgefährlichen.

Zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet wurde der Kärntner Johannes Dombel aus Nixdorf, weil er Militärhosen im Werte von 100 M. unterschlagen hat. In den Monaten Juni bis September v. J. war D. beim Bekleidungsamt der 2. Compagnie des Garderegiments mit der Anfertigung von Mützen beschäftigt. Bei dieser Gelegenheit hat er es fertig gebracht, trotz aufmerksamer Kontrolle Militärhosen aus der Zukunftswerkstatt zu entwenden und beiseite zu schaffen, um sie gelegentlich zu verkaufen. So überließ er dem Kunstschlosser Emil Sälzle schwarzen Stoff zu einem Anzug, dessen Frau blauen Mantelstoff für zusammen 15 M. Dem Schlosser Wilhelm Strenke überließ er Stoff zu einem Anzuge für 12 M., und seiner Braut, der Arbeiterin Erna Schulze, schenkte er Stoff zu einem Paletot. Infolge dessen hatten sich familiäre genannten Personen neben Dombel wegen Hehlerei zu verantworten. D. war geständig, die übrigen Angeklagten bestritten entschieden, gewußt zu haben, daß D. die Stoffe entwenden habe. Das Nixdorfer Schöffengericht erachtete sämtliche Angeklagte für schuldig und erkannte gegen Dombel, wie angegeben, auf 1 Jahr Gefängnis, gegen den Chemiker Schulze auf 4 Monate Gefängnis und gegen die andern drei Angeklagten auf je 1 Monat Gefängnis.

Vom Polizeikampf gegen das Streikpostentrecht.

Wegen Streikvergehens stand gestern der Gürtler R. vor der Strafkammer. Er sollte sich während des großen Gürtler- und Drehtreierstreiks als Streikposten lästig gemacht und die berühmte Strafverordnung verletzt haben. Sicherung und Strafmandat waren auch für ihn die übliche Juagabe. Wie gewöhnlich, trat auch diesmal das Gericht in eine Beweisaufnahme darüber ein, ob sich während des Streiks irgendwelche Vorfälle ereignet hatten, die der Polizei eine berechtigte Handhabe bieten könnten, das Streikpostentrecht zu inhibieren. Bei dieser Gelegenheit bezeugte der als Zeuge geladene Polizeileutnant: Es sei vom Polizeipräsidium eine Anweisung an ihn ergangen, mit Rücksicht auf gewisse Verhältnisse bei dem Streik, sämtliche Streikposten ohne weiteres aus den Straßen und vor den Fabriken fortzuweisen. Aus persönlicher Wahrnehmung könne er über die angezogenen Verhältnisse allerdings nichts Bestimmtes aussagen. Das Gericht konstatierte auch hier wiederum, wie dies schon zu Hundert Malen geschehen ist, daß sich die Streikposten während der ganzen Dauer des Ausstandes nichts haben zu Schulden kommen lassen, was einen polizeilichen Eingriff in das Recht des Streikpostentnehmens irgendwie hätte rechtfertigen können und erkannte in Uebereinstimmung mit den Anträgen des Verteidigers auf Freisprechung.

Dieselbe Kammer entschied auch über eine Belästigung Arbeitswilliger, deren sich der Tabakarbeiter M. während des Streiks in der Cigarettenfabrik von Aravatti schuldig gemacht haben sollte. Der hier als Zeuge vernommene Polizeileutnant bezeugte, bei ihm hätten sich eine Menge Arbeitswilliger über Belästigungen seitens der Streikposten beklagt, u. a. habe ihm ein jüdischer Arbeitswilliger, Moses F., mit Hinweis auf den Angeklagten unter allen Zeichen der Angst berichtet, er habe sich vor diesem sehr „geforchten“, und sei mehrfach von ihm belästigt worden.

Auf die Frage des Vorsitzenden und Verteidigers, worin denn diese Belästigungen bestanden hätten, zieht der Leutnant sein Notizbuch und erklärt nach einem längeren Wägen in dasselbe, der Angeklagte habe zu den Arbeitswilligen etwa gesagt: Kollegen, arbeite hier nicht, hier ist Streik. Da dies die ganze „Belästigung“ war, so ließ sich das Gericht nicht einmal von der Schauer-geschichte des „johannischen Moses“ rühren, sondern sprach den Angeklagten mit der Begründung frei, daß dieser nichts weiter gethan habe, als was ihm das Streikpostentrecht gestatte.

Wandelstamm und Silberfarb brauchen nur als Streikbrecher nach Berlin zu kommen und alle offizielle Antipathie gegen sie verwandelt sich dann in eitel Liebe und Hochachtung. Sie sind dann

nicht mehr Schnorzer und Verschwörer, sondern im Geiste des Zuchthausstrafes die für den Staat besonders nützlichen Elemente.

Im Hochsapeleien schwerer Art handelt es sich in einem Prozesse, welcher gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II begann. Aus der Untersuchungshaft wurden der frühere Landwirt Gustav Marby und dessen Ehefrau Marie Marby vorgeführt, ein Ehepaar, welches es verstanden hat, jahrelang auf Kosten seiner Nebenmenschen ein gutes Leben zu führen. Der angeklagte Ehemann ist der Sohn eines Postkassiers. Er besuchte nur die Kommunalsschule, muß aber doch über vielfältige Kenntnisse verfügen, denn es ist erstaunlich, welche verschiedenartige Stellungen er in seinem wechselvollen Leben bekleidet hat. Bald war er Gutsinspektor, bald Schreiber bei einem Rechtsanwalt, bald Kaufmann, auch Bureaubeamter beim Berliner Magistrat ist er gewesen, nach neun Monaten aber wieder entlassen worden. Im Jahre 1899 wurde er wegen Urkundenfälschung und Betrages zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er trat diese Strafe nicht an, sondern wanderte mit seiner Familie nach Chile aus. Woher er die Mittel zu der Reise nahm und wovon er sich drüben ernährte, darüber hält er sich in Schweigen. Im Jahre 1901 kehrte er nach Europa zurück und von da ab soll er ein ledigliches auf Schwindeln beruhendes Leben geführt haben. Die Angeklagten legten sich plötzlich den Adelsittel bei und traten als „v. Marby“ auf. Als ihnen ein Kind geboren wurde, zeigten sie auf dem Standesamt Geburtsurkunden vor, die auf dem Namen v. Marby ausgestellt waren. Gerichtshemiler Dr. Jegerich hat mit Hilfe seines photographischen Apparats nachgewiesen, daß das Adelschild „von“ nachträglich eingefügt war. Herr v. Marby gab sich ferner als ehemaliger preussischer Oberleutnant aus, mit Vorliebe zeigte er das ihm vom Kaiser verliehene Patent, ja er war sogar im Besitze eines kaiserlichen Handschreibens. Aber auch auf wissenschaftlichem Gebiete wußte Herr v. Marby sich mit einem besonderen Nimbus zu umgeben, er war im Besitze eines von Professoren und Rektoren ausgestellten Attestes, daß er mit Erfolg die Universität besucht habe. Alle diese Papiere waren gefälscht. Die Angeklagten pflogen Verkehr mit den ersten Familien ihres jeweiligen Aufenthaltsortes, den sie häufig wechselten, bald wohnten sie in Lanzow, bald in Mariendorf, in Deutsch-Wilmersdorf wurden sie im Dezember v. J. verhaftet.

Die Angeklagten gaben die ihnen zur Last gelegten Straftaten zu, bestritten dagegen einige Fälle der Urkundenfälschungen.

Für die Verhandlung sind zwei Tage in Aussicht genommen.

Kuch „Opfer des Alkohols“. Einen schlechten Streich hat der Alkoholkenner der Arbeiter Karl Ostermann, Ostler Mierke und Friedrich Hah geistert, die gestern unter der Anklage des Diebstahls vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I standen. Die noch jugendlichen Angeklagten, denen der Anklageraum keine unbelaunte Größe ist, hatten sich eines Nachts zu einer Diebstahlsfahrt zusammen gethan. Sie wollten dem Kolonialwarenhandeler Paul Becker in der Feldstraße einen Besuch abstatten und zogen mit einem Kinderwagen, den sie zu diesem Zweck gestohlen hatten, vor das Biederische Geschäftslokal. Mit Hilfe vielbewährter Dietrich drangen sie dort ein und beluden den Kinderwagen mit allerlei schönen Kolonialwaren, insbesondere auch mit verschiedenen Schnabarten. Um sich bei dieser anstrengenden Beschäftigung zu kräftigen, ließen sie wiederholt eine Flasche kreisen und tranken nach Herzenslust, so daß sie nicht mehr ganz tollkühn auf den Fühen waren, als sie schließlich mit ihrer Diebesbeute davon fuhren. Der Wagen geriet bei der unruhigen Leitung wiederholt ins Schwanken und kippte plötzlich ganz um, so daß Jucker, Kaffee und Fleischwaren in einem großen plö-melo auf den Damm säurten. Bei dem Einladen zeigten sich die Angeklagten so ungeheuerlich, daß ihr Gebahren endlich einigen Passanten auffiel. Ein von diesen benachrichtigter Schutzmann nahm sie fest und konnte dem Beifolhnen von der Ergreifung der Eindreher früher Mitteilung machen, als dieser den Diebstahl überhaupt bemerkt hatte. — Der Gerichtshof verurteilte den am meisten belasteten und wiederholt vorbestraften Hah zu 1 Jahr 6 Monaten, Ostermann zu 6 Monaten, Mierke zu 4 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von je einem Monat Untersuchungshaft.

Freisprohen wurde der Klempner R. Schubert und der Gärtler R. Schmidt von der Anklage, sich gegen den § 153 der Gewerbeordnung vergangen zu haben. Während des Gürtlerstreiks sollen sie den in der Alsenbwaren-Handel von Mündmeyer u. Co. als Streikbrecher beschäftigten Gürtler Wald bedroht haben. Die Anklage erwies sich aber nach der Vernehmung des angeblich bedrohten Zeugen Wald als haltlos, so daß auf Antrag des Verteidigers Dr. Heilmann wie schon bemerkt, beide Angeklagte freigesprochen wurden.

Marktpreise von Berlin am 10. März 1904

| nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums. | | | | | | |
|---|-------|-------|-------------------------|-----------|-------|------|
| *Weizen, gut D.-Gr. | 17,35 | 17,92 | Kartoffeln, neue D.-Gr. | 7,00 | 6,00 | |
| „ mittel | 17,29 | 17,26 | Rindfleisch, Rente 1 kg | 1,80 | 1,30 | |
| „ gering | 17,23 | 17,20 | „ „ „ „ | 1,40 | 1,10 | |
| *Roggen, gut | 13,10 | — | Schweinefleisch | 1,60 | 1,00 | |
| „ mittel | — | — | Rindfleisch | 1,80 | 1,20 | |
| „ gering | — | — | Hammelfleisch | 1,80 | 1,20 | |
| †Gerste, gut | 14,40 | 13,40 | Butter | 2,80 | 2,00 | |
| „ mittel | 13,30 | 12,30 | Eier 60 Stück | 4,40 | 3,00 | |
| „ gering | 12,20 | 11,20 | Rapsen 1 kg | 2,40 | 1,20 | |
| †Hafer, gut | 15,50 | 14,50 | Hale | 3,00 | 1,40 | |
| „ mittel | 14,40 | 13,50 | Hander | 2,80 | 1,20 | |
| „ gering | 13,40 | 12,50 | Hechte | 2,20 | 1,20 | |
| Nichtstroh | 4,00 | 3,50 | Barfche | 1,80 | 0,80 | |
| Heu | 7,00 | 4,60 | Schote | 3,00 | 1,40 | |
| Erbsen | 40,00 | 28,00 | Stiele | 1,40 | 0,80 | |
| Speisebohnen | 50,00 | 26,00 | Krebfje | per Schod | 15,00 | 3,00 |
| Winsen | 60,00 | 25,00 | | | | |

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsbericht vom 11. März 1904, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer hoch mm | Windrichtung | Wolkenhöhe | Wetter | Stationen | Barometer hoch mm | Windrichtung | Wolkenhöhe | Wetter | |
|---------------|-------------------|--------------|------------|--------|------------|-------------------|--------------|------------|--------|-----|
| Emmende. | 760 | WS | 2bedekt | 1 | Haparanda | 769 | SW | — | Rebel | -21 |
| Darmstadt | 764 | WS | 4bedekt | 1 | Betersburg | 773 | WS | 1 | Schnee | -11 |
| Berlin | 761 | WS | 2bedekt | 2 | Gotz | — | — | — | — | — |
| Frankf. a. M. | 763 | WS | 2Regen | 3 | Überden | — | — | — | — | — |
| München | 763 | WS | 3Regen | 5 | Paris | 769 | WS | 3bedekt | 3 | — |
| Wien | 762 | WS | 2wollig | 7 | | | | | | |

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 12. März 1904.
Zunächst neblig, später aufklarend, am Tage etwas wärmer bei schwachen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.
Sonntag, den 20. März 1904, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer No. 15:
Ordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung: 1. Rechnungslegung für das Jahr 1903 durch den Kassendirektor. 2. Bericht des Rechnungsausschusses bzw. Decharge-Erteilung. 3. Antrag des Vorstandes auf Aenderung des Kassensatzes. 4. Ersatzwahl des Vorstandes (zwei Arbeitnehmer). 5. Verschiedenes.
Der Vorstand.
J. Blenz, Vorsitzender. O. Wenzel, Schriftführer.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** höchster Preis für Ausstellungen.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Konstruktionslehre.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstrasse 92.

Scheruchs Festsäle
Rüdersdorferstrasse 45.
Vollsonntag und Sonnabend im April frei geworden! Empfehle meinen großen Saal, Vereinszimmer und Garten zu Sommerfesten bei coulantesten Bedingungen.
Albert Scheruch, Besitzer.

Für das Auge
ob weit, kurz oder übersichtig, ist es von größter Wichtigkeit, das richtig passende Augenglas zu erhalten. Insbesondere angepaßte und best. liegende Brillen und Pince-nez sind in dem Institut für Brillen-Optik von
Carl Buttendorff,
Berlin N., Weinbergsweg 15b (s. Laden vom Rosenhald. Thor)
in allen denkbaren Ausführungen erhältlich.
Nickel-Brillen u. Pince-nez v. M. 1.50 - 4.00
Doblé- „ „ „ „ „ 3.50 - 13.00
Eleg. Gold-Brillen u. Pince-nez „ „ 8.00 - 40.00
Spezialität: Theater- u. Reise-Perspektive
mit Perlmutter, Eisenblech, Schildpatt- und schwarzen Körpern, nur scharfe Gläser, von M. 4.50 - 60.00.
Bitte genau auf Firma und Haus Nr. 15b achten.

Cigarren-Fabrik-Lager

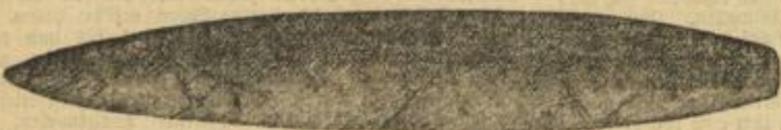
Rosenstrasse 18, I. Etage (nahe Bahnhof Börse).

Billigste Bezugsquelle für Händler!

Beweis unsrer Leistungsfähigkeit:
(Originalgrößen)



lange Einlage, p. Mille N. 16, -



garantiert rein überseeisch, p. Mille N. 22,50

sowie grosse Auswahl in: Havana-, Sumatra-, Vorstenlanden-, Mexico- u. Brasil-Cigarren in allen Preislagen.

Verkaufszeit: 8-1 Uhr u. 2 1/2-8 Uhr.

BELL & Co.

Rosenstr. 18 I. Etage.

Servus ist das Beste und das Billigste

Lederputz- und Konservierungsmittel, macht Schuhe und Stiefel weich, spiegelblank, wasserdicht, geschmeidig und doppelt haltbar.

Man verlange den echten Servus in Dosen à 20 Pf. in Droguen-, Seifen-, Schuh- u. Kolonialwaren-Handlungen. Fabrik. Lubozynski & Co., Berlin NO. 18.

Wo?

ist der schönste Ort für Landpartien und Ausflüge per Dampfer, Kramler und zu Fuß durch den Grunewald zu erreichen? Auf der Insel Fickelsdorfer, Wirtshaus zum Freund. Bei schlechtem Wetter Unterkunft für 1500 Personen.

Dr. Schönemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11

60 Rosenthalerstrasse 60

erste Etage - „Avanti“

werden die enormen Waren-Restbestände der aus der

Konkursmasse

Goldschmidt & Co. C. Heine stammenden und andern Waren (sobald wie möglich) ausverkauft werden.

Eine Partie Heberzieher
jezt 6, 10, 11 1/2, 18, 23, 28, 33 W.

Eine Partie Anzüge
jezt 6 3/4, 8 1/2, 14, 16, 21, 28, 31 W.

Eine Partie Burthen- und Knaben-Anzüge
jezt 1,65, 2 1/4, 3 1/4, 5, 7 3/4, 10, 11 1/2, 15 W.

Eine Partie Herren- und Knaben-Hosen
50 Pf., 1 1/4, 3, 3 1/2, 4 3/4, 6 1/2, 8, 9 1/2, 11 W.

Knaben-Garderoben vom einfachsten bis zum elegantesten in allen Facons für einen Spottpreis, wie eine Neuen-Answahl in Konfirmanten - Anzügen,

so daß der Armen Vermögen sein Kind für wenig Geld schön kleidet zur Konfirmation (schiden kann). Kleiderhändler finden bei diesen Preisen keine Berücksichtigung mehr. Wenn auch schon so manche Kaufgelegenheit dem Publikum geboten wurde, so stellt dieser Warenverkauf alles bisher Dargebotene in den Schatten, indem es sich hier einzig darum handelt, ohne Rücksicht auf sonstige Preise die Warenvorräte umgehend abzusetzen. Jede Größe u. Waite ist in Riesen-Auswahl am Lager. Verkauf nur gegen Bar.

60 Rosenthalerstr. 60
erste Etage. - „Avanti“.

Schmökewitz Gasthaus zur Palme

am Zebbinsee. (Endstation der „Storn“-Dampfer).

Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
Empfehle mein altes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfheizung, Regelmäßige große Kaffeeläden. Tische, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Weich-Verlauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knopfnähte. Halbbare Blat-Teile. Große Hüften umfassen. Die Hose bei Entnahme von 6 Stück 25 W. **4 W. 50**
Schöneblauer Monteur-Jackett 1 W. 90
Schöneblauer Monteur-Hose 1 W. 50
Schöneblauer Monteur-Jackett Prima Ripper-Gewebe 2 W. 50
Schöneblauer Monteur-Hose Prima Ripper-Gewebe 2 W. 10
Manchester-Hose 8,75, 5,50, 4,50, 3 W. 50
Gejütert. Wandst. Jackett 14,50 8,75
Weiße Herren-Jackets 3,50, 2 W. 75
Ständler-Jacken, dreiflig 4 W. 50
Waler-Kittel 3, 2,50, 2 W. -
Rechtlicher-Kittel (braun) 3, - 2 W. 40
Weiße Leder-Jackets, dreiflig 7,50, 3 W. 75
Weiße Lederhosen 4,50, 2 W. 90
Reifeleimer-Anzüge, blau, nach Vorschrift 5 W. 50
Die Preise gelten für normale Größen. 39112

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chaussee 21a/25, Brückstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 23. Preisliste 1904 wird kostenlos und portofrei angelegt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 39112
- Versand von 20 W. an franco. -

Hüte in allen Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher, Dresdenerstr. 100, an der Prinzenstrasse 4120L.
Für Laubenbauer
Breiter, Latien, Stiele, Dachpappe, Spalierleihen billig. 44212
Charlottenburg, Börsenstr. 83.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Schankgeschäft, gut gehend, wöchentlich zehn Halbe Bier, zwei Halbe Weibler, umständlicher zu verkaufen. Park, Topfstr. 79. 4100*

Wichtig Quadranten, 1000 Mark, halb eingezahlt, verkauft Gastwirt Wirt, Fiedersdorf. 2496*

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Vorjährige Herrenanzüge, Winterpaletots, Reifselber, aus feinsten Stoffen, preisbillig käuflich, Sonn- tagsverkauf. Deutsches Verbands- haus, Säckerstr. 63, I. 20832*

Heberzieher, Herrenanzüge, wenig getragene, Monatsgarderobe von 6 Mark an. Große Auswahl, auch neue, zurückgehe, fast man an billigen direkt nur beim Schneid- meister Fickelsdorf, Rosenhauer- str. 15 III. 21768*

Wagereise 8,00, Postreise 3,00, Reisehandlung, Lichterbergerstr. 9.

Weiße Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Husfabrik, Comptoir Neue Friedländerstr. 81 I, Ecke König- str. 1, früher Kaiserstr. 25A. Sonntags geöffnet.

Teppiche! (Kleiderhülle) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Nadelstr. Markt 4, Bahnhof Börse. 93/22*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstr. 35 b. 21748*

Möbelverkauf. In meiner Möbel- fabrik, Gneisenaustr. 15, am Falken Thor, lassen viele Woh- nungs-Einrichtungen, verleihe ge- wohnliche und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch- elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verleihe gewesener und zurückgeleiteter Möbel, die noch fast neu sind und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderpind 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matr. 20, Kuschel- stühle 35, Salongarnitur, Büschgarnitur 105, Kuschelstühle 40, gefüllte Büffels, Büschelstühle, Paneelsofa mit Sattelstühlen 85, Schreibisch 40, Schreibeisen, englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Vorgehen, Salons, Almhäuser, auch Vorgehen, sehr billig. Gefüllte Möbel werden 3 Monate kostenfrei ausbe- nutzt, durch eigene Gespanne geliefert, auch nach außerhalb. Nachdruck gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 21788*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgeleitete, spottbillig. Schneider, Kurfürsten- str. 172. 22326*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Voll- ständige genügt. Frankfurter Allee 10, am Ringbühl. 4142*

Wasch- und Bringmaschinen, beste Qualität, billige Preise. Bei An- zahlung coulant Bedingungen. E. Hellmann, Gollnowstr. 20, nahe der Landsbergerstr. 2060

Malkrautbier, bläulich, für Diätener, Brustkrank, Schwächliche, Gemüthsunruhe, bessere Geschm- acke, überaus gesund. 14 Malchen 6 Mark, 1/2 Tonne 8,50 exklusive. Nicht Glasmenge, Qualität ent- scheidet. Portier-Kellerei Ringler, Bernauerstr. 119. 1067*

Cigarren, 2000 Kiste, 16, 18 bis 20 Mark 100, nur reelle, gut abgelagerte Ware. Expeditionspreis Neue Fried- richtstr. 6. 21584*

Verschiedenes.

Patentanwalt Dammann, Koch- platz 57. 2168b

Steuerberatung, Gerichtsflagen, Strafsachen, Unfallachen, Schan- delachen, Rechtsbureau Bullof, Sta- licherstr. 141. 2492b

Rechtsbureau (Alexander-Platz) 1, Kurze Str. 10, Gerichtsbil- hand, Strafsachen, erfolgreiche Rechts- hilfe! Eingabengeld! 117/20*

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünbergweg vierundzwanzig. Lang- jähriger Gerichtsbeistand! Erfolgreiche Materielle! Eingabengeld! 2422b*

Rechtsbureau Brunnenstr. 12, Prozeßbeistand, Ehe- sachen, Strafsachen, Alimentsachen, Willkürsachen, Eingabengeld, Mat- terielle. 2460b

Der Stoff hat? Fertige Herren- anzüge mit Futterlagen 15,00, Wagner, Schneidermeister, Lichterbergerstr. 9 (Palladenstr.). 7916*

Kunstlopferei von Frau Kolodis, Steinmetzstr. 48, Duergebaude hoch- parterre.

Auspolierung! Sofa 5,00, Matr. 4,00, auch auserm Hause. Bachmann, Blumenstr. 35 b. 21788*

Auspolierung jeder Art, auch neu, macht reell. Förster, Palladen- str. 46. 751*

Fahrradgeschäft, auch besetz, Hag- laff, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Bücher lauff, beliebt Antiquariat Kochstr. 56, I. Amt I. 8831.

Weraud Konzert- und Spezial- läden - Garten Schwedterstr. 23, 1500 Personen fassend, an Vereine zu Sommerzeiten zu vergeben. 21793*

Saal! frei zweiten Obergeschoss, Annenstr. 16. 2498b*

Kind, das läuft, findet Pflege bei Geyer, Tharstr. 3, Paradiesgasse.

Rechtsbureau, Steuerflagen, früherer Gerichtsbeamter, Schul- str. 2. 4100*

Kleber, Tapezierer, Wedding, Sonntag Frühprange Kunitzstr. 6.

Gesucht einfache, gebrauchte Bett- stelle, Kommode, Küchenschrank, Matr. 20, zwei tüchtige Händler werden Preisabgabe an Wagner, Stromstr. 25, III. 485

Vereinssokal, Vullenauf 51, noch einige Lage zu vergeben, während der Umzugsarbeiten zwei Zimmer zur Verfügung. 25185

Empfehle den Genossen meine Brau- und Blumenbinderi August Leube, Wangenstr. 11 und Markt- halle 9, Eisenbahnstr. 2, Stand 251. 722*

Verkaufe.

Ringelstücken, Bobbin, Schneid- näder, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstr. 60/61, Grenzauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 4195*

Staubend billig verkaufe meine aus 4 Zimmern bestehende Möbel, Büschelstühle 33, -, Paneelsofa, Kuschelbetten mit Federmatratzen 32, -, Teppiche, Gardinen, Tisch- decken, verschiedenes. Schönhauser Allee 55, parterre. 24306*

Möbelmagazin Meier, Invaliden- str. 38, liefert Möbel, Teppiche, Gardinen. Ganze Ausstattungen, einzelne Stücke. Beste Ausführung, billigste Preise. Coulant Bedin- gungen. 21578*

Möbelverkauf, passende Ge- legenheit für Brautleute. Die Möbel- fabrik Schützenstr. 2, Ecke Friedrich- str. 38, liefert komplette Wohnungs- einrichtungen zu 100, 200, 300, 400 Mark, hochlegante Einrichtungen bis zu 10000 Mark und darüber. Teil- zahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Staubend billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit verleihe gewesenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderpind 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matr. 20, Kuschel- stühle, Vertikos 35, Salongarnitur, Büschgarnitur 105, Kuschelstühle 40, gefüllte Büffels, Büschelstühle, Paneelsofa mit Sattelstühlen 85, Schreibisch 40, Schreibeisen, englische Schlafzimmern, Speisezimmer in Eisen, auch Vorgehen, Salons, Almhäuser, auch Vorgehen, sehr billig. Gefüllte Möbel werden 3 Monate kostenfrei ausbe- nutzt, durch eigene Gespanne geliefert, auch nach außerhalb. Nachdruck gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 21788*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgeleitete, spottbillig. Schneider, Kurfürsten- str. 172. 22326*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Voll- ständige genügt. Frankfurter Allee 10, am Ringbühl. 4142*

Wasch- und Bringmaschinen, beste Qualität, billige Preise. Bei An- zahlung coulant Bedingungen. E. Hellmann, Gollnowstr. 20, nahe der Landsbergerstr. 2060

Malkrautbier, bläulich, für Diätener, Brustkrank, Schwächliche, Gemüthsunruhe, bessere Geschm- acke, überaus gesund. 14 Malchen 6 Mark, 1/2 Tonne 8,50 exklusive. Nicht Glasmenge, Qualität ent- scheidet. Portier-Kellerei Ringler, Bernauerstr. 119. 1067*

Cigarren, 2000 Kiste, 16, 18 bis 20 Mark 100, nur reelle, gut abgelagerte Ware. Expeditionspreis Neue Fried- richtstr. 6. 21584*

Vermietungen.

Wohnungen.
Quarstr. 10, Ecke Sparr-Platz am Bahnhof Wedding, Wohnungen von 3, 2 und 1 Zimmer, Küche, Ju- behör, Kofogas, sofort oder später, billig. 21518*

Zimmer.
Teilnehmer zum möblierten Zimmer. Dresdenerstr. 58, III.

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstellen, Köpfer- str. 45, Duergebaude. Große. 4143
Freundliche Schlafstelle in logisch oder später zu vermieten Oranien- str. 166, rechter Seitenflügel II links.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Komiker Holz, Gropiusstr. 7.
Stellenangebote.
Macheter-Drehler verlangt bei Kofel u. Fickler, Bricherstr. 7.
Fahrdigermacher verlangt Weinstoc, Weihen, Behlenburgstr. 5.
Klavierpieler für Sonnabends, Sonntags verlangt Rogowski, Schles- licherstr. 31.
Glasbleicher sofort verlangt oder Lehning 8, Koale, Grünbergweg 118.
Glaserlebringer verlangt Kofel, Thomaststr. 2. 4132*
Mamjellé auf bessere Jacketts verlangt Redner, Fruchtstr. 52 II.

Vermietungen.

Im Arbeitsmarkt durch befördernden Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Achtung, Holzarbeiter!
Zuzug ist streng fern zu halten von Bautischlern und Einsehern nach der Werkstatt 79/1
Reif, Demminerstr. und Straßenderstr. 41.
Küster, Greifswalderstr. 80. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!
Zuzug ist streng fernzuhalten von Bautischlern nach den Werk- stätten von 20795
E. Reichmut, Straßburg- str. 2 und König-Chaussee 74,
Schippke, Friedrichstr. 40,
H. Pura, Köpferstr. 18.
Reu-Weihensee.
79/15 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!
Zuzug ist streng fernzuhalten von Bautischlern nach den Werk- stätten von 20795
E. Reichmut, Straßburg- str. 2 und König-Chaussee 74,
Schippke, Friedrichstr. 40,
H. Pura, Köpferstr. 18.
Reu-Weihensee.
79/15 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!
Zuzug ist streng fernzuhalten von Bautischlern nach den Werk- stätten von 20795
E. Reichmut, Straßburg- str. 2 und König-Chaussee 74,
Schippke, Friedrichstr. 40,
H. Pura, Köpferstr. 18.
Reu-Weihensee.
79/15 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!
Zuzug ist streng fernzuhalten von Bautischlern nach den Werk- stätten von 20795
E. Reichmut, Straßburg- str. 2 und König-Chaussee 74,
Schippke, Friedrichstr. 40,
H. Pura, Köpferstr. 18.
Reu-Weihensee.
79/15 Die Ortsverwaltung.

Vermietungen.

Achtung! Holzarbeiter!
Zuzug ist streng fernzuhalten von Bautischlern nach den Werk- stätten von 20795
E. Reichmut, Straßburg- str. 2 und König-Chaussee 74,
Schippke, Friedrichstr. 40,
H. Pura, Köpferstr. 18.
Reu-Weihensee.
79/15 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!
Zuzug ist streng fernzuhalten von Bautischlern nach den Werk- stätten von 20795
E. Reichmut, Straßburg- str. 2 und König-Chaussee 74,
Schippke, Friedrichstr. 40,
H. Pura, Köpferstr. 18.
Reu-Weihensee.
79/15 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!
Zuzug ist streng fernzuhalten von Bautischlern nach den Werk- stätten von 20795
E. Reichmut, Straßburg- str. 2 und König-Chaussee 74,
Schippke, Friedrichstr. 40,
H. Pura, Köpferstr. 18.
Reu-Weihensee.
79/15 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!
Zuzug ist streng fernzuhalten von Bautischlern nach den Werk- stätten von 20795
E. Reichmut, Straßburg- str. 2 und König-Chaussee 74,
Schippke, Friedrichstr. 40,
H. Pura, Köpferstr. 18.
Reu-Weihensee.
79/15 Die Ortsverwaltung.

Partei-Sekretär!

Für die Frankfurter Partei-Organisation wird ein Sekretär gesucht. Derselbe muß mit den Parteiverhält- nissen gut vertraut sein, sicheres Organisations-talent besitzen und in schriftlichen Arbeiten durchaus bewandert sein. Offerten mit Gehaltsansprüchen sowie einer Ab- handlung über die Aufgaben eines solchen Sekretärs sind unter der Chiffre „Sekretär“ bis zum 20. März cr. an die Expedition der „Volkstimme“, Frankfurt a. M., Großer Dirschgraben 17, zu richten. 44078*